

**Was heißt demokratische Konsolidierung?
Über einige theoretische Konsequenzen der
osteuropäischen Regimewechsel**

Harald Waldrauch

Was heißt demokratische Konsolidierung?

Über einige theoretische Konsequenzen der
osteuropäischen Regimewechsel

Harald Waldrauch

Reihe Politikwissenschaft / Political Science Series No. 36

Juli 1996

Institut für Höhere Studien
Stumpergasse 56, A -1060 Wien
Fax: +43/1/597 06 35

Harald Waldrauch
Phone: +43/1/599 91-188
e-mail: waldrauc@ihssv.wsr.ac.at

**Institut für Höhere Studien (IHS), Wien
Institute for Advanced Studies, Vienna**

Die **Reihe Politikwissenschaft** wird von der Abteilung Politologie des Instituts für Höhere Studien (IHS) in Wien herausgegeben. Ziel dieser Publikationsreihe ist, abteilungsinterne Arbeitspapiere einer breiteren fachinternen Öffentlichkeit und Diskussion zugänglich zu machen. Die inhaltliche Verantwortung für die veröffentlichten Beiträge liegt bei den AutorInnen. Gastbeiträge werden als solche gekennzeichnet.

Alle Rechte vorbehalten

Abstract

The break-up of the communist Eastern Bloc in 1989 was followed by intense efforts to reform the countries of the region politically, economically and socially. Parallel to this a sometimes heated debate arose about how to analyze these processes of change scientifically. This essay tries to adapt the actor-oriented approach called *transitology* and *consolidology*, which was formulated in the context of regime changes in Southern Europe and Latin America, so as to make it compatible with the differing experiences of systemic changes in Eastern Europe. The aim of this endeavor is to facilitate intra- as well as interregional comparisons of different instances of democratization. Focusing on a discussion of various versions of the *concept of democratic consolidation*, the author reconceptualizes this central term and clarifies its relationship to the as well reformulated overarching concept of regime change. The concluding chapter contains a typology of different versions of the concept of democratic consolidation to be found in the relevant literature. In an annex the paper is supplemented by a collection of various definitions of democratic consolidation by the most important and most often cited theorists in this field.

Zusammenfassung

Im Anschluß an das Aufbrechen des kommunistischen Ostblocks im Jahre 1989 und den nachfolgenden demokratischen, ökonomischen und sozialen Reformen in den Ländern Osteuropas ist eine teilweise heftig geführte Debatte darüber entbrannt, wie diese Umbruchsprozesse wissenschaftlich analysiert werden können. Dieser Essay versucht dabei, den unter dem Namen *Transitions- und Konsolidierungsforschung* anhand der demokratischen Regimewechsel in Südeuropa und Lateinamerika entwickelten akteurstheoretischen Ansatz für die politikwissenschaftliche Analyse Osteuropas fruchtbar zu machen, um so intra- sowie interregionale Vergleiche möglich zu machen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Diskussion verschiedener Versionen des *Konzepts der demokratischen Konsolidierung*. Hierbei wird eine eigene Fassung des Konsolidierungsbegriffes erarbeitet, welcher zu einer ebenfalls reformulierten Fassung des übergreifenden Konzepts des politischen Regimewechsels in Bezug gesetzt wird. Im Resümee wird eine Typologie von Konsolidierungsbegriffen vorgeschlagen, welche die in der einschlägigen Literatur vorhandenen Positionen abzudecken versucht. Der Essay wird zudem ergänzt durch einen Annex, der die Definitionsversuche der wichtigsten Theoretiker auf dem Gebiet der Forschung zu demokratischen Regimewechseln zusammenfaßt.

Keywords

Demokratiethorie, Demokratisierung, Mittel- und Osteuropa, demokratische Transition, demokratische Konsolidierung, Regimewechsel.

Bemerkungen

Hier können allgemeine Bemerkungen eingefügt werden. Falls das nicht gemacht wird, muß hier eine leere Seite stehen (damit das Inhaltsverzeichnis auf einer ungeraden Seite beginnt).

Inhalt

1. Einleitung 6
 2. Die Transitions- und Konsolidierungsforschung und ihre Kritik 7
 - 2.1 Die Grundlegung der Transitologie 7
 - 2.2 Die Frage der Anwendbarkeit des Transitionsansatzes auf Osteuropa 12
 - 2.2.1 Konzeptuelle Unklarheit und theoretische Unzulänglichkeiten 13
 - 2.2.2 Unterschiede der *südlichen* und *östlichen* Regimewechsel 19
 - 2.2.3 Was heißt Anwendbarkeit und Vergleichbarkeit? 28
 3. Das Konsolidierungskonzept in der Regimewechselforschung 32
 - 3.1 Das Regimekonzept 33
 - 3.2 Die Vorbedingungen und Gründe des Regimewechsels 40
 - 3.3 Exkurs: Die Gründe für das Versagen der Kommunismusforschung 49
 - 3.3.1 Forschungsimmanente Gründe 49
 - 3.3.2 Gegenstandsimmanente Gründe 51
 - 3.4 Der Regimewechsel 54
 - 3.4.1 Phasen des Regimewechsels 54
 - 3.4.2 »Modes of transition« 60
 - 3.5 Demokratische Konsolidierung 62
 - 3.5.1 Evolution oder Steuerung der Konsolidierung 63
 - 3.5.2 Die verhaltens- und einstellungsmäßige Dimension der Konsolidierung 72
 - 3.5.3 Die Eliten- und Massenebene der Konsolidierung 82
 - 3.5.4 Konsolidierung der Demokratie oder ihrer »partial regimes« 85
 4. Zusammenfassung: minimalistische versus maximalistische Konzeptualisierungen der Konsolidierung 90
 5. Anhang: Definitionen des Konzepts demokratischer Konsolidierung (und Transition) 96
- Literaturverzeichnis 109

1. Einleitung

Sechs Jahre nach 1989 scheint es, als habe sich die Aufregung, Verwirrung und Überraschung in der Politikwissenschaft im speziellen und in den Sozialwissenschaften im allgemeinen etwas gelegt. Das Schweigen unter den *area specialists* angesichts des Versagens, die Ereignisse des Zusammenbruchs des Kommunismus auch nur ansatzweise vorauszuahnen, ist dem Versuch gewichen, die Ereignisse empirisch und theoretisch in den Griff zu bekommen. Vergleichende Politikwissenschaftler, die sich schon vor diesem Zeitpunkt mit Prozessen politischen und sozialen Wandels beschäftigt hatten, waren da schneller mit wissenschaftlichen Erklärungs- und Aufarbeitungsversuchen zur Stelle. Heute ist die Zahl der Publikationen zu den Veränderungen in Ostmitteleuropa (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien und Kroatien), in Südosteuropa (Rumänien, Bulgarien, Albanien und die restlichen Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens) sowie in den Nachfolgestaaten der zusammengebrochenen Sowjetunion jedenfalls bereits unüberblickbar geworden.

Obwohl naturgemäß stark empirisch und deskriptiv ausgerichtete Beiträge bei weitem überwiegen, ist es nach anfänglichen Anlaufschwierigkeiten vor allem im Bereich der konzeptuellen Erfassung und theoretischen Erklärung der sozialen, politischen und ökonomischen Transformationen im ehemaligen Ostblock zu einer wahren Flut an wissenschaftlichen Beiträgen gekommen. Einige Forscher versuchen dabei, und dies scheint vor allem unter deutschen Sozialwissenschaftlern ein weitverbreitetes Phänomen zu sein (siehe etwa Kollmorgen 1994, Sandschneider 1995), eine *Gesamttheorie* des politischen, sozialen und ökonomischen Systemwechsels zu finden. Die meisten Autoren hingegen arbeiten doch mit Theorien, die die Veränderungen innerhalb ihres Fachbereiches erklären, ohne dabei aber die Einflüsse aus anderen Sphären der postkommunistischen Gesellschaften aus den Augen zu verlieren.

Es ist dabei natürlich klar, daß politischer Wandel nicht als von anderen gesellschaftlichen Entwicklungen abgekoppelt betrachtet werden kann. Konstruiert man jedoch eine allumfassende Systemwechseltheorie, dann geht dies zwangsläufig auf Kosten der Detailgenauigkeit in den einzelnen gesellschaftlichen Sphären bzw. Subsystemen. Politikwissenschaftler interessieren sich nun einmal primär für die *politischen Implikationen des Systemwechsels* in Mittel- und Osteuropa und für andere Veränderungen nur dahingehend, wie sie in ein theoretisches Modell der Erklärung und Beschreibung politischen Wandels eingebaut werden können. Soziale und ökonomische Faktoren (z.B. soziale Schichtung; ökonomische Performanz; technologischer Wandel; gesellschaftliche Modernisierung; etc.) tauchen daher in Erklärungsmodellen politischen Wandels primär als *unabhängige Variablen* auf, während hingegen genuin politische Variablen (z.B. Stärkeverhältnisse politischer Gruppierungen; Merkmale politischer Institutionen, Parteien und Parteiensysteme; Interaktionen politischer

Akteure, etc.) als *abhängige und unabhängige* Variablen in diesen Modellen fungieren können. Mit anderen Worten: Obwohl natürlich jegliches soziale Faktum politisch relevant sein *kann*, heißt das noch lange nicht, daß auch alles politisch relevant sein *muß* oder daß es überhaupt politisch *ist*.

Diese Arbeit wird versuchen, speziell einen Ansatz auf seine Anwendbarkeit auf Osteuropa zu untersuchen, nämlich den der *Transitions- und Konsolidierungsforschung*. Diese Forschungsrichtung konzentriert sich auf politischen Wandel und wurde ursprünglich für demokratische Regimewechsel in anderen Regionen der Welt entwickelt. Wie wir jedoch sehen werden, sind ihre Konzepte auch auf Mittel- und Osteuropa (die im Auge behaltenen Länder sind dabei primär Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Bulgarien und Rumänien) anwendbar, wenn auch einige Modifikationen notwendig sind. Im Hauptteil dieser Arbeit wird daher versucht, die gegen diesen Ansatz vorgebrachten Kritikpunkte zu berücksichtigen und wertvolle Anregungen in ihn zu integrieren. Es wird uns dabei vor allem interessieren, wie das Konzept der demokratischen Konsolidierung verstanden werden kann. Dabei wird eine eigene Fassung gegen in der Forschung präsente alternative Konzeptualisierungen von Konsolidierung abgewogen. Ziel dieser Arbeit ist es jedenfalls, ein Konzept der Konsolidierung vorzulegen, welches den Blick auf die wichtigsten Einflußfaktoren beim Übergang von einem nicht-demokratischen zu einem demokratischen Regime richtet. Was nicht geschehen kann ist eine eingehende Analyse der osteuropäischen Fälle anhand dieses Konzeptes vorzulegen; dazu bedürfte es weitaus mehr Raum, Zeit und Ressourcen.

2. Die Transitions- und Konsolidierungsforschung und ihre Kritik

2.1 Die Grundlegung der Transitologie

So sehr strukturalistische und funktionalistische Ansätze dazu geeignet sind, Einsichten über die Ursachen und Voraussetzungen von Regimewechseln zu liefern, so wenig sind sie fähig, Erklärungen für ihre konkreten Verlaufsmuster zu geben. Der erste Schritt der Brechung des Monopols dieser Ansätze in der Regimewechselforschung erfolgte durch die Hinwendung zu genetischen Ansätzen im heute bereits klassischen Artikel von Dankwart Rustow (1970) mit dem programmatischen Titel »Transitions to Democracy«. Darin legte er einen ersten Versuch eines Phasenmodells vor, welches die nachfolgende Diskussion nachhaltig beeinflussen sollte und auch heute noch von einigen Autoren weitgehend unverändert vertreten wird (siehe etwa Sørensen 1993). Rustow sieht drei Phasen mit einer Vorbedingung im Übergang von einem nicht-demokratischen zu einem demokratischen Regime:

1. Als »background condition« sieht Rustow die *nationale Einheit* des jeweiligen Landes an: Demokratisierung kann demnach nur vorankommen, wenn die Grenzen des Territoriums sowie der staatlichen Mitgliedschaft festgelegt und unumstritten sind.
2. In der *Vorbereitungsphase* (»Preparatory Phase«) kommt es zu einem langen, ergebnislosen politischen Konflikt zwischen festverwurzelten sozialen Gruppen oder Klassen. Sie wird durch die bewußte Entscheidung politischer Eliten beendet, die Existenz von politischer Vielfalt zu akzeptieren und folglich demokratische Prozeduren zu institutionalisieren.
3. In der *Entscheidungsphase* (»Decision Phase«) wird der bewußten Entscheidung durch die Explizierung dieses Konsens Substanz verliehen. Die Einigung in den Fragen des vorangegangenen Konfliktes ist hier zentral und die Frage der Demokratie kann dabei auch nur zufälliges Ergebnis der Konfliktregelung sein. Wenn jedoch demokratische Institutionen und Verfahren eingerichtet werden, so ist diese Einigung keineswegs allumfassend, sondern muß erst in ihren Einzelheiten umgesetzt werden.
4. Dies erfolgt in der dritten, der *Gewöhnungsphase* (»Habituation Phase«), in der es vor allem darum geht, daß alle politischen Konkurrenten davon überzeugt werden, daß der Entschluß, demokratische Entscheidungsverfahren einzuführen, für alle Beteiligten von Vorteil ist. Politische Eliten und auch die Bevölkerung müssen sich an demokratische Verfahren gewöhnen und mit ihnen umzugehen lernen. Dabei werden, so Rustow, aufgrund eines »process of Darwinian selectivity« (1970, 358) überzeugte Demokraten bevorzugt. Sofern schon früh zentrale gesellschaftliche Konflikte mit Hilfe dieser Verfahren gelöst werden können, wird dieser Prozeß der Vermehrung echter Demokraten noch verstärkt.

Die zentrale Ambition dieses Maßstäbe setzenden Artikels war also gewissermaßen: *Bringing Politics Back In*. Versuchte man zuvor politische Ergebnisse, vor allem eben die Existenz und Stabilität von Demokratie, durch im Grunde politik-exogene Faktoren, wie etwa sozioökonomische Entwicklungsniveaus, politische Kulturmuster oder Klassenstrukturen, zu erklären, so betonte Rustow nunmehr, daß Demokratie nie entsteht und stabil bleibt, wenn es keine politische Entscheidung über ihre Einrichtung und Erhaltung gibt. Die Aufmerksamkeit des Forschers wird damit weg von den strukturellen Vorbedingungen und Hindernissen der Demokratie auf die Politik selbst, ihre Akteure, deren Interessen, Strategien und Taktiken, politischen *skills* und *leadership*-Qualitäten gelenkt. Im Grunde aber ist dies auch eine Abkehr von bloßen Korrelationsanalysen bezüglich des Entstehens und des Bestandes von Demokratien, die durch die Variierbarkeit des gewählten Zeitrahmens weder verifizier- noch falsifizierbar sind, hin zu einem Ansatz, der die konkreten *kausalen Mechanismen* ausfindig zu machen versucht, die zur Entstehung und Stabilisierung von Demokratien führen.

Nachfolgender Meilenstein auf dem Weg zur akteurstheoretischen Regimewechselschule, die heute vor allem unter dem Schlagwort *transitology* (und zunehmend auch *consolidology*) bekannt ist, war die Studie über »The Breakdown of Democratic Regimes«, aus der der theoretische Beitrag von Juan Linz (1978) herausstach. Die ultimative Transitologiestudie war letztlich die von Guillermo O'Donnell, Philippe Schmitter und Laurence Whitehead herausgegebene Studie »Transitions from Authoritarian Rule« (1986; nachfolgend kurz *Transitions*-Studie).¹ In den »Tentative Conclusions« (O'Donnell/Schmitter 1986) der Studie wurde speziell die Idee des »semi-determinism« (Rustow 1970, 343) bzw. »possibilism« (Linz 1978) weitergeführt und stringenter ausformuliert: demnach gibt es keine notwendigen strukturellen Voraussetzungen der Demokratie oder Faktoren, die sie auf jeden Fall zu verhindern in der Lage sind. Es sind letztlich politische Entscheidungen, die den Unterschied zwischen Demokratie oder Nicht-Demokratie ausmachen, wenn auch bestimmte strukturelle Rahmenbedingungen solche Entscheidungen leichter bzw. wahrscheinlicher machen können. Und da es in Regimewechselprozessen, vor allem in ihrer Kernphase, der Transition, zumindest zu einer Infragestellung politischer Institutionen, Prozesse und Regeln kommt, werden auch langfristige strukturelle Faktoren, die in normalen politischen Situationen sich auch in politischen Institutionen widerspiegeln, in ihrem Einfluß auf die Politik begrenzt. Politik in Transitionen spielt sich vorwiegend also *nicht innerhalb* von politischen Institutionen ab, sondern hat gerade die *Neuordnung* der grundlegenden politischen Institutionen zum Inhalt.

Da die Hauptargumente der Studie im Bezug auf Transitionen sowie die allgemeinen Merkmale dieses Ansatzes in der Regimewechselforschung bereits allgemein bekannt sind, kann ihre Zusammenfassung hier kurz gehalten werden:²

- Der in der *Transitions*-Studie erstmals umfassend ausformulierte akteurstheoretische Ansatz ist keine Theorie im herkömmlichen Sinne einer Menge von Hypothesen, sondern vielmehr eine Sammlung von Grundannahmen, die zu einem »heuristischen Ansatz mit ordnender und systematisierender Funktion« (Bos 1994, 105) zusammengefügt sind.³ Darin liegt seine Stärke, aber auch sein Hauptangriffspunkt. O'Donnell und Schmitter (1986, 4) sprechen von ersten Überlegungen zu einer »theory of ›abnormality‹, in which the unexpected and the possible are as important as the usual and the probable«.
- Die Vorgangsweise dieses Ansatzes war zunächst vorwiegend *induktiv*. Als Fallbeispiele dienten hauptsächlich die demokratischen Übergänge in Südeuropa und Lateinamerika in der »Third Wave of Democratization« (Huntington 1991) ab 1974. Nachfolgende *approaches* gingen auch deduktiv vor, indem sie die implizit auch bei O'Donnell und Schmitter präsenten Annahmen strategischer Handlungsrationalität spieltheoretisch radikalisierten

¹ Eine Zusammenfassung dieser Studie geben Bermeo (1990) und Waldrauch (1994b, 11–26).

² Überblicke zur Transitionsforschung geben neben dem schon erwähnten Text von Bermeo (1990) auch Bos (1994), Huffman/Gautier (1993), Linz (1990), Mainwaring (1992), O'Donnell (1989) und Shin (1994).

³ Zwecks Vereinfachung wird aber weiterhin von der Transitionstheorie gesprochen.

und allgemeine Transitionsmodelle ausarbeiteten. Dabei sind vor allem die Arbeiten von Adam Przeworski (1991) und Josep Colomer (1991, 1995a und b) hervorzuheben.

- Die in der Transitologie verwendeten Demokratiedefinitionen betonen fast durchwegs ein prozedurales Minimum von a) politischer Konkurrenz mit b) breiter politischer Partizipation bei der Bestimmung des Zugangs zu politischen Regierungspositionen, und c) einem Minimum an zivilen und politischen Grund- und Freiheitsrechten.
- Transitionen werden, wie bereits hervorgehoben, prinzipiell als strukturell und politisch-institutionell unterdeterminiert angesehen. Daraus ergibt sich, daß ihr Ergebnis stark von den Wahrnehmungen, Handlungsstrategien, politischen Geschicken und Stärkeverhältnissen der beteiligten Akteure abhängt, die in der *Transitions*-Studie weitgehend auf politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und militärische Eliten eingeschränkt werden. Die Masse der Bevölkerung sollte sich, so die Autoren, in Übergängen zur Demokratie so weit wie möglich moderat verhalten, da Massenmobilisierung generell aufgrund der möglichen Reizung des Hardliner-Flügels des autoritären Regimes als destabilisierend anzusehen sei. Während O'Donnell und Schmitter dabei aber zumindest den Druck der Bevölkerung zu demokratischen Reformen für wichtig erachten, wurde der exklusive Fokus auf Eliten in Transitionen nachfolgend in den Arbeiten von Michael Burton und anderen auf die Spitze getrieben.⁴
- Aus den Unwägbarkeiten dieser rasch wechselnden und auch für die Beteiligten oftmals nur schwer durchschaubaren Situation ergibt sich (wie unter 3.3.2 näher ausgeführt werden wird) die Unvorhersehbarkeit und generelle Unsicherheit von Regimewechselprozessen. Die Betonung der Themen *indeterminacy*, *uncertainty*, *agency* und *contingency* ist nachfolgend zu so etwas wie einem Markenzeichen der Transitologie-Schule geworden. Der wahrscheinlich radikalste Ansatz in dieser Hinsicht ist jener von Giuseppe Di Palma (1990a und b), der mit seiner Betonung auf der Notwendigkeit des »Crafting« in Transitionen den Optimismus hinsichtlich der Möglichkeiten der Überwindung struktureller Widrigkeiten und damit den *Possibilismus* am stärksten zum Ausdruck bringt.
- Als Königsweg der Installierung demokratischer Regierungssysteme nennen die Autoren vor allem *Pakte* (politische, soziale und militärische) zwischen Vertretern des abzulösenden autoritären Regimes und den Oppositionseliten. Pakte setzen ein gewisses Maß an Kompromißbereitschaft, Toleranz und Moderierung beider Seiten voraus, fördern in der Folge aber diese Eigenschaften sowie gegenseitiges Vertrauen

⁴ Zu ihrer Sicht der Rolle von Eliten in demokratischen Transitionen siehe Burton/Higley (1987), Higley/Burton (1989) und Higley/Pakulski (1992). Die Elitenzentriertheit kommt auch sehr stark im Konsolidierungsstudium dieser Sub-Schule der Regimewechselforschung im Gefolge von O'Donnell und Schmitter zum Ausdruck, worauf noch näher eingegangen wird; siehe Higley/Gunther (1992) und Higley/Pakulski (1994).

auch. Ziel von Pakten ist, daß alle Beteiligten sich wechselseitig anerkennen und politische Garantien (z.B. zukünftige Repräsentation aller beteiligten Akteure; Abkehr von radikalen sozialen Reformen; Nichtverfolgung von Menschenrechtsverletzern; u.a.) abgeben. Diese »themes of moderation and gradualism« (Bermeo 1990, 364) durchziehen die gesamte *Transitions*-Studie.

- O'Donnell und Schmitter gehen von einem Demokratisierungsmodell mit einer Phasensequenz von *Transition* und *Konsolidierung* aus, wobei die Transition wiederum in die Phasen *Liberalisierung* (Öffnung des nicht-demokratischen Regimes und Ausweitung von Rechten) und *Demokratisierung* (Ausweitung des Prinzips der *citizenship*: das Recht auf Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen für alle Mitglieder der politischen Gemeinschaft) unterteilt ist.⁵ Dieses prototypische Modell sieht als Beginn einer Transition Spaltungen in der Führung des autoritären Regimes in *Hardliner* und *Softliner* vor; letztere initiieren sodann den Prozeß der Liberalisierung. Die neuen Rechte werden von einer sich organisierenden Gesellschaft genutzt (»resurrection of civil society«), die dann auf weitere Liberalisierung, aber auch auf Demokratisierung drängt. Diesen Druck der Gesellschaft nutzen Oppositionseliten, um mit dem Regime Pakte auszuhandeln, in denen vor allem erste Wahlen (»founding elections«) und andere Fragen, die die Zustimmung des *ancien régime* zu eben diesen Wahlen sichern helfen, geregelt werden. Nach dieser Festlegung ändert sich die Logik des Geschehens, da nunmehr politische Parteien die zentralen Akteure werden, nachdem zuvor eher die *civil society* dominiert hatte. Die *founding elections* jedenfalls werden (implizit) als Ende der Transition angesehen.
- Während jedoch die Phase der Transition definiert⁶ und ausführlich besprochen wird, bleibt der Gehalt des Konzeptes der Konsolidierung sowie das Verhältnis dieses zum Transitionskonzept in dieser ersten zentralen Studie noch weitgehend unklar.
- Die (wahrgenommenen) derzeitigen und erwarteten zukünftigen Kräfteverhältnisse der beteiligten Akteure in der Transition haben auch einen sehr großen Einfluß darauf, welche politisch-institutionellen Lösungen beschlossen werden. Und diese in der Transition festgelegten Institutionen werden als äußerst bedeutsam für den Prozeß der folgenden

⁵ Przeworski hat später (1991) die Phase der Demokratisierung in die Subphasen »extrication« (Ablösung vom autoritären Regime) und »constitution« (Einrichtung einer demokratischen Regierung) unterteilt. Die Phasen Liberalisierung, Demokratisierung und Konsolidierung können dabei (wenn auch nicht vollkommen) als Fortführung des Rustow'schen Gedankens von den drei Phasen Vorbereitung, Entscheidung und Gewöhnung gesehen werden. Vor allem bei der Konsolidierungs- bzw. Gewöhnungsphase wird dies offensichtlich, wie später noch zu zeigen sein wird. Später formulierte Phasenmodelle, wie etwa jenes von Enrique Baloyra (1987; *deterioration, breakdown, installation, implementation, inauguration*) oder Leonardo Morlino (1987; *liberalization, democratization, democratic establishment*) wurden weit weniger einflußreich.

⁶ Im Anhang wurden einige zentrale Definitionen der Konzepte Transition und Konsolidierung zusammengefaßt, um den Lesefluß dieser Arbeit nicht durch zu viele Zitate zu unterbrechen. Eingang gefunden haben Arbeiten oftgenannter Theoretiker und konzeptuelle Teile aus wichtigen Vergleichsstudien auf diesem Gebiet.

Konsolidierung erachtet, da bestimmte Institutionen ganz spezifische Verhaltensstrategien anregen oder aber auch selbst zum Ziel politischer Veränderung werden können. Im ersten Fall ergibt sich die nachhaltige Wirkung von Institutionen daraus, daß sie stets einige Gruppen bevorzugen, andere aber benachteiligen oder exkludieren, Ressourcen zuteilen u.ä. und damit bestimmte Verhaltensweisen begünstigen. Im anderen Fall handelt es sich einerseits um eventuelle institutionelle Garantien, die die Ablösung vom alten Regime ermöglichen sollten (garantierte Parlamentssitze, eine verfassungsmäßige Übersichtsfunktion für das Militär, o.ä.), die einer Minimaldefinition der Demokratie jedoch entgegenstehen und daher parallel zum Konsolidierungsprozeß entfernt werden müssen. Oder es sind prinzipiell demokratische Institutionen, die aber der Lösung konkreter politischer, sozialer oder ökonomischer Probleme von vielen als nicht angemessen und deshalb für veränderungswürdig angesehen werden.

- Die *Transitions*-Studie liefert auch eine erste wichtige Typologisierung von Demokratisierungsprozessen. Stepan (1986) führt insgesamt zehn Möglichkeiten des Übergangs von nicht-demokratischen zu demokratischen Regimen ins Feld, die nach den beteiligten Akteuren, dem Auslöser des Regimewechsels, dem Ort der Anregung und dem Ausmaß der Gewalt differenziert sind. Diese Typologie läßt sich auf drei Großgruppen reduzieren, nämlich auf Transitionen, bei denen Krieg oder Eroberung durch externe Mächte auslösendes Moment sind, solche, bei denen der Anstoß aus dem Kern des autoritären Regimes selbst kommt, und solche, bei denen die Opposition die treibende Kraft des Regimewechsels ist (Waldrauch 1994b, 17–19). Spätere Typologisierungen ließen den extern angeregten bzw. gesteuerten Regimewechseltyp weg, fügten der *regime-* und *oppositionsgeleiteten* aber das Modell der *Transition mit Kräftegleichgewicht* hinzu. Ebenso wie jene von Stepan sind die Typologien von Share und Mainwaring (1986, s.a. Mainwaring 1992; *transition through transaction, transition through regime defeat, transition through extrication*), Di Palma (1990b; *garantismo-scenario* Spanien, *scenario* Portugal, *garantismo-scenario* Italien), Linz (1990; *reforma, ruptura, reforma pactada-ruptura pactada model*) und Huntington (1991; *transformation, replacement, transplacement*) stark an realen Regimewechselvorbildern orientiert. Colomer (1991; *agreed reform within the ruling bloc, sudden collapse of the authoritarian régime, controlled opening to the opposition*) hingegen geht deduktiv vor, indem er Transitionsarten mit Hilfe der Spieltheorie idealtypisch modelliert. Karl und Schmitter (1991) hingegen unterscheiden anhand der Dimensionen *Akteure* (Eliten – Massen) und *Strategie* (Kompromiß – Zwang) vier Idealtypen (*pact, imposition, reform, revolution*).

2.2 Die Frage der Anwendbarkeit des Transitionsansatzes auf Osteuropa

Nach den Umbrüchen in Osteuropa hat in der Politikwissenschaft naturgemäß die Suche nach möglichen Analyse- und Erklärungsansätzen begonnen. Dabei ist auch die Frage aufgetaucht, ob der Transitionsansatz nun auf Osteuropa anwendbar sei. Diese Diskussion wurde teilweise

sehr heftig und polemisch geführt. Vereinfacht gesagt behauptete die eine Seite, daß der akteurstheoretische Transitionsansatz, wenn auch mit einigen Modifizierungen, zweifelsohne auch auf die osteuropäischen Regimewechsel anwendbar sei, während die andere Seite die Anwendbarkeit des Ansatzes bzw. die Vergleichbarkeit Südeuropas und Lateinamerikas mit Osteuropa vor allem aus drei groben Komplexen von Gründen abtritt:

1. erstens, weil die Begriffe und Konzepte der *transitology* und *consolidology* unklar seien;
2. zweitens, da die theoretischen Annahmen des Ansatzes falsch bzw. ungenügend seien;
3. und drittens, da es sich bei den *südlichen* und *östlichen* Transformationen um vollkommen unterschiedliche Phänomene handle.

Auf der einen Seite bei diesem Streit standen dabei vor allem die Regimewechselforscher, die bis dahin Südeuropa und Lateinamerika analysiert hatten, und auf der anderen Seite primär westliche Sowjetologen und *area-specialists* (sowie die meisten deutschsprachigen Politik- und Sozialwissenschaftler). Forscher aus post-kommunistischen Staaten hingegen waren vielfach offener gegenüber den Forschungsansätzen, welche anhand von Regimewechseln in anderen Weltregionen entwickelt wurden.⁷

Es wird hier kein Versuch unternommen, den oftmals dogmatischen bzw. paradigmatischen Konflikt zu lösen, denn er scheint weitgehend unlösbar, da es auf beiden Seiten am Willen zur Anerkennung der Leistungen der jeweils anderen Seite mangelt. Es soll jedoch auf einige der tatsächlichen Defizite der Transitions- und Konsolidierungsforschung, aber auch auf problematische Implikationen der anti-transitologischen Verweigerungshaltung eingegangen werden. Ziel ist nicht, die prinzipielle Unzulänglichkeit der *transitology* und *consolidology* zu beweisen, sondern mögliche Anregungen für eine Weiterentwicklung der akteurstheoretischen Regimewechselforschung aus der vorgebrachten Kritik abzuleiten. Diese Anregungen sollen dann nachfolgend bei der Besprechung des Konsolidierungskonzeptes berücksichtigt werden.

2.2.1 Konzeptuelle Unklarheit und theoretische Unzulänglichkeiten

Kritisiert wurde in diesem Kontext primär die Unklarheit der Kernbegriffe Transition und Konsolidierung. Es soll hier nicht im Detail auf die konzeptuelle Festlegung dieser Begriffe eingegangen werden, da diese weiter unten ohnehin noch geschehen wird. Jedoch sollen hier damit im Zusammenhang stehende prinzipielle Einwände gegen ein Konzept von Transition an sich zur Sprache kommen.

⁷ Schmitter meint: »Incidentally, my impression from conversations and meetings with scholars from the post-communist societies is that they are much less inclined to reject the relevance of democratization experiences in southern Europe and Latin America than are North American area specialists.« (1994b, 177)

Das Transitionskonzept

Schärfste Kritikerin war in dieser Hinsicht Valerie Bunce (1995a und b). Sie bringt die meisten Argumente gegen »transitologists« vor und das in einer sehr kompakten Form, sodaß wir uns zunächst auf ihre Attacken konzentrieren können. Sie kritisiert vor allem, daß das Konzept der Transition Unilinearität und einen klaren Bruch mit der Vergangenheit impliziere, die demokratische Dimension gegenüber allen anderen Facetten des Wandels privilegieren, die Trennbarkeit des politischen von sozialem und ökonomischem Wandel vortäusche sowie alle Veränderungen als notwendigerweise der Demokratie förderlich oder abträglich klassifiziere (1995b, 124).

Obwohl es schwierig ist, diese Einwände im einzelnen zu widerlegen, da Bunce sich nur selten auf konkrete Beispiele der einschlägigen Literatur bezieht, können doch einige Gegenargumente vorgebracht werden. Der Vorwurf der linearen Gerichtetheit des Konzeptes (s.a. Jowitt 1992, 208) ist mit dem Verweis auf den zentralen Stellenwert der Unsicherheit in der transitologischen Literatur auszuräumen. Eine Gerichtetheit kann nie als sicher angenommen werden: Einer Transition muß noch lange keine erfolgreiche Konsolidierung der Demokratie folgen. O'Donnell und Schmitter (1986, 3) haben daher auch von Anfang an klargestellt, daß sie sich mit »transitions from certain authoritarian regimes toward an uncertain ›something else« beschäftigen. Schon Rustow (1970, 345) hat darauf verwiesen, daß eine genetische Theorie der Demokratie zeitliche Diskontinuitäten und verschiedene Möglichkeiten auf dem Weg zur Demokratie zulassen muß. Ebenso ist der Vorwurf des implizierten scharfen Bruches mit der Vergangenheit nicht stichhaltig. Die Phase der Konsolidierung ist gerade jene, in der (unter anderem) Relikte institutioneller, verhaltens- und einstellungsmäßiger Art zu beseitigen sind, die einem Funktionieren des demokratischen Regimes im Wege stehen können; und das Erreichen dieses Zieles ist wie gesagt keineswegs von vornherein außer Frage gestellt. O'Donnell (1992, 1993, 1994) etwa hat vor allem für den Fall Brasiliens schlüssig dargelegt, daß bestimmte Vermächnisse der autoritären Vergangenheit (im speziellen: autoritäre gesellschaftliche Beziehungen und das Fehlen von Traditionen repräsentativer Beziehungen zwischen Politikern und Bürgern) sehr wohl auch nach der formalen Einrichtung einer demokratischen Regierung einem einwandfreien Funktionieren der Demokratie im Wege stehen können. Ein anderes Beispiel ist Larry Diamond (1995b), der das im besonderen unter westlichen Politikern oftmals vorherrschende Triumphgefühl, die Demokratie habe nun weltweit und unwiderruflich gesiegt, zu entzaubern weiß, indem er auf die weitverbreiteten Fragilitäten und Unzulänglichkeiten der posttransitionalen Demokratien in Lateinamerika verweist. Somit ist auch der Vorwurf, Transitologen und Konsolidierungsforscher würden ob der Konzentration auf politischen Wandel soziale und ökonomische Veränderungsprozesse (oder Kontinuitäten) aus den Augen verlieren, nicht stichhaltig. Es ist für Politikwissenschaftler wohl nicht unangebracht, ihre Aufmerksamkeit auf politische Phänomene zu fokussieren, und dabei vor allem die demokratischen Elemente politischen Wandels im Auge zu behalten – Demokratieforschung ist nun einmal mehr und mehr der zentrale Bereich der Politikwissenschaft. Transitions- und Konsolidierungsstudien stellen dabei

aber keinen Monopolanspruch auf die Analyse von Demokratisierungs- oder umfassenderen Transformationsprozessen, welche mit demokratischen Transitionen Hand in Hand gehen können. Sie richten eben nur im Sinne der Scheinwerferfunktion von Theorien ihre Aufmerksamkeit auf bestimmte Ausschnitte der Wirklichkeit. Dabei ist es auch unumgänglich, den möglichen Einfluß bestimmter Ereignisse auf den Fortgang von Transition und Konsolidierung abzuschätzen, wenn auch – und da ist Bunce zweifelsohne Recht zu geben – die Überbewertung von isolierten oder einzelnen Vorkommnissen sicherlich nicht seriös ist.

Unsicherheit

Weiters stellt Valerie Bunce den zentralen Stellenwert in Frage, den die Betonung der vielfachen Unsicherheiten in Regimewechseln einnimmt. Sie fragt sich, warum so viele der Demokratien, die seit den 70er Jahren entstanden sind, bis heute überlebt haben und stellt zur Diskussion, »whether democracy (today at least) might be easier than many have thought« (1995b, 125). Diese Infragestellung erscheint jedoch gerade im Falle von Valerie Bunce äußerst merkwürdig, da gerade sie »massive uncertainty« (Bunce/Csanádi 1992, 216) zu einem der zentralen Charakteristika Osteuropas nach 1989 hochstilisiert hat: »The oft-noted uncertainty of the Latin American and Southern European transitions pales in comparison with the multiple uncertainties of the postcommunist experience.« (Bunce 1995a, 93)

Zudem kann man ihr ein Argument entgegenhalten, das sie selbst vorbringt, nämlich daß man nicht nur erfolgreiche Regimewechsel untereinander, sondern auch erfolgreiche mit nicht-erfolgreichen Transitionen und Konsolidierungen vergleichen sollte. Tut man dies, dann rückt die Unsicherheit schon etwas klarer ins Bild. Weiters sollte man stets das allumfassende Erstaunen – sowohl unter externen Beobachtern, als auch unter den Beteiligten selbst – angesichts der Vorgänge des Jahres 1989 in Erinnerung behalten. Niemandem war wirklich klar, wie weit die Ereignisse fortschreiten würden und vor allem, wie die jeweils andere Seite im Kampf zwischen Regime und Opposition reagieren würde. Man sollte sich daher auch hier daran halten, nicht im Nachhinein einen quasi-determinierten Verlauf zu postulieren, wo keiner vorhanden war. Wie noch zu zeigen sein wird (siehe Abschnitt 3.3.2), entsteht Chaos bzw. Unberechenbarkeit schon unter relativ simplen Gegebenheiten. Führt man jedoch realistischere unklare oder rasch wechselnde Koalitionen, Ressourcen, Interessen, Ideale, Vorstellungen der einzurichtenden Demokratie und gegenseitige Wahrnehmungen ein – all das war in Osteuropa präsent, da die Opposition schwach bis garnicht organisiert war und auch heute noch die politische und zivile Gesellschaft und Organisationsmängeln leidet – und das alles unter Bedingungen, unter denen Handlungen strukturierende politische Institutionen in Frage gestellt werden, schon gänzlich kollabiert sind und neue politische Institutionen erst geschaffen werden müssen, dann sollte das Bild der Unsicherheit doch konkreter werden.

Elitenzentriertheit

Bunce hat aber zweifellos zu einem gewissen Grad Recht, daß Transitionen zu oft mit Bedeutungsinhalten aufgeladen wurden, die nur für jene Staaten Geltung beanspruchen können,

anhand derer die ersten Transitionsansätze formuliert wurden. So wurden Transitionen als elitenzentrierte politische Phänomene definiert und dabei die Rolle der Bevölkerung, vor allem aber deren mögliche Beziehungen zu Eliten, vernachlässigt. Deshalb blieb auch die Möglichkeit einer Transition unbeachtet, die ihren Ausgang nicht in Elitenspaltungen und Liberalisierung nimmt, sondern erst durch massive Massendemonstrationen (wie etwa in der Tschechoslowakei) ausgelöst wird (s. a. Jenkins 1992, Friedheim 1993). Die Konzentration auf die »machinations of elites« (Bunce 1995b, 124) hat etwa auch Laura Desfor Edles (1995) dazu veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß »pactmen« (wie sie Transitologen nennt) die Handlungen von Eliten oftmals wie im luftleeren Raum erscheinen lassen: *Elite choices*, die vollkommen unbeeinflusst, abgehoben und autonom von allgemeinen gesellschaftlichen Strömungen getroffen werden (sollen), wurden oft zum Ausgangspunkt und alleinigen Erklärungsfaktor von Transitionen hochstilisiert. Konsens und Pragmatismus unter Eliten wurden dabei als Erklärungen angeboten, ohne zu untersuchen, wodurch diese Prädispositionen überhaupt zustande gekommen bzw. bedingt wurden. Symptomatisch dafür ist etwa die theoretische Grundannahme der »*elite variability*« bei Burton und Higley (1987, 296),

*that is, that elite structure and behavior vary significantly among societies and within them over time; that these variations occur independently of social, economic, and cultural forces; and that elite variations have important determinate effects for the character of political regimes.*⁸

Nur eine »elite transformation«, die zerstrittene Eliten in »pluralistic α consensually unified elites« (ebd., 297) überführt, könne demnach zu einem stabilen demokratisch-repräsentativen Regime führen. Ein Weg dorthin ist etwa die plötzliche, bewußte Einigung nach einem langen Streit (ganz im Rustow'schen Sinne) in einem »elite settlement«, die jedoch, so die Autoren, quasi unvorhersehbar und durch elitensexterne Variablen nicht erklärbar ist:

[W]e find few indications that in arranging settlements elites were mainly reflecting broader social or economic or cultural forces. Rather, the settlements apparently grew out of deliberate, relatively autonomous elite choices among an array of possible strategies for protecting their diverse factional interests. And success in creating settlements was due in part to the skills of specific elite persons who happened to occupy pivotal positions at the time. (ebd., 302)

In ihrem Bestreben, den funktionalistischen und strukturalistischen Determinismus zu überwinden sowie die Unsicherheit und die Wichtigkeit von politischen Entscheidungen in Regimewechseln hervorzuheben, ist es zu einem Studium von »choices in a vacuum, without paying attention to the dimension of context and structure« (Munck 1994b, 4) gekommen. Transitologen sind bei dem Versuch, Erklärungsvariablen auf »subjective residual categories« (Desfor Edles 1995, 356) von politischen Eliten, wie z.B. Pragmatismus oder *leadership*-Qualitäten, zu reduzieren, daher oft zu weit gegangen. Die Anregung, nicht nur die Strategien

⁸ Eine treffende Kritik dieses radikalsten elitentheoretischen Transitionsansatzes liefert Cammack (1990).

der Akteure zu analysieren, sondern auch die »meanings and feelings« (ebd., 366) sowie den »symbolic framework« (ebd., 371), auf die sie Bezug nehmen, ist daher eine wertvolle Anregung. In neueren Regimewechselstudien wurde dies etwa auch schon mit dem Verweis auf die heutzutage in vielen Transitionen vorherrschende Wahrnehmung einer Alternativenlosigkeit zu einem demokratischen Bezugsrahmen aller möglichen Handlungen zum Ausdruck gebracht. Und bei der Analyse der osteuropäischen Umbrüche war das Konzept der *civil society*, welches als legitimierende Ideologie der Dissidentenbewegungen fungierte, von enormer Bedeutung. Dem *civil society*-Diskurs wurde dabei eine wichtige Rolle bei der Unterminierung der kommunistischen Regime zugeschrieben. Dieser Diskurs wirkt dabei aber paradoxerweise nicht immer nur positiv in der Phase der Konsolidierung der neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa, worauf noch zurückzukommen sein wird.

So sehr die Einwände von Desfor Edles bis zu einem gewissen Grade gerechtfertigt sind, so sehr sollte man sich aber davor hüten, *subjektive Residualkategorien* (geschweige denn die Wahrnehmungen, Handlungen und Strategien der beteiligten Akteure) vollkommen außer acht zu lassen. Gerade weil kulturelle Symbolsysteme (wie etwa demokratische Ideen oder die Werte einer autonomen *civil society*), die in einer Gesellschaft vorhanden sind bzw. sich zumindest langsam in ihr ausbreiten, nie direkt und unvermittelt in politische Ergebnisse umschlagen, sondern eben nur als »mobilizing myth«, wie Desfor Edles (ebd., 371) es nennt, ihre Wirkung entfalten können, sollte man auch die Handlungen der politischen Eliten nicht vernachlässigen, die diesen Mythen den Anschein der Unumgänglichkeit geben und sie so zu strategischen Zwecken einzusetzen vermögen. Aus diesem Grund können persönliche Charakteristika in Transitionen von entscheidender Bedeutung sein. Beispiele dafür aus allen Weltregionen, wo es zu Demokratisierungen gekommen ist, hier anzuführen, wäre müßig.

Schon 1978 hat Juan Linz die Gefahren der Bezugnahme auf das *weiche* Konzept des *leadership* bei der Analyse des Zusammenbruchs demokratischer Regime erkannt. Nichtsdestotrotz kam er zum Schluß: »Leadership is, for our purposes, a residual variable that ultimately [...] cannot be ignored; but it should not be introduced before the explanatory power of other variables has been exhausted. In some cases, however, its contribution is so obvious that it should be given its due.« (Linz 1978, 100, Fn. 11) Ein Rückzug auf die *außerordentlichen Fähigkeiten begnadeter Politiker* als Erklärungsfaktor ist daher zwar oftmals nur allzu billig, Variablen dieser Art völlig auszuklammern wäre aber ebenso unangebracht. Und man kann weiter gehen und quasi als Zwischenergebnis festhalten, daß eine reformulierte Transitions- und Konsolidierungstheorie nicht von allen historischen, strukturellen und kulturellen Besonderheiten abstrahieren und alles bloß mit Verweis auf die *choices* und Stärkeverhältnis beteiligter Akteure zu erklären versuchen sollte, was etwa auch in *rational choice*-Modellen als starke Tendenz vorhanden ist. Ganz im Gegenteil sollte die Devise lauten, »placing the actors and their choices in the broader context within which transitions occur« (Munck 1994a, 371). Mit anderen Worten geht es um eine Reformulierung der grundsätzlichen theoretischen

Ausrichtung »from contingent choice to structured contingency« (Karl/Schmitter 1991, 270).⁹ Daß man dazu nicht die gesamte bisherige Regimewechselforschung über Bord werfen muß, soll später noch gezeigt werden.

Transitionsauslösende Faktoren

Schließlich wurde die Eventualität der entscheidenden Rolle der externen Vorbedingungen bzw. Anregung von Transitionen, wie etwa im Falle des Ostblocks durch den Übergang von der *Breschnew-* zur *Sinatra-Doktrin* (»Do it your way«) und den zwischenstaatlichen Ansteckungs- bzw. Schneeballeffekt (Veränderungen fanden in immer kürzerer Zeit und mit immer weitreichenderen Folgen statt), nicht wirklich in Betracht gezogen (vgl. Niklasson 1994). Als besten Beweis für die Unzulänglichkeit der Transitionsforschung in diesem Kontext könnten Anti-Transitologen etwa einen Aufsatz Adam Przeworskis in der *Transitions*-Studie aus 1986 heranziehen, in dem die Ursachen des Zusammenbruchs autoritärer Regime analysiert werden. Neben den Möglichkeiten, daß (1) das autoritäre Regime seine Aufgabe als erfüllt ansieht und abtritt, (2) es zu einem Verlust an Legitimität und nachfolgend zum autoritären Kollaps kommt und (3) Konflikte im regierenden Block zur Einleitung einer Transition zur Demokratie führen, nennt Przeworski auch ausländischen Druck als potentiell auslösenden Faktor einer Demokratisierung. Diese vierte Möglichkeit bleibt jedoch vollkommen mit folgendem Hinweis unanalysiert: »I do not believe that the effect of foreign pressure can be unambivalently assessed« (ebd., 50). Und auch O'Donnell und Schmitter (1986, 18) waren in dieser Hinsicht in ihren Schlußfolgerungen eindeutig: »[I]t seems to us fruitless to search for some international factor or context which can reliably compel authoritarian rulers to experiment with liberalization, much less which can predictably cause their regimes to collapse.«

Alle genannten Defizite resultieren aus dem vorwiegend induktiven Vorgehen der Transitions- und Konsolidierungsforschung, wodurch naturgemäß länderspezifische Besonderheiten nicht als potentiell bedeutsame Faktoren in Betracht gezogen wurden. Dies wird etwa wieder am Beispiel der externen Anregung von Transitionen deutlich. Die Regimewechselforschung hatte bis 1989 mit der impliziten (und erst im Nachhinein explizierten) Annahme operiert, daß die von ihr analysierten Fälle im großen und ganzen unabhängig voneinander sind (Karl/Schmitter 1991, 274). Für den Sowjetblock war diese Annahme jedoch offensichtlich nicht haltbar. Die Sowjetunion war für die Staaten Ost(mittel)europas Hegemonialmacht, welche deren nationale Souveränität sehr weitgehend einschränkte. Zieht man diesen Tatbestand in Betracht, wird jedoch wiederum eine der zentralen Schlußfolgerungen des ursprünglichen Transitions-Modells in gewisser Weise bestätigt: Da die osteuropäischen Staaten nur eingeschränkt souverän waren, muß bei der Analyse ihrer Führungsschicht auch die sowjetische politische Elite in Betracht gezogen werden; und in dieser Führung ist es tatsächlich zu einer Spaltung in *Hard-* und *Softliner* gekommen, wobei letztere unter der Führung Gorbatschows das entscheidende

⁹ Gerade in dem Aufsatz, in dem sie diese Aussage tätigen, berücksichtigen Karl und Schmitter die Implikationen derselben am wenigsten; im Abschnitt 3.4.2 wird darauf noch zurückgekommen.

Maß an Liberalisierung herbeigeführt haben. Akzeptiert man diese reformulierte Fassung der Elitenspaltungshypothese, dann wird die schnell postulierte *Widerlegung* der Transitionstheorie zumindest in diesem Fall hinfällig. Aber auch ein anderer Punkt wird hier klar, nämlich die Wichtigkeit von Akteurswahrnehmungen und -strategien. Da nicht alle osteuropäischen Regime sofort mit dem Ende der Breschnew-Doktrin zusammenfielen, ist man zwangsläufig wieder auf eine akteurstheoretische Erklärung zurückgeworfen:

[P]erceptions of how the Soviet hegemon would respond to regime change were an important part of the calculations of balance of power between regime and opposition. The gradual recognition of the likelihood of Soviet non-intervention shifted the balance of bargaining power over time in a manner that undercut regime capacity to condition the transition. However, while this consideration points to the importance of factoring international influences into the bargaining equation, it does not in itself alter the focus of analysis on actor calculations and leverage in determining outcomes. (Munck 1994b, Fn. 64)

Dies soll nur als ein Beispiel dafür dienen, daß die völlige Aufgabe des akteurstheoretischen Ansatzes nicht notwendig ist.¹⁰ Man sollte also nicht auf theoretischen Purismus pochen, sondern die Ansprüche an eine Theorie des Regimewechsels (geschweige denn des umfassenden Systemwechsels in Osteuropa) herunterschrauben und sich nicht vor einem gewissen Grad an Eklektizismus scheuen. Einzelne Theorien sind besser für bestimmte Phasen, Abschnitte, Problemlagen oder auch konkrete Fallgruppen eines Regimewechsels geeignet als andere und man sollte nicht die begrenzte Nützlichkeit einer Theorie in einem dieser Bereiche als Anlaß nehmen, sie gänzlich fallen zu lassen. Die alles erklärende Großtheorie des Regime- und Systemwechsels wird noch sehr lange auf sich warten lassen.¹¹

Auf jeden Fall aber sollten alle Kritikpunkte im Auge behalten werden, wenn es im Hauptteil dieser Arbeit gilt, ein Analysekonzept von Konsolidierungsprozessen zu erarbeiten. Es wird dabei vor allem darum gehen, analytische Konzepte zu formulieren, welche nicht bereits mit substantiellen Vorherbestimmungen und inhaltlichen Charakterisierungen (z.B. Transitionen sind prinzipiell elitenzentriert oder der Anstoß in Transitionen ist stets endogen) überfrachtet sind, zu deren Analyse diese Konzepte und Begriffe ja erst dienen sollen.

2.2.2 Unterschiede der *südlichen* und *östlichen* Regimewechsel

Die meisten kritischen Autoren bestritten die *Anwendbarkeit* des Transitions- und Konsolidierungsansatzes jedoch mit dem Hinweis auf die Vielzahl der Unterschiede zwischen den

¹⁰ Ein anderes Beispiel für die Möglichkeit der Integrierung von bis dahin vernachlässigten Variablen wird anhand von Massenmobilisierungsmodellen in Abschnitt 3.3.2 besprochen.

¹¹ Diese Ansicht scheint sich langsam durchzusetzen: vgl. etwa von Beyme (1994, 98), Merkel (1994b).

Regimewechseln in Osteuropa und jenen in Südeuropa und Lateinamerika.¹² Diese Unterschiede sind – ohne Anspruch auf Vollständigkeit und exklusive der Staaten der ehemaligen Sowjetunion und der Nachfolgestaaten Jugoslawiens – für Südeuropa sowie Ostmittel- und Osteuropa in Tabelle 1 zusammengefaßt. Eine Einbeziehung der ex-jugoslawischen und ex-sowjetischen Fälle würde diese Unterschiede noch deutlicher machen. Die Unterschiede wurden grob in die Bereiche Vorbedingungen (*Ausgangsbedingungen vor der Transition*), Verlauf (*Transition*) und Probleme nach der Transition (*Konsolidierung*) unterteilt.

Diese Unterschiede lassen sich alle mehr oder weniger auf die Art der abgelösten Regime zurückführen, die in den sechs hier betrachteten Fällen Mittel- und Osteuropas nach allgemeiner Auffassung am ehesten als *posttotalitär*, in einem Fall aber auch als teilweise *sultanistisch* (Rumänien) bezeichnet werden können (Linz/Stepan/Gunther 1995). Die Abkehr vom Totalitarismus der Stalinzeit war dabei in einigen Fällen in den 80er Jahren schon sehr weit (Polen, Ungarn), in anderen aber erst wenig fortgeschritten (DDR, Tschechoslowakei, Bulgarien, Rumänien). Die Unterschiede hatten dabei großen Einfluß auf die Art der Auslösung, den Zeitpunkt, die Geschwindigkeit und die involvierten Akteure der Transition sowie die von ihnen angewandten Strategien. Nachfolgend wirken sich die Unterschiede in den Ausgangsbedingungen direkt oder indirekt über den Einfluß auf die Transition auch auf die in der Phase der demokratischen Konsolidierung zu lösenden Probleme aus. Und viele dieser Faktoren unterschieden sich doch erheblich von jenen, anhand derer die südeuropäischen und lateinamerikanischen beschrieben und typologisiert wurden.

Auf die zweifellos auch vorhandenen unbedachten Transfers analytischer Kategorien und Hypothesen aus dem südeuropäischen und lateinamerikanischen Kontext wurde aber oftmals mit ebensolchen Vereinfachungen geantwortet, wodurch die *intraregionalen* Unterschiede verwischt wurden. Wenn wir uns auf Süd- (SE) sowie Mittel- und Osteuropa (OE) beschränken, dann wurde der unzulässig scharfe Gegensatz erzeugt zwischen eliten- (SE) und

¹² Siehe dazu etwa von Beyme (1994, 47–99), Bunce (1995a und b), Bunce/Csanádi (1992), Jowitt (1992b und c), Lewis (1990), Lomax (1990) McSweeney/Tempest (1993), Offe (1994), Terry (1993), Zhang (1994). Auch ein Transitologe der ersten Stunde wie Laurence Whitehead hat sich auf die Seite derer geschlagen, die von Unvergleichbarkeit ausgehen: anstatt von Transitionen spricht er von »peaceful anticommunist revolutions« (1993, 226). Schöpflin geht im Grunde auch von Unvergleichbarkeit aus, wenn er feststellt, daß »postcommunism« eine langandauernde »sui generis condition« (1994, 128) sei, die von westlichen Einflüssen nur sehr begrenzt beeinflusst werde. Der Vollständigkeit halber seien auch einige Beiträge genannt, die trotz aller Unterschiede eine Analyse der osteuropäischen Fälle mit dem Instrumentarium der Transitions- und Konsolidierungsforschung für möglich bzw. zumindest nicht für ausgeschlossen halten oder sie auch tatsächlich durchführen: Ágh (1994a, b, c und d, 1995b), Bova (1991), Bruszt/Stark (1992), Eberwein/Groenen (1992), Ekiert (1991), Geddes (1995), Glaeßner (1994), Judge (1994), Karl/Schmitter (1991), Linz/Stepan/Gunther (1995), Linz/Stepan (1996), Munck (1994a und b), einige Beiträge von Pridham/Lewis (1996), Schmitter/Karl (1994) und Steenbergen (1992). Und Przeworski (1991) streitet die Relevanz der Unterschiede zwischen den Regionen für mögliche unterschiedliche Ergebnisse überhaupt ab: »Ignoring these empirical variations, he not surprisingly finds little connection between the preceding regime type, the specifications of the transitional processes, and the economic legacies from the authoritarian period, on the one hand, and the problems and prospects of democratic consolidation, on the other.« (Munck 1994a, 368)

massengesteuerten (OE) Regimewechseln, Regimewechseln mit (SE) und solchen ohne (OE) bereitstehenden Gegeneliten, endogenen (SE) und exogenen (OE) Auslösefaktoren,

Tabelle 1: Unterschiede der Regimewechsel in Südeuropa und Ost(mittel)europa

	Südeuropa	Mittel- und Osteuropa
Art des Regimes vor dem Wandel	autoritär	posttotalitär, sultanistisch (RUM)
Dauer des autoritären bzw. kommunistischen Regimes	ESP: ca. 40 Jahre, GRE: 7 Jahre, POR: 48 Jahre	ca. 40 Jahre
Ausgangsbedingungen vor der Transition		
Ideologische Durchdringung der Gesellschaft	gering	stark bis allumfassend
Autonomie der Wirtschaft	gegeben	nicht gegeben; teilweise Schattenwirtschaft und privater Landbesitz (PL, H)
civil society	ansatzweise vorhanden und organisiert (Gewerkschaften, Studentenverbände, etc.)	<i>civil society</i> als Ideologie kleiner, schwach organisierter Dissidentenbewegungen; stärker organisiert in Polen (Solidarnosc)
Parteien	teilweise gut organisierte oppositionelle Parteien	keine Parteien abseits der Kommunisten und ihrer Blockparteien
Soziale Struktur vor dem Wandel	starke Klassenstrukturen	erzwungene Einebnung von Klassenstrukturen, ausgenommen der <i>Nomenklatura</i>
Vorbedingungen der Transition	starker sozialer Wandel und ökonomisches Wachstum in der Nachkriegszeit	breite sozioökonomische Krisenerscheinungen seit den 70er Jahren
Ursachen und Auslöser der Transition	Tod des Diktators – Regime liberalisiert (ESP), drohende Kriegsniederlage – Militär als Institution leitet Transition ein (GRE), Kriegsniederlage – linksrevolutionäre Militärs putschen (POR)	allgemein: Ende der Breschnew - Doktrin; Massenstreiks (PL); Elitenspaltungen (H); Schneeballeffekt (CS, DDR, BUL, RUM)
Regionale Zusammenhänge der Transitionen	bloße Demonstrationseffekte	starke Ansteckungseffekte durch das Ende des Demokratisierungsvetos des gemeinsamen sowjetischen Hegemons
Rolle der Massen in der Transition	Massen(de)mobilisierung als Ressource der Oppositionseliten	Massenproteste als Auslöser und Vortreiber der Transition (PL, DDR, CS), deren Begleiterscheinung (H), oder Reaktion auf Elitenhandlungen

		(BUL, RUM)
	Rolle des Militärs in Transition (und Konsolidierung)	zentraler Akteur in Transition (GRE, POR) bzw. Notwendigkeit, es von demokratischen Reformen zu überzeugen (ESP)
	Rolle der Medien in der Transition	nebensächlich
	Pakte in der Transition	ESP: Pakte vor (informell) und nach (formell) ersten Wahlen; GRE: nach Putsch direkte Machtübergabe durch Militär an zivile Übergangsregierung ohne Pakt; POR: zwei Pakte der Parteien mit dem Militär nach dessen Putsch gegen das abgelöste Regime
		nebensächlich bis unbedeutend; Ausnahme: Polen
		zentral für Massenmobilisierungs- und Schneeballeffekte
		PL + H: Pakte vor Wahlen über Art des Übergangs; CS + DDR: bloße Verhandlungen über Art der Machtübergabe; BUL: Runde Tisch Abkommen vor und nach ersten Wahlen, begleitende Massenproteste; RUM: Runder Tisch vor ersten Wahlen ohne echtes <i>bargaining</i>
	Nationalismusproblem	unbedeutend; Ausnahme: Spanien
	Politische Kultur	vielfach zentral
	Aufgaben im Bereich der Parteien und der <i>civil society</i>	Ansätze demokratischer und kapitalistischer Wertmuster schon vor dem Regimewechsel
	<i>State-building</i>, Bürokratie- und Rechtsstaatsreform	breite Absenz tiefergehender demokratischer und kapitalistischer Wertmuster vor Regimewechsel; starke Kontinuität sozialistischer Wertmuster
	Problem des Fortbestands alter Eliten	bloße Stabilisierung der Partei- und Interessenorganisationen, ihrer Beziehungen zueinander und zum Staat
	Entstehende Demokratie-typen	komplette Neuschaffung von Parteien und Interessenorganisationen, ihren Beziehungen zueinander und zum Staat
	Soziale und ökonomische Reformen	nebensächlich
	Demokratische Traditionen	<i>State-building</i> , bürokratische Professionalisierung und Rechtsstaatlichkeit als zentrale Aufgaben
Konsolidierung	Internationaler Kontext der Konsolidierung	zentral
		parlamentarisch (ESP, GRE); semi-präsidentiell (POR)
		parlamentarisch (H); sonst: semi-präsidentielle Mischformen;
		Sequenz von politischen, sozialen und ökonomischen Reformen
		Unumgängliche Gleichzeitigkeit politischer, sozialer und ökonomischer Reformen, kapitalistische Institutionen müssen erst geschaffen werden
		existent (GRE) bis schwach (ESP, POR)
		existent (C, H), schwach (SLO, PL) bis weitgehend inexistent (RUM, BUL)
		stabil; schon zuvor Einbindung in die kapitalistische Weltwirtschaft; starke Anreize zur Demokratisierung durch die EG
		komplette Neuordnung der geopolitischen Umwelt; Kollaps des gemeinsamen Wirtschaftsraumes; schwächere Anreize durch die EG/EU

Anmerkung: BUL = Bulgarien, C = Tschechien, CS = Tschechoslowakei, ESP = Spanien, GRE = Griechenland, H = Ungarn, POR = Portugal, PL = Polen, RUM = Rumänien, SLO = Slowakei

langsamen (SE) und schnellen (OE) Zusammenbrüchen des *ancien régime*, organisierten (SE) und unorganisierten (OE) Oppositionsbewegungen, paktierten (SE) und nicht-paktierten (OE) Regimewechseln, Regimewechseln mit (SE) und ohne (OE) demokratische Traditionen, in ihrer politischen Kultur schon sehr demokratischen (SE) und stark undemokratischen (OE) Gesellschaften, Regimewechseln ohne (SE) und solchen mit (OE) Nationalitätenproblemen, Regimewechseln ohne (SE) und mit (OE) enormen Altlasten des alten Regimes, sowie Regimewechseln ohne (SE) und mit (OE) simultanen ökonomischen und sozialen Reformen.

So sehr diese Faktoren Gültigkeit für einige der Fälle in den beiden Regionen beanspruchen können, so sehr ist ihre Generalisierung irreführend. Betrachtet man die einzelnen Länder nur ein wenig genauer, wie dies ansatzweise in Tabelle 1 versucht wurde, dann erkennt man, daß beide Regionen auch intern sehr heterogen sind. Vor allem osteuropäische Forscher haben daher mit allem Nachdruck darauf verwiesen, daß es keineswegs eine einheitliche Region Osteuropa und daher auch keine einheitliche Kategorie osteuropäischer Transitionen gibt. Attila Ágh (1994d) etwa unterteilt die Region des ehemaligen Ostblocks in die drei Subregionen Ostmitteleuropa, Südosteuropa und Osteuropa (die westlichen Nachfolgestaaten der Sowjetunion), die in ihren Regimewechseln trotz der gemeinsamen Einbindung in den sowjetischen Hegemonialbereich von teilweise sehr unterschiedlichen Ausgangsbedingungen ausgegangen sind. Bruszt und Stark (1992, 16) gehen noch einen Schritt weiter, wenn sie meinen: »In our view, however, these cases differ not simply in degree but in kind. The year 1989 was one not of Transition in Eastern Europe but of a plurality of transitions with diverse paths to different types of political institutions.« Und die Unterschiede in den Ausgangsbedingungen und der Art der Transition spiegeln sich auch heute *grosso modo* im unterschiedlichen Fortschritt der Konsolidierung ihrer Demokratien und der Stabilisierung ihrer Ökonomien wieder.

Trotzdem gehen einige Autoren von der Annahme aus, daß die Unterschiede die östlichen gegenüber den südlichen Regimewechselländer bei der Einrichtung einer liberalen Demokratie in eine ungleich ungünstigere und vielfach aussichtslose Lage versetzen. Das kulturelle, politische, ökonomische und soziale Erbe des Kommunismus werde primär oder gar ausschließlich zukünftige Entwicklungen in diesen Staaten bestimmen und daher einen Übergang zu einer funktionierenden Demokratie mit kapitalistischer Marktwirtschaft unmöglich machen. Der indirekte Namensgeber und radikalste Formulierer dieses »legacies of the past approach« (Crawford/Lijphart 1995) ist Ken Jowitt (1992a und b). Mit der teilweisen Ausnahme Polens sieht er den Weg aus dem Kommunismus mehr durch Gemeinsamkeiten als durch Unterschiede bestimmt und die dominante Gemeinsamkeit ist das »leninist legacy« der gesellschaftlichen *Fragmentierung*. Verursacht wurde diese Fragmentierung, die auch Wurzeln in der traditionellen Kultur Osteuropas habe, durch den erzwungenen Rückzug der Menschen

aus der Politik, das Fehlen einer öffentlichen Identität als Bürger, die Organisation der kommunistischen Gesellschaften um semi-autarke, anstatt funktional differenzierte Institutionen, eine paternalistische Mentalität und das Fehlen einer »culture of impersonal measured action« (1992b, 213). Laut Jowitt findet dieses Erbe heute seinen Ausdruck in schwachen politischen und gesellschaftlichen Organisationen, unklaren *cleavages*, fehlenden Nachfolgeeliten, der fortdauernden Besetzung von Positionen in Staat und Wirtschaft mit anpassungsfähigen Angehörigen der früheren Nomenklatura und einer »suspicious culture of mutual envy« (ebd., 215) bei Eliten und Massen. Letztgenannte Kultur finde ihren Niederschlag in Intoleranz, religiös unterfüttertem Nationalismus, politischer Apathie und Hilflosigkeit und vor allem der Unfähigkeit zu und der Ablehnung von politischem *bargaining* und Kompromißaushandlung. Nicht die Wirtschaftsreformen seien daher in dieser Situation das entscheidende Problem, sondern die Etablierung von »public virtues«. Das Beste, was man in dieser Situation folglich erwarten könne, sei ein liberaler Autoritarismus:

I suggest that a form of liberal authoritarianism like the bourgeois regimes of nineteenth-century western Europe is a desirable alternative to the religio-ethnic, militant nationalist, even fascist regimes that might emerge from the maelstrom; and it would be a more practical response than the utopian wish for immediate mass democracy in Eastern Europe. (223)

Innerhalb dieses Ansatzes gibt es daher letztlich also keinen Grund, sich gerade auf die demokratischen Elemente des Wandels zu konzentrieren, die eher als nebensächlich, vorübergehend oder epiphänomenal betrachtet werden.¹³

Während dieser Ansatz vom unumstößlichen Fortwirken einzigartiger struktureller Faktoren aus der Zeit des Kommunismus in den postkommunistischen Staaten ausgeht und damit jegliche interregionale Vergleichbarkeit in Abrede stellt, betonen »imperatives of liberalization« Ansätze (Crawford/Lijphart 1995), zu denen nicht zuletzt die Transitions- und Konsolidierungsforschung zählt, die potentiellen Auswirkungen außergewöhnlicher und dramatischer Ereignisse, die das Erbe der Vergangenheit auch neutralisieren können. Ganz besonders neue demokratische und kapitalistische Institutionen könnten Anreize für politische, gesellschaftliche und ökonomische Akteure liefern, die den Fortgang von Liberalisierungsprozessen (im umfassenden Sinn) begünstigen. Trotzdem es noch Machtenklaven ehemaliger Nomenklatura-Angehöriger in Bürokratie und Wirtschaft gibt, ist es in Osteuropa zu einem Bruch mit dem Machtmonopol der kommunistischen Parteien gekommen. Neue Institutionen könnten neuen Eliten Macht, Einfluß und Anreize zur Untergrabung der Machtbasis der übriggebliebenen Nomenklatura geben, aber sogar ebendiesen alten Eliten *incentives* bieten, die neuen politischen und ökonomischen

¹³ Neben Valerie Bunce und Ken Jowitt bringt das etwa auch Paul Lewis, wenn auch aus einem etwas anderen Blickwinkel, zum Ausdruck, der zu den Ursachen des Kollaps des Kommunismus meint: »In view of the significance of the problems of technological and economic development for the Eastern countries and their importance in the sequence of events that led up to the dramatic changes of 1989, it may therefore be argued that democratization is best treated not so much as an object of study in its own right but more as one element in a broader process of social development and modernization on a global scale.« (1990, 257)

Verhältnisse nicht zu untergraben, sondern sich ihnen anzupassen, um daraus politisches oder ökonomisches Kapital zu schlagen.¹⁴ Und nur dieses Verhalten zähle und nicht, ob es sich um alte oder neue Eliten handle¹⁵. Sofern es also gewisse grundlegende Gemeinsamkeiten (v.a. demokratische Minimalkriterien) in unterschiedlichen Regionen gibt, sei es lohnend, diese Regionen zu vergleichen, denn solche »cross-regional comparisons can highlight the causes of divergent responses to similar influences« (Crawford/Lijphart 1995, 173).

Wie Crawford und Lijphart jedoch überzeugend demonstrieren, ist keine dieser simplizistischen Annahmen haltbar. Weder sind die ex-kommunistischen Staaten durch ihr Erbe der Vergangenheit *ex ante* zum Scheitern ihrer Reformbemühungen verdammt,¹⁶ noch ist mit der Implementierung erster Liberalisierungsschritte und der Einrichtung demokratischer Minimalprozeduren der Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft gesichert. Crawford und Lijphart versuchen an sechs Bereichen (autoritäre politische Kultur, Machterhalt alter Eliten, intermediäres Vakuum zwischen Eliten und der Bevölkerung, unvollständige Nationsbildung, institutionelle Erbschaften, zentralisierte Staaten und Ökonomien) zu zeigen, daß es keineswegs zu einheitlichen Einflüssen leninistischer Erbschaften gekommen ist. Diese *legacies* bekommen nur unter bestimmten Bedingungen Gewicht im Transformationsprozeß:

[T]he constraints and incentives that shape current choices arise from the immediate context in which the actors find themselves. It is this context that will determine both which past legacies become politically central and whether there will be a successful transition to democracy and markets in Eastern Europe.

[L]iberalization is only «imperative» when key conditions are met: when liberal norms set parameters on political debate and participation, when international pressures support liberalizers in the political process, and when new institutions provide for competition both in the economy and in the political arena. (ebd., 194 bzw. 196)

Dieser Kontext besteht also (1) im konkreten institutionellen Rahmen des jeweiligen Landes, (2) der Präsenz bestimmter hegemonialer Normen, vor allem eines (inter)nationalen Elitenkonsenses bezüglich der Notwendigkeit gleichzeitiger demokratischer und ökonomischer Reformen, und (3) internationalen Imperativen, wie ökonomischen und politischen Anreizen und Hilfen. Wie der etwas vage Schluß von Crawford und Lijphart nahelegt, ist keineswegs so eindeutig und ein für alle Mal festlegbar, ob nun die *imperatives of liberalization* siegreich sein werden. Die Beantwortung dieser Frage bedarf einer Analyse jedes Landes, zu unterschiedlichen Zeitpunkten und in verschiedenen politischen Teilbereichen und -fragen.

¹⁴ Eine Analyse der Auswirkungen solcher, sich durch demokratischen Wettbewerb ergebenden Anpassungsanreize auf die kommunistischen Nachfolgeparteien in Mittel- und Osteuropa liefert Ishiyama (1995).

¹⁵ Zum Ausmaß des Elitenwandels Osteuropa siehe Szelényi/Szelényi (1995) und die restlichen Beiträge in *Theory and Society*, No. 5/95.

¹⁶ Es ist inzwischen in der Transitionsforschung eine Binsenweisheit, daß kulturell gefestigte Demokraten selten bis nie der demokratischen Transition vorangehen; siehe etwa Diamond (1993b, 423).

Wie Stephen Hanson bemerkt (1995, 310) ist dieser Kontext umso günstiger je weiter westlich man im ehemals kommunistischen Block geht. Hier besteht durch die Nähe zu Westeuropa die wesentlich höhere Unmittelbarkeit westlicher Liberalisierungsanreize sowie auch ein größerer nationaler Elitenkonsens bezüglich der Unumgänglichkeit von politischer und ökonomischer Liberalisierung. Dieser Konsens wird auch bereits von vielen kommunistischen Nachfolgeparteien geteilt. Dies gilt vor allem für die Ex-KPn Polens, Ungarns, der Slowakei und – mit Einschränkungen – Bulgariens, die sich längst auf dem Weg der Sozialdemokratisierung befinden, weniger jedoch für die kommunistischen (Nachfolge)Parteien in Tschechien und Rumänien.¹⁷ Viele dieser Parteien sind es sogar, die die stärkste Kraft derer darstellen, welche sich für eine *westeuropäische Variante einer Gesellschaft*, im Gegensatz zu einer *traditionalen bzw. nationalistischen Variante einer Gemeinschaft* einsetzen.¹⁸

Es ist auch nicht so, daß alle Formen von leninistischen Erbschaften auf gleiche Weise und in gleicher Stärke wirksam werden. Hanson (1995) unterscheidet zwischen ideologischen, politischen, sozioökonomischen und kulturellen Erbschaften und stellt die Hypothese auf, »that the difficulty of overcoming these four legacies increases as the costs to individuals of rejecting them increase.« (ebd., 310) Demgemäß sind ideologische und politische Erbschaften relativ einfach, sozioökonomische und vor allem kulturelle Erbschaften hingegen viel schwerer zu überwinden, was die Aussichten für die Zukunft von Demokratie und Marktwirtschaft eher in einem düsteren Licht erscheinen läßt. Comisso (1995, 226–237) hingegen meint, daß die wichtigsten Hinterlassenschaften, welche einen negativen Einfluß auf den Fortgang der Reformen ausüben, nicht so sehr kulturell, sondern vielmehr rechtlicher sowie politisch- und staatlich-institutioneller Art sind. Ganz besonders das Fortbestehen stark zentralisierter und lenkender Staatsapparate, verstärkt durch institutionelle Besonderheiten der postkommunistischen Phase, könnte zu einem negativen Einfluß auf den Reformprozeß führen: Die Verlockung, den starken Staat für parteiliche Interessen zu instrumentalisieren, und das im Angesicht der Schwäche gesellschaftlicher Gegenkräfte, könnte eine größere Gefahr darstellen, als der direkte negative Einfluß eines leninistischen kulturellen Erbes. Attila Ágh

¹⁷ Ganz zu schweigen von den (Ex-)KPn in Rußland, Weißrußland, der Ukraine und Serbien. Zu den Nachfolgern der ehemals kommunistischen Monopolparteien siehe Timmermann (1994). Ishiyama (1995) qualifiziert die Parteiführungen der kommunistischen Nachfolgeparteien in Polen, Ungarn, der Slowakei und Litauen gemäß Huntington'scher (1991) Kategorien schon seit 1990 als »democratic reformist« (klarer Bruch mit der Vergangenheit, Aufgabe der marxistisch-leninistischen Ideologie, Sozialdemokratisierung), jene in Albanien, Bulgarien, Estland und Rumänien als »liberal« (kein radikaler Bruch mit der Vergangenheit, Modifizierung bzw. Deradikalisierung der kommunistischen Ideologie, Forcierung interner Parteidisziplin) und die kommunistische Partei in Tschechien als schwankend zwischen liberalen, demokratisch-reformerischen und »standpatter« (kein Bruch mit der Vergangenheit, keine Modifizierung der kommunistischen Ideologie) Fraktionen. Zur Kontinuität der Reformen nach dem Wahlsieg der Postkommunisten in Polen siehe etwa Juchler (1995).

¹⁸ Comisso (1995, 210) sieht die Konfliktlinie *Gemeinschaft/Gesellschaft* und Gebethner (1993) die »Pro-European/Nationalism«-Konfliktlinie neben dem rechts/links-*cleavage* ebenfalls als die dominierende und die am stärksten die Parteiensysteme der Region strukturierende Konfliktlinie an. Kitschelt (1995) sieht drei Konfliktlinien, die in unterschiedlichen post-kommunistischen Regimen unterschiedlich wirksam werden: eine, die bei der Definition von *citizenship* Universalisten von Partikularisten trennt, eine zwischen politisch und sozial Liberal-Sekulären und Autoritär-Religiösen, und eine zwischen marktwirtschaftlich Liberalen und ökonomischen Populisten

(1994c, 1995b) hat diese Versuchung unter den Stichworten der »overpoliticization«, »overparticipation«, »overparliamentarization« und »elite democracy« beschrieben: Demnach wurde die politische Arena in den ersten Jahren des postkommunistischen Ostmitteleuropa von Parteien und den Parlamenten nahezu monopolisiert und die Parteien haben auch auf vielfache Weise versucht, dieses Monopol gegenüber der Basis und Organisationen der *civil society* abzusichern.

Weit davon entfernt, den Zusammenhang zwischen kommunistischen Hinterlassenschaften, konkretem internationalem Kontext, hegemonialen Werten sowie politischen und ökonomischen Institutionsgefügen ausgeleuchtet zu haben, sollte dieser kurze Überblick nur zeigen, daß es keineswegs als selbstverständlich anzusehen ist, daß es prinzipiell das ideologische, kulturelle, sozioökonomische und politische Erbe des Kommunismus ist, das den Prozeß der Reformen (der gemäß der *legacies*-Hypothese nur ein unter bzw. abgebrochener sein kann) bestimmt. Es muß, ganz im Gegensatz, davon ausgegangen werden, daß (neben anderen kontextuellen Variablen) vor allem die neugeschaffenen politischen und ökonomischen Institutionen einen starken intervenierenden, ja strukturierenden Einfluß darauf haben, welche *legacies* wie im Postkommunismus wirken. Und man kann auch nicht von vornherein davon ausgehen, daß diese Erbschaften in jedem Fall negative Auswirkungen haben werden.¹⁹

Wenn aber neue politische und ökonomische Institutionen entscheidend sein können, dann kann man ihren Einfluß auch mit dem vergleichen, den gleiche oder ähnliche Institutionen in Staaten anderer Regionen nach dem Ende nicht-demokratischer Regime gehabt haben.

2.2.3 Was heißt Anwendbarkeit und Vergleichbarkeit?

Was bedeutet nun aber die oftmals gebrauchte Phrase, die Transitionstheorie sei nicht auf die osteuropäischen Fälle *anwendbar*? Man müßte in dieser Hinsicht zumindest vier Ebenen unterscheiden, nämlich die Anwendbarkeit

- der grundsätzlichen Annahmen einer Theorie,
- der Begriffe, Kategorien und Konzepte dieser Theorie,
- der Hypothesen der Theorie, und
- der mit der jeweiligen Theorie ermittelten Schlußfolgerungen und Ergebnisse.

Als typische *Annahmen* der Transitologie meint Bunce (1995a, 95f) ausgemacht zu haben,

that the transition represents a clear break with the authoritarian past; that change to a democratic regime is the foremost political issue; that the building blocks of civil society (e.g., capitalism, unions, parties, and interest groups) are in place; that national and state

¹⁹ Darauf hat (eher alibihafter, da er darauf nicht näher eingeht) selbst Jowitt (1992, 209) hingewiesen.

boundaries are settled; and that elites are the crucial players in both the collapse of authoritarianism and the transition process itself.

Wie bereits weiter oben dargestellt, kann jedoch behauptet werden, daß all diese Annahmen nicht notwendigerweise zum Kern der Transitionstheorie gehören, sondern eben nur so lange als gegeben angesehen wurden, wie man Fälle analysiert hat, für die diese Annahmen zweifelsohne Gültigkeit beanspruchen konnten. Jedem Regimewechselforscher wurde aber wohl sehr bald klar, daß diese Annahmen nicht auf Osteuropa übertragbar waren oder sind. Nur spricht das nicht gegen den Transitionsansatz, sondern lediglich für die Explizierung der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in unterschiedlichen Fällen von Transitionen. Konzepte sollen das Untersuchungsfeld nicht im vornherein übermäßig inhaltlich charakterisieren, sondern ausschließlich bei seiner Analyse als Werkzeuge dienen.

Bezüglich der Übertragbarkeit der *Kategorien, Begriffe und Konzepte* der Transitions- und Konsolidierungsforschung kann daher festgehalten werden, daß diese gegeben ist, sobald man die Hintergrundannahmen von ebendiesen Kategorien etc. gelöst und explizit gemacht hat. Findet man dann die den Begriffen und Kategorien entsprechenden Tatsachen auch in anderen Fällen, dann bedeutet dies, daß diese Begriffe und Kategorien *anwendbar* sind. Und daß bestimmte Kategorien, Begriffe und Konzepte in der akteurstheoretischen Regimewechselforschung nicht immer eindeutig Verwendung finden, ist nicht verwunderlich, weil dies nicht nur in dieser Forschungsrichtung vorkommt: Es gibt wohl keinen einzigen sozialwissenschaftlichen Begriff, der nicht bereits zumindest auf zwei verschiedene Arten interpretiert wurde. Die unterschiedliche Auslegbarkeit eines Begriffes muß nicht von vornherein gegen diesen sprechen, sondern soll lediglich als Aufforderung zur genaueren, vor allem inhaltlich sparsameren und leichter operationalisierbaren Definition und Konzeptualisierung anregen.

Für den Fall der Transition kann jedenfalls mit Recht behauptet werden, daß eine solche sowohl in Südeuropa, als auch in den hier primär betrachteten ostmitteleuropäischen Staaten stattgefunden hat. Der Hinweis, daß daneben auch noch andere Veränderungen vor sich gegangen sind, ändert nichts an der Anwendbarkeit des Transitionskonzeptes (oder des Konsolidierungskonzeptes), sondern macht nur den Kontext der osteuropäischen Transitionen und Konsolidierungen komplexer. Ob das Gesamtereignis am besten als umfassender Systemwechsel oder Systemzusammenbruch tituiert werden soll, bleibt dahingestellt. Selbst wenn aber dem so ist, ändert das nichts an der Tatsache, daß Politikwissenschaftler den zweifellos auch vollzogenen Regimewechsel aus demokratietheoretischer Sicht analysieren und dazu jedes Recht haben. Es wäre widersinnig, Regimewechsel, die in (post-)totalitären Regimen/Systemen ihren Ausgang nehmen, von der Regimewechselforschung auszuklamern, denn in diesen Systemen ist es eben der Fall, daß das Regime auf einer extremen Durchdringung von Gesellschaft und Ökonomie beruht und bei seiner Ablöse unweigerlich auch bedeutende Veränderungen außerhalb des Politischen nach sich zieht.

Was die Übertragbarkeit der *Hypothesen* betrifft, liegt der Fall ganz eindeutig: Hypothesen sind dazu da, getestet zu werden. Und wenn sie bestätigt werden – gut, wenn sie widerlegt werden – umso besser. Man sollte jedoch in der Folge nicht glauben, daß mit der Falsifizierung der Hypothesen das verwendete Kategorienschema bzw. die verwendeten Konzepte widerlegt worden wären. Widerlegt wurde damit lediglich eine konkrete Inbezugsetzung der verschiedenen Variablen ebendieses Kategorienschemas.

Die Anwendbarkeit der *Ergebnisse und Schlußfolgerungen* schließlich wäre tatsächlich ein Problem. Bloß: welcher Sozialwissenschaftler überträgt tatsächlich die Forschungsergebnisse aus einer Region ungetestet in eine andere? Es läßt sich wohl kein Politikwissenschaftler namhaft machen, der z.B. behauptet hat bzw. behaupten würde, daß aufgrund der Tatsache, daß die südeuropäischen Staaten nach ihrer erfolgreichen Transition auch die Konsolidierung erfolgreich abgeschlossen haben, dasselbe auch für Osteuropa gelten wird.

Ähnlich diffus bleiben die Argumente, wenn man die Debatte als eine um die *Vergleichbarkeit* der südlichen und östlichen Regimewechsel analysiert. Was hier zu beobachten ist, ist keine Auseinandersetzung um die Vorzüge und Nachteile von inter- und transregionalen Vergleichen, die auf der Basis eines klaren Konzeptes der Möglichkeiten und Bedingungen eines Vergleichs geführt wird. Vielmehr scheint es sich in den meisten Fällen um einen Kampf um wissenschaftliche *claims* sowie die Hegemonie von Forschungskonzepten und Terminologien zu handeln. Die Verständigung bleibt dabei naturgemäß auf der Strecke.

Was heißt nun aber Vergleichbarkeit? Handelt es sich wirklich um *osteuropäische Äpfel* und *südeuropäische Orangen* oder gar um »apples and kangeroos« (Bunce 1995b, 113)? Und ist es tatsächlich unzulässig Äpfel und Birnen zu vergleichen? Es ist müßig die zuletzt aufgeworfene Frage eindeutig zu entscheiden, aber wie die vorangegangene Diskussion klargemacht haben sollte, ist es zumindest kein Äpfel-Känguruh-Vergleich: Diese Analogie ist in das Reich der Übertreibung zu verweisen, die so typisch ist für diese Diskussion.

Warum vergleicht man überhaupt? Giovanni Sartori (1994, 15) definiert den Sinn von Vergleichen so: »comparisons control – they control (verify or falsify) whether generalizations hold across the cases to which they apply.« Es fragt sich jetzt nur noch, wie man Ost- und Südeuropa nun in ein und dasselbe Kategorienschema bringt, damit man an ihnen auch die selben Hypothesen testen kann? Dies ist, wie gesagt, eine Frage der richtigen Kategorien und Konzepte – und daß es so ein Schema gibt, soll im nächsten Kapitel bewiesen werden.

Jedenfalls ist es nicht so, wie Bunce (1995b, 121) dies für nötig zu halten scheint, daß sich bei einem Vergleich Ähnlichkeiten und Unterschiede der untersuchten Fälle die Waage halten müssen. Es gibt viele Forschungsdesigns in der vergleichenden Politikwissenschaft und eines davon ist das »most different system design«: Man wählt dabei »systems that differ as much as possible and yet do not differ on the phenomenon under investigation.« (Sartori 1994, 22)

Wenn Regimewechsel, Transition und Konsolidierung also kontextunabhängig definiert werden können und man die definierenden Merkmale dieser Konzepte in beiden Regionen findet, dann *ist* ein Vergleich möglich. Dazu ist keine Balance zwischen Ähnlichkeiten und Unterschieden nötig. In einem etwas moderater gehaltenen Artikel scheint das auch Bunce (1995a, 98) erkannt zu haben, wenn sie schreibt: »If we focus not on similarities of the cases but on their differences, such comparisons have much to teach us. In particular, by placing our two sets of cases side by side, we are sensitized to the defining characteristics of each set.« Wenn man sie aber nebeneinander stellt, dann muß man sie anhand einheitlicher Kategorien oder Variablen unterscheiden; und genau diese einheitlichen Kategorien sollen es sein, die in einem Regimewechselkonzept zusammengefaßt sind. Naturgemäß werden die Fälle in vielen Variablen unterschiedliche Werte aufweisen, was aber den Vergleich weder sinnlos, noch unmöglich macht. Der Vergleich unterschiedlicher Verlaufsformen der Regimewechsel und ihrer Vorbedingungen kann dabei gerade die Sinne für die speziellen Problemlagen Osteuropas schärfen und so zur Suche nach möglichen Auswegen, Alternativen oder funktionalen Äquivalenten anregen. Und daneben wird man wohl auch auf sehr ähnliche Handlungs-dilemmata, Gefüge politischer Institutionen, Akteurskonstellationen und ähnliches stoßen.

Wie kann nun der Sinn und Zweck der Verwendung eines einheitlichen Regimewechselkonzeptes zusammengefaßt werden? Man muß von Anfang an festhalten, daß es dabei nicht primär um Voraussagen gehen kann: Demokratische Regimewechsel haben zwar in den letzten zwanzig Jahren dramatisch zugenommen, dennoch scheint es angesichts der Fülle der unterschiedlichen Fälle noch immer so, daß die Anzahl der potentiell wichtigen Variablen jene der Fälle bei weitem übersteigt. Alistair Edwards meint in diesem Kontext, es sei ein Fehler zu glauben, »that the world manifests itself at the level of events« (1994, 92). Nur wenn man dieser fälschlichen Annahme anhängt, könne man die vordringlichste Aufgabe der Sozialwissenschaften in der Vorhersage sehen. Er kommt daher zum Schluß: »General questions about democratization are unanswerable. The infinite variety of conditions, actually present or counterfactually posed, which might facilitate or impede such a process can produce only bewilderment.« (ebd., 101) Für eine Annäherung an Erklärungen von Einzelfällen wird es so gesehen weiterhin unumgänglich sein, genaue Einzelfallstudien vorzunehmen.

Damit wird jedoch ein Ansatz, der sich auf einem höheren Abstraktionsniveau bewegt und bei dem es vor allem darum geht, die Vielfalt der unterschiedlichen Möglichkeiten auf dem Weg von einem nicht-demokratischen zu einem demokratischen Regime in den Blick zu bekommen, nicht hinfällig. Das Ziel jedenfalls ist, ein Schema von Regimewechseln zu erhalten, welches imstande ist, alle möglichen, zumindest aber eine Vielfalt potentieller Erklärungsvariablen zu integrieren. Nicht also die einheitliche Erklärung demokratischer Regimewechsel ist gefragt, was utopisch und sinnlos ist, sondern das Aufzeigen von unterschiedlichen Konstellationen von Ausgangs- und Verlaufsbedingungen, die zur Demokratie führen können. Die osteuropäischen Fälle können in dieser Hinsicht jedenfalls einen großen Beitrag dazu leisten,

bislang unhinterfragte Annahmen und konzeptuelle Festlegungen in Frage zu stellen und zu korrigieren (Munck 1994b, 26; Schmitter/Karl 1994, 178). Und wenn die in einem vergleichenden Ansatz verwendeten Kategorien und Variablen auch in Einzelfallstudien im Auge behalten werden, kann man sogar zu einer Verbindung und gegenseitigen Bereicherung der nur scheinbar gegensätzlichen Strategien Vergleich – Einzelfallstudie gelangen. Wenn man aber beim Verweis auf die regionalen Unterschiede von Demokratisierungsprozessen stehenbleibt, dann versperrt man sich von vornherein den Weg zu einer möglichst umfassenden Theorie verschiedener Verlaufsformen demokratischer Regimewechsel.

Obwohl es sicherlich nicht einfach ist, einen korrekten Vergleich unter Umgehung der Gefahr des »conceptual stretching« zu vollziehen, scheint ein solcher Vergleich doch unumgänglich und sinnvoll, auch wenn es zweifellos stimmt »[that] it is infinitely easier to behead problems by invoking incommensurability« (Sartori 1994, 26): »The particularity of any one region's cultural, historical or institutional matrix – if it is relevant to understanding the outcome of regime change – should emerge from systematic comparison, rather than be used as an excuse for not applying it.« (Schmitter/Karl 1994, 178)

3. Das Konsolidierungskonzept in der Regimewechselforschung

Der Schluß liegt nahe, daß es sich bei dem zuvor beschriebenen Konflikt zwischen den *legacies of the past-approaches* und den transitologischen Ansätzen um eine Neuauflage des alten und in der Demokratisierungsforschung inzwischen zur Genüge bekannten Streits *Struktur versus Akteur* handelt, wobei extreme Formulierungen beider Seiten jeweils ihren Variablen *ex ante* Vorrang und alleinige Erklärungskraft zuschreiben. Dieser Konflikt muß überwunden werden, indem man die Argumente beider Seiten in einem Ansatz zusammenfaßt. Hier soll gezeigt werden, daß das mit Hilfe eines *Regimewechselansatzes* möglich ist. Darin wird Akteuren und ihren Wahlhandlungen weiterhin große Bedeutung beigemessen, gleichzeitig aber der strukturelle und historische Kontext nicht vernachlässigt.

Ausgangspunkt ist dabei die Überlegung, daß für die Analyse eines Regimewechsels zumindest vier Teilaspekte (empirisch und/oder theoretisch) studiert werden müssen:

- zum ersten das Regime, welches abgelöst wird,
- zum zweiten die Gründe, die zu seiner Ablösung geführt haben;
- zum dritten die Modalitäten des Regimewechsels selbst,
- und zum vierten das Regime, welches angestrebt wird.

Als erste grobe Hypothese kann im Anschluß an die Diskussion des vorigen Kapitels festgehalten werden, daß für den Prozeß des Regimewechsels (Art, Auslösung, Geschwindigkeit,

involvierte Akteure, angewandte Strategien, Ausmaß der Gewalt, zu lösende Probleme) die Art des vorangegangenen Regimes sowie die Gründe für seine Ablösung (Erfüllung seiner Zwecke, politische oder sozioökonomische Erfolglosigkeit, Verfall des Repressionspotentials, u.a.) von großer Bedeutung ist. Der Regimewechsel selbst wiederum hat großen Einfluß auf die Art bzw. den Typ des entstehenden Regimes. Es hat also nicht nur die Art des Regimewechsels bzw. der *mode of transition* (Karl/Schmitter 1991) einen Einfluß auf die entstehende Demokratie, sondern zu einem sehr großen Ausmaß auch verschiedenste Charakteristika des abgelösten Regimes: Eine Eins-zu-Eins-Übersetzung von *modes of transition* in »types of democracy emerging« (Schmitter/Karl 1992) erscheint daher aus diesem Blickwinkel theoretisch nicht komplex genug. In Abschnitt 3.4.2 wird darauf genauer eingegangen.

Durch die von Anfang an gleichgewichtige Betrachtung dieser vier Aspekte eines Regimewechsels (woher?, warum? wie?, wohin?) sollte es möglich sein, die Defizite der Transitologie zu überwinden. Die Regimewechselforschung hat bisher darunter gelitten, daß sie ihre Grundlagen zu sehr aus dem Studium einiger Transitionsfälle bezogen hat. Durch eine von Anfang an gegebene Betrachtung des Gesamtkontextes sollte es aber möglich sein, die durch die übermäßige Konzentration auf die Art des Übergangs entstandene Einseitigkeit abzulegen. Von der Transitologie könnte so zur Regimewechselforschung, die weiterhin akteurstheoretisch geprägt ist, übergegangen werden.

3.1 Das Regimekonzept

Zunächst ist dabei zu definieren, was unter einem Regime verstanden wird. Als erste Annäherung kann hierfür die Definition Mainwarings dienen:²⁰

Regime [...] is a broader concept than government and refers to the rules (formal or not) that govern the interaction of the major actors in the political system. The notion of regime involves institutionalization, i.e., the idea that such rules are widely understood and accepted, and that actors pattern their behavior accordingly.

Ob dabei unter *major actors* auch die Bevölkerung gemeint ist, bleibt hier jedoch unklar. Diese Definitionslücke wird vor allem bei der Betrachtung von nicht-demokratischen Regimen offensichtlich, da dort die Bevölkerung nicht als *major political actor* firmiert, ihre Rolle (also ihr Ausschluß von politischen Entscheidungen) aber dennoch von Bedeutung ist.

Sehr nahe jenem Regimekonzept, das hier vertreten werden wird, kommt Fishman (1990, 428). Er definiert folgendermaßen: »A regime may be thought of as the formal and informal organization of the center of political power, and of its relations with the broader society. A regime determines who has access to political power, and how those who are in power deal

²⁰ Eine Übersicht über verschiedene Definitionen gibt Munck (1995, 1996).

with those who are not.« Hier werden also der Machtzugang, die Beziehungen der politischen Institutionen bzw. Machthaber zueinander, und die Beziehungen zur Bevölkerung angesprochen. Es fehlt jedoch der von Mainwaring erwähnte Aspekt der Institutionalisierung.

Quasi eine Fusion dieser beiden Definitionen hat Gerardo Munck vorgelegt (1995). Er unterscheidet zunächst die »formal« von der »behavioral dimension« eines Regimes. In starker Anlehnung an die Regimedefinition von Philippe Schmitter und Terry Karl (1990) nennt er drei Komponenten, die die *formale Dimension* umfaßt: »1) the type of actors that are allowed to gain access to the principal governmental positions; 2) the methods of access to such positions; and 3) the rules that are followed in the making of publicly binding decisions.« (ebd., 4) Dies ist jedoch noch nicht genug, denn ohne die *verhaltensmäßige Dimension* bleibt ein Regime unvollständig: »This second dimension concerns the link between actor and formal rules and draws upon a quite simple but extremely consequential point: that formal rules structure and shape the conduct of politics only inasmuch as actors accept these rules and strategize accordingly« (ebd., 5).²¹ Wie noch zu zeigen sein wird, ist die verhaltensmäßige Dimension im Falle der Demokratie aber nicht ausreichend und muß durch eine *einstellungsmäßige*, die sich auf die prinzipielle Akzeptanz demokratischer Verfahren bezieht, ergänzt werden.

Obwohl es sich hierbei um eine der besten Konzeptualisierungen des Regimebegriffes handelt, lenkt sie nur in eingeschränktem Maße den Blick auf Phänomene, die in Regimewechseln bedeutsam sind bzw. werden können. Und da wir mit dem Anspruch angetreten sind, ein Konzept zu formulieren, das potentiell bedeutsame Erklärungsvariablen integriert, soll eine leichte Reformulierung vorgenommen werden.

Um nachfolgende Überlegungen zu vereinfachen, kann man bei einem Regime zunächst von folgendem Schema ausgehen: Es enthält zwei grundsätzliche Elemente, nämlich das Set der von Munck erwähnten »principal governmental positions« (hier wird kurz von Regierungsin-

²¹ In der neuesten Fassung seines Regimekonzeptes hat Munck (1996) die *formale* durch eine *prozedurale* Dimension ersetzt, da er meint, daß auch informelle Regeln ein Regime oft stark prägen. Das Problem dabei ist aber, daß informelle Regeln im Grunde kein Eigenleben abseits des Verhaltens politischer Akteure haben; sie können nicht wie formale Regeln festgelegt werden, sondern entwickeln sich gerade erst mit der Praxis der beteiligten Akteure. In Regimen, die sich vorwiegend auf informelle Regeln verlassen (und solche Regime können nicht demokratisch sein, wie unten gezeigt wird), löst sich damit die Trennung der zwei Dimensionen auf. Dies ist im Zusammenhang mit der Tatsache zu sehen, daß in nicht-demokratischen Regimen die Trennung von Regime, Regierung und Staat zunehmend verschwimmt (siehe dazu Lawson 1993). Man sollte aber nicht annehmen, daß formal festgelegte prozedurale Regeln in nicht-demokratischen Regimen vollkommen ohne Bedeutung sind: Auch Verfassungen kommunistischer Regime haben eine Funktion, etwa die Festlegung der führenden Rolle der Partei, wodurch sich natürlich eine Relativierung aller anderen formalen Regeln ergibt. Wie noch zu zeigen sein wird beruhen Demokratien aber gerade auf dieser formalen Festlegung von Regeln; und anhand dieses Merkmals werden wir unsere Unterscheidung der Phasen Transition und Konsolidierung vornehmen. Es scheint daher im Kontext von Regimewechseln zur Demokratie angebracht, weiterhin zwischen einer formalen und einer verhaltensmäßigen (und einstellungsmäßigen) Dimension eines Regimes zu unterscheiden, auch wenn das Regime, von dem weg die Transition führt, mehr durch informelle prozedurale Regeln geprägt ist.

stitutionen gesprochen, um das Ensemble an zentralen Entscheidungspositionen eines Regierungssystems zu benennen) einerseits und die Masse der Bevölkerung sowie die politische und zivile Gesellschaft²² andererseits, und vier mögliche Beziehungen dieser Elemente:

1. *Innergesellschaftliche Beziehungen*: Diese Ebene bezieht sich auf das (Nicht)Vorhandensein von offen ausgetragenen innergesellschaftlichen Konflikten mit politischer Relevanz, und damit auf politische Konkurrenz. Voraussetzung politischer Konkurrenz wiederum ist die Existenz eines organisatorischen gesellschaftlichen Pluralismus.
2. *Einflußbeziehungen der Gesellschaft auf die Regierungsinstitutionen*: Diese Dimension bezieht sich auf die Möglichkeiten der Einflußnahme der Bevölkerung sowie der *civil* und *political society* auf politische Institutionen. Diese Einflußnahme ist entweder durch direkten Zugang (passives Wahlrecht, Kanäle der Rekrutierung, Bürgerbeteiligungsverfahren), Versuche direkter Einflußnahme (Streiks, Demonstrationen) oder indirekte Einflußnahme (aktives Wahlrecht, Druck durch Interessenorganisationen) möglich.
3. *Einflußbeziehungen der Regierungsinstitutionen auf die Gesellschaft*: Hier geht es um die Methoden, die Regierungsinstitutionen zur Stabilisierung des gesamten Regimegefüges für notwendig erachten und anwenden. Nicht-demokratische Regime bedienen sich dabei Repression, Terror, Willkür, Überwachung, Beschränkung gesellschaftlicher Subsystemautonomie, charismatischer oder traditionaler Legitimation oder ideologischer »legitimation from the top«²³ oder auch substantieller Legitimation (d.h., Legitimation durch Erbringung materieller Leistungen). Demokratische Regime hingegen können neben substantielle auch auf prozedurale bzw. verfahrensmäßige Legitimation zurückgreifen. Prozedurale Legitimation umfaßt dabei auch die Gewährung von Grund- und Freiheitsrechten.
4. *Beziehungen der Regierungsinstitutionen zueinander*: Wichtig ist hier, welche Regeln die Entscheidungsfindung der Regierungsinstitutionen leiten, d.h. grob gesagt, ob eine Institution Entscheidungen nach Gutdünken trifft oder ob die Entscheidungsfindung durch institutionelle *checks and balances* geleitet wird, die sich auf rechtsstaatliche Regeln stützen.

Munck's Definition scheint die Beziehungen 1, 2 und 4 abzudecken, läßt aber die Beziehung 3 unterbelichtet bzw. teilt ihren Gehalt auf die anderen Ebenen auf.²⁴ Diese Beziehungen sind es

²² In der Folge wird von der Gesellschaft gesprochen, wobei aber die zivile und politische Gesellschaft gemeint ist. *Civil Society* kann definiert werden als »the realm of organized social life that is voluntary, self-generating, (largely) self-supporting, autonomous from the state, and bound by a legal order or set of shared rules« (Diamond 1994, 5; kursiv im Original) und *political society* als die Sphäre der politischen Parteien.

²³ Diese Art der Legitimation wurde von Di Palma (1991) für kommunistische Regime beschrieben.

²⁴ Im Gegensatz dazu analysiert etwa Linz (1975, 1991) autoritäre Regime entlang der Dimensionen *Monismus – Pluralismus, Mobilisierung – Depolitisierung* und *Ideologie – Mentalitäten*. Er läßt dabei aber, wie Munck

aber, die zur Stabilisierung der anderen drei Beziehungen notwendig sind; in nicht-demokratischen Regimen wird dies besonders deutlich. Es könnte eingewendet werden, daß vor allem die undemokratischen Stabilisierungsmethoden unter Punkt 3 eben nur zur *Stabilisierung* dieser Regime notwendig sind, nicht jedoch zum Regime selbst *gehören*, und die demokratisch-prozedurale Legitimation letztlich unter Punkt 2 (Einflußnahme auf die Entscheidungsfindung) subsumiert werden kann. Da sich aber kein Regime ohne jedwede Stabilisierungsmaßnahmen denken läßt und die ausschließliche Betrachtung von politischer Partizipation unter dem Gesichtspunkt der Einflußnahme ihre Stabilisierungsfunktion außer acht läßt, scheint es gerechtfertigt, diese Dimension als zum Regime gehörig anzusehen.

Diese vier Regimedimensionen weisen in gewissen Bereichen Überlappungen auf, die von Regimetyp zu Regimetyp aber verschieden sind. Die Mittel oder Formen zur Umsetzung einer Dimension können dabei auch für eine andere Dimension Bedeutung haben. In totalitären Regimen etwa fungiert die Monopolpartei quasi als Regierungsinstitution, während Parteien in Demokratien Ausdruck gesellschaftlichen Pluralismus sind. Ebenso ist in totalitären Regimen der fehlende Pluralismus Ergebnis der totalitären Willkür und Repression von oben. Daß Pluralismus jedoch nicht nur Funktion dieser Repression ist, zeigt sich in posttotalitären Regimen, wo es trotz Willkür und Repression zur Entstehung von Zellen gesellschaftlichen Pluralismus kommen kann (z.B. der Charta 77 im stark repressiven CSSR-Regime der 70er und 80er Jahre). Obwohl es also diese Überlappungen gibt, sollte man sie doch konzeptuell auseinanderhalten, um sie in der Analyse nicht zu übersehen.

Die Dimensionen müßten natürlich noch in Unterkategorien gegliedert werden. Versucht man jedoch eine vorläufige Spezifizierung, dann ergibt sich bereits ein Blick auf einige der zentralen Faktoren, die einen Regimewechsel strukturieren können. Eine Übersicht bietet Tabelle 2, in der fünf Regimeidealtypen betrachtet werden.²⁵ Von Bedeutung für den Regimewechsel und die in seinen verschiedenen Phasen zu lösenden Probleme ist dabei natürlich nicht, wie das alte Regime nun benannt wird, sondern in welcher Art, mit welchen Mitteln und in welcher Intensität die vier Regimebeziehungen ausgestaltet waren: Wieviel und welchen Pluralismus war im abzulösenden Regime möglich? Wie stark war die Institutionalisierung der politischen Entscheidungsinstitutionen? War das Militär in politische Entscheidungen eingebunden und wenn ja, wie? Gab es eine starke Ideologie und (erfolgreiche) Versuche, die Gesellschaft ihr

festhält, die horizontale Dimension auf der Ebene der Regierungsinstitutionen außer acht. In der Definition Fishmans hingegen wird diese Dimension erwähnt, bei den Beziehungen Gesellschaft – Institutionen aber nicht zwischen den Ebenen 2 und 3 unterschieden und die innergesellschaftlichen Beziehungen werden gänzlich ausgeblendet. Diese Definitionen erlauben zwar ein implizites Mitdenken aller vier Dimensionen; es scheint aber besser, ihrer Vernachlässigung durch die explizite Einbindung in das Regimekonzept vorzubeugen.

²⁵ In der Tabelle wurden einige Unterkategorien und eine quer zu den Dimensionen liegende Kategorie (Parteien) hinzugefügt. Die fünf Regimetypen wurden von Linz/Stepan/Gunther (1995, 81–83) übernommen, die Auffüllung der Zellen stützt sich stark auf Linz (1990, 144–148; 1991) und Sartori (1993). Eine Analyse der Regime in Polen und der CSSR vor 1989 anhand des Konzeptes von Sartori versucht Waldrauch (1994, 55–69).

gemäß zu formen? Wie stark haben Repression, Willkür und Überwachung zur Depolitisierung der Gesellschaft beigetragen? Stützte sich das Regime auf externe hegemoniale Einflußnahme? Wie sehr und welche Bereiche sozialer Subsystemautonomie wurden unterdrückt? Etc. Es muß natürlich auch hinzugefügt werden, daß es wichtig ist, welches Regime das nunmehr abzulösende nicht-demokratische Regime bei seiner Entstehung ersetzt hat. Wenn es demokratisch war, dann können seine institutionellen Formen, politischen Parteien und Interessenorganisationen als Anknüpfungspunkte im Regimewechsel in Richtung Demokratie dienen. Dies gilt umso mehr, wenn das alte demokratische Regime relativ erfolgreich war, es noch nicht weit in der Zeit zurückliegt und seine politischen Organisationen die nicht-demokratische Phase im Untergrund oder Exil überleben konnten.

Tabelle 2: Einige zentrale Merkmale unterschiedlicher Regimetypen

Regimetyp	demokratisch	totalitär	posttotalitär	autoritär	sultanistisch
Merkmal					
1) Politische Konkurrenz und gesellschaftlicher Pluralismus	keine Einschränkungen politischer Konkurrenz; unbeschränkter Pluralismus	keine politische Konkurrenz; kein Pluralismus	Konkurrenz parteiinterner Fraktionen; schwach organisierte gesellschaftliche Gruppen im Untergrund	Pluralismus begrenzt auf unpolitische Gruppen; mögliche staatliche Zwangsorganisation sozialer Gruppen	Konkurrenz um die Gunst des Diktators; Pluralismus unterliegt willkürlicher Verfolgung und Repression
2) Politische Rolle der Bevölkerung	Beteiligung an regulären kompetitiven Wahlen; passives Wahlrecht; Vielfalt anderer Partizipationsmöglichkeiten	Pseudopartizipation in erzwungenen Massenmobilisierungen; Partizipation nur innerhalb der Monopolpartei	Abnahme der Bedeutung pseudopartizipativer Massenmobilisierung, Partizipation weiterhin nur in der Partei	beschränkte Partizipation und staatlich organisierte Mobilisierung möglich, meist aber Depolitisierung	keinerlei Partizipationsmöglichkeiten; Zugang zu Machtpositionen abhängig von Wohlwollen des Diktators
3) Methoden der Stabilisierung	prozedurale und substantielle Legitimation	ideologische Legitimation von oben; grenzenlose Willkür, Repression, Terror, Überwachung	neben abgeschwächter Willkür, Repression u. Überwachung auch Versuche substantieller Legitimation,	Repression, substantielle Legitimation	unberechenbare Willkür, Repression und Terror
3a) Gesellschaftliche Durchdringung	gegebene Subsystemautonomie	stark und effektiv; keine Subsystemautonomie	teilweise ineffektive Unterdrückung gesellschaftlicher Subsystemautonomie (Schattenwirtschaft)	Partielle Subsystemautonomie, v.a. der Wirtschaft; Ansätze bürokratischen Professionalismus	variabel
3b) Ideologie	Ideologien- und Meinungsvielfalt	stark, allumfassend und ausformuliert	reduzierte Bedeutung der Ideologie	schwach, nicht völlig ausformuliert	irrelevant bis schwach
4) Beziehung politischer Institutionen zueinander/Modus politischer Entscheidungsfindung	<i>checks and balances</i> demokratisch legitimierter Institutionen auf Basis rechtsstaatlicher Regeln	unkontrollierte u. unbegrenzte Macht der Monopolpartei; keine Rechtsstaatlichkeit; mögliche Einflußnahme eines externen Hegemons	Entstehung von Machtenklaven Nomenklatura-Angehöriger in Bürokratie u. Wirtschaft; Abnahme hegemonialer Einflußnahme	starke Position des Militärs; mögliche Einbindung zwangsorganisierter gesellschaftlicher Gruppen	schwache Institutionalisierung politischer Entscheidungsprozesse; Willkür des Diktators
Parteien	Parteienpluralität	Monopolpartei (u. mögliche Blockparteien) als alleinige Rekrutierungs- u. Macht-	Monopolpartei; abgeschwächte Bedeutung der Mitgliedschaft für persönliches	Monopolpartei möglich; Kooptierung v. Nichtmitgliedern der Partei/Nicht-Re-	schwache bis inexistente Monopolpartei

zugangsinstitu-
tion, Mitgliedsch.
bringt persönli-
che Vorteile

Fortkommen

gimeorganisati-
onen in die Elite
möglich

3.2 Die Vorbedingungen und Gründe des Regimewechsels

Studien in der Nachfolge des Klassikers *Political Man* von Seymour Martin Lipset (1960) haben versucht, den Bestand von Demokratien mit dem jeweiligen ökonomischen Entwicklungsniveau zu erklären. Lange Zeit ist man dabei aber über bloße Korrelationen nicht hinausgekommen. Der Ansatz und die Methodologie von Lipset wurden daher in der Folge auch häufig kritisiert. In einer kritischen Würdigung Lipsets und nachfolgender Teststudien anderer Autoren hat Larry Diamond (1992) mit Hilfe erst in den Jahrzehnten nach 1960 entwickelter statistischer Methoden die Hauptthese all dieser Arbeiten – ein höheres ökonomisches Entwicklungsniveau erhöht die Chancen für den Bestand und die Stabilität eines demokratischen Regimes – zu überprüfen versucht. Die Ergebnisse scheinen eindeutig:

The level of socioeconomic development is the most important variable in determining the chances of democracy, but it is far from completely determinative. Other variables exercise influence, and a number of countries (still) have regime forms that appear anomalous in terms of their level of development.

Although per capita national income appears to be the one independent variable that has most reliably and consistently predicted the level of democracy, this is likely a surrogate for a broader measure of average human development and well-being that is in fact even more closely associated with democracy. Lipset's thesis may thus be slightly reformulated: The more well-to-do the people of a country, on average, the more likely they will favor, achieve, and maintain a democratic system for their country. (ebd., 468; kursive Hervorhebung des letzten Satzes im Original)²⁶

Przeworski et. al. (1996) haben versucht, auch politisch-institutionelle Variablen in eine Theorie der Stabilität von Demokratien einzuarbeiten. Sie kommen aber ebenfalls zum Schluß, daß primär ökonomische Faktoren für den Fortbestand von Demokratien verantwortlich sind:

Our central finding is the importance of economic factors in sustaining democracies. While the modernization theory was wrong in thinking that development under dictatorship breeds democracies, Lipset was correct to argue that once established in a wealthy country, democracy is more likely to endure. Indeed, we have found that once a country is sufficiently wealthy, with per-capita income of more than \$6,000 a year, democracy is certain to survive, come hell or high water. And while international factors as well as political institutions are important for the durability of democracy in less affluent countries, economic performance does matter: indeed, democracy is more likely to survive in a growing economy with less than \$1,000 per-capita income than in a country where per-capita income is between \$1,000 and \$4,000, but which is declining economically. Democracies can survive even in the poorest

²⁶ Eine Überprüfung seiner These von den *social requisites of democracy* hat auch Lipset selbst versucht; vgl. Lipset/Seong/Torres (1993).

nations if they manage to generate development, if they reduce inequality, if the international climate is propitious, and if they have parliamentary institutions. (ibd., 49)

In sum, the secret of democratic durability seems to lie in economic development – not, as the theory dominant in the 1960s had it, under dictatorship, but under democracy based on parliamentary institutions. (ibd., 50)

Es scheint also (was jedoch wenig erstaunlich ist), daß ein hoher sozioökonomischer Entwicklungsstand (das also, was nunmehr *Human Development* heißt; vgl. DGVN 1994) oder, im Falle eines dahingehend niedrigen Niveaus, stetige ökonomische Entwicklung für den Fortbestand einer Demokratie die besten Aussichten liefert.

Diese Ergebnisse sagen jedoch noch nichts darüber aus, welche Voraussetzungen erfüllt bzw. welche Gründe gegeben sein müssen, damit es überhaupt zu einem demokratischen Regimewechsel kommt. Studien, die in diesem Zusammenhang aus einem bestimmten ökonomischen oder sozialen Entwicklungsniveau den Zeitpunkt des Regimewechsels bzw. der Transition abzuleiten versuchen, sind bisher wenig überzeugend geblieben. Samuel Huntington (1991, 59–73) etwa spricht für die 70er Jahre von einer »political transition zone« von 250 bis 3000 US\$ Pro-Kopf-Volkseinkommen, in welcher nach seiner Zählung 27 der 31 Demokratisierungen von Staaten der 3. Welle nach 1974 stattgefunden haben. Und in $\frac{3}{4}$ all jener Länder, welche 1976 in dieser Zone lagen und ein autoritäres Regime hatten, hat bis 1989 eine Demokratisierung stattgefunden:

The correlation between wealth and democracy implies that transitions to democracy should occur primarily in countries at the middle levels of economic development. In poor countries democratization is unlikely; in rich countries it has already occurred. In between there is a political transition zone; countries in that particular economic stratum are most likely to transit to democracy and most countries that transit to democracy will be in that stratum. (ibd., 60)

Auf mehr als bloßen Korrelationen beruht seine Analyse aber auch nicht: Viele Staaten lagen schon längere Zeit in dieser Zone, oder sogar beständig über ihr, und haben trotzdem nicht den Durchbruch zur Demokratie geschafft.

Einen komplexeren Ansatz hat Tatu Vanhanen gewählt, der noch vor den Umbruchprozessen in Osteuropa versucht (Vanhanen 1990) hat, Demokratisierung (gemessen über den *Index of Democratization* – das Produkt aus dem Anteil der Stimmen für alle Parteien außer der stimmenstärksten und dem Prozentsatz der tatsächlich wählenden Bevölkerung) mit Hilfe verschiedener Modernisierungsindizes²⁷ vorherzusagen. Die zentrale Hypothese (die im übrigen

²⁷ Vanhanen hat sechs soziale Variablen – den Prozentsatz der urbanen Bevölkerung, der nicht-agrarischen Bevölkerung, der Alphabeten, der von Familien geführten – an der Gesamtzahl der Landwirtschaften, die Zahl der Studenten, sowie das Ausmaß der Dezentralisierung nicht-agrarischer ökonomischer Ressourcen – zu verschiedensten Indizes zusammengefaßt, etwa zu dem »Index of Occupational Diversification«, dem »Index of

gewissermaßen auch Huntingtons Überlegungen (1991, 65–67) zugrundeliegt) lautet, daß Demokratisierung wahrscheinlicher wird, je breiter verschiedenste Machtressourcen in der Gesellschaft verteilt sind; und diese Verteilung versucht er mit den erwähnten Indizes zu messen. Vanhanens ursprüngliche Methoden ließen eine Vorhersage der Regimewechsel in Osteuropa jedoch nicht zu, worauf er seine Indizes und die verwendeten Analysemethoden modifiziert hat (Vanhanen/Kimber 1994). Mit diesen Änderungen glaubt er nun, Demokratisierung prognostizieren zu können. Der Ansatz Vanhanens birgt jedoch (um nur die wichtigsten zu nennen) einige grundsätzliche Probleme:²⁸ Da die verwendeten erklärenden Variablen allesamt nicht innerhalb kurzer Zeiträume stark variieren können, handelt es sich nicht um zeitlich auch nur einigermaßen exakte *Vorhersagen* von Demokratisierungs- oder demokratischen Regimewechselprozessen, sondern bloß um die herkömmliche Angabe von Wahrscheinlichkeiten für ein bestimmtes Ausmaß von dem, was er Demokratie nennt. Und gerade auch dieses Maß der Demokratie ist äußerst fragwürdig, vor allem weil mit ihm implizit angenommen wird, daß jedes Regime in gewisser Weise demokratisch ist, und die Kategorie *wirklicher* Demokratien so nur durch willkürliche Festlegung von Schwellenwerten irgendwo auf dem Kontinuum gebildet werden kann. Schließlich verschwindet mit der bloßen Hypothese, daß bestimmte Länder aufgrund ihrer Verteilung der Machtressourcen eigentlich längst demokratisch sein müßten, der Forschungsgegenstand der Regimewechselproblematik selbst: Wenn ohnehin alle Voraussetzungen für die Demokratie gegeben sind, dann kann der Regimewechsel selbst ja wohl kein Problem mehr darstellen.

Wir sind jedoch gerade an diesen Aussichten für den Regimewechsel und die in ihm zur Lösung anstehenden Probleme interessiert; und dafür ist eine Analyse der Voraussetzungen und Gründe für die Ablösung nicht-demokratischer Regime nötig, die nicht bloß makrosoziale Indikatoren betrachtet. Grundsätzlich gibt es grob gesagt zwei gegensätzliche Möglichkeiten, warum ein diktatorisches Regime abgelöst wird, nämlich aufgrund verschiedenster Arten von Erfolg und oder von Mißerfolg. Im ersten Fall, der jedoch auf die kommunistischen Staaten nicht anwendbar ist, gibt es wiederum zwei Möglichkeiten: Entweder treten die Gruppen, die das alte Regime gestützt haben, für Demokratisierung ein, da sie die bei der Einrichtung des Regimes vorgegebenen Ziele (z.B. Herstellung von Ruhe und Ordnung, Bekämpfung von Guerillas, o.ä.) erfüllt haben. Oder es kommt während der Zeit nicht-demokratischer Herrschaft zu rasanter sozioökonomischer Entwicklung, wodurch (ganz im Sinne der oben angesprochenen Studien) erst das gesellschaftliche Potential für den Wunsch nach und die Unterstützung für die Ideen der Demokratie geschaffen wird. Die Aussichten für diese beiden Fälle eines Regimewechsels aufgrund von Erfolg sind dabei im großen und ganzen günstiger, da die

Knowledge Distribution«, dem »Index of the Distribution of Economic Power Resources« oder dem zusammenfassenden »Index of Power Resources«.

²⁸ Zur grundsätzlichen Kritik der vielfältigen Probleme solcher Ansätze, die Demokratie mithilfe eines auf nur wenigen und sehr willkürlich ausgewählten Indikatoren beruhenden kontinuierlichen Index zu messen versuchen – weitere Beispiele dafür finden sich bei Inkeles (1991) und Beetham (1994) –, und sich so um die Frage der exakten Kategorienbildung herumdrücken, siehe Munck (1995, 1996).

Vertreter des alten Regimes von der grundsätzlichen Wünschbarkeit der Demokratie nicht mehr überzeugt werden müssen und drängende gesellschaftliche und/oder ökonomische Probleme gelöst wurden, oder (wie im zweiten Fall) weil die sozioökonomische Entwicklung eben demokratische Werte und Einstellungen gefördert hat, die einen gemäßigten und von Zurückhaltung geprägten Regimewechsel begünstigen.

Die Regimewechsel in der kommunistischen Welt waren allerdings allesamt durch wirtschaftliche Mißerfolge, die durch die Auflösung der Subsystemgrenzen in den realsozialistischen Systemen auch unmittelbarer auf die Politik durchschlagen konnten, bedingt. Und die vielfältigen Probleme, die für diese Mißerfolge verantwortlich waren, sowie die Gründe, warum sie nicht gelöst werden konnten, haben auch unmittelbare Aus- bzw. Nachwirkungen auf den Verlauf des Regimewechselprozesses. Eine wichtige Rolle bei jeder Erklärung des kommunistischen Niedergangs muß dabei das ineffiziente Wirtschaftssystem spielen, das auf zentraler politischer Planung beruhte bzw. beruhen sollte. Die Ursachen und Symptome für diese Ineffizienz sind unumstritten und die Literatur, die sie beschreibt, sehr umfangreich: die zu starke Konzentration auf extensives Wachstum in der Schwer- und Rüstungs- auf Kosten der Konsumgüterindustrie; die Vernachlässigung bzw. die systembedingte Verunmöglichung technologischer Innovation; die Unterdrückung eines freien Informationsflusses, der für ein effizientes Funktionieren des wirtschaftlichen Subsystems unumgänglich ist; mangelnde Leistungsanreize; die Notwendigkeit eines aufwendigen und ressourcenverschlingenden Überwachungsapparates zur Aufrechterhaltung des Systems; das letztendliche Überhandnehmen von *freeriding*-Phänomenen; die Besetzung wirtschaftlicher Posten nach ideologischen, statt Leistungsgesichtspunkten, u.a. Vor dem Hintergrund der Tatsache, daß eine völlige internationale Abkapselung der kommunistischen Welt – auch aufgrund ihrer internen Ineffizienzen – unmöglich war, haben Verschiebungen in der Struktur der Weltwirtschaft und der geopolitischen Lage diese Probleme letztlich nur noch verschärft. Szelenyi und Szelenyi (1994) etwa nennen folgenden Ursachenkomplex: Die Explosion der Ölpreise in den 70er Jahren führte auch zu negativen Auswirkungen auf die sozialistischen Ökonomien. Zusätzlich wurde durch billige arabische Kredite nach dem Ölschock, die vor allem von den osteuropäischen Satelliten genutzt wurden, der Grundstein zur Überschuldung einiger dieser Länder gelegt. Aufgrund der drückenden Kreditschulden kam es folglich zu einer stärkeren Einbindung in die Konkurrenz auf dem Weltmarkt, welche diese osteuropäischen Länder jedoch unvorbereitet traf, nicht zuletzt wegen ihrer Unfähigkeit zur Entwicklung auf dem Gebiet der Informationstechnologie. Die Verstärkung des Rüstungswettlaufes durch die USA unter Präsident Reagan tat dann ein übriges, um die breit wahrnehmbaren Krisenerscheinungen noch zu verstärken.

Wirtschaftliche Krisenerscheinungen allein jedoch können die Regimewechsel noch nicht erklären. Für die Sowjetunion muß auf jeden Fall der klassische transitologische Erklärungsfaktor Elitenspaltung und eine nachfolgende Entscheidung zur Liberalisierung durch Gorbatschow zwischengeschaltet werden. Und für die osteuropäischen Satellitenstaaten war das Ende der Breschnew-Doktrin, die bis dahin über allen Reformversuchen schwebte, das

ausschlaggebende Moment. Letztlich empfiehlt sich ein Rückgriff auf das im vorangegangenen Abschnitt ausgearbeitete Regimekonzept, um zu sehen, auf welchen Ebenen die alten Regime in die Krise geraten sind, wodurch letztlich ein Regimewechsel ermöglicht wurde und wie die Krisenursachen und -phänomene auf den Prozeß des Regimewechsels nachwirken können. So kann auch eine Verbindung der systemischen Krisenerscheinungen mit der Akteursebene erreicht werden. Am besten setzt man dabei zunächst auf der Ebene der Stabilisierungsmethoden des Regimes an:

- Der zentrale Punkt an dieser Stelle ist, daß es auf vielfache Weise und in vielen Bereichen zu einem sich selbst verstärkenden *Prozeß der Abnahme der Kapazitäten zur Überwachung, Kontrolle und Sanktionierung abweichenden Verhaltens* gekommen ist, der nicht zuletzt zur Schwächung der politischen Institutionen und der Ermöglichung der Regimewechselprozesse beigetragen hat.

Die Stabilität und ursprünglich zweifellos bis zu einem gewissen Grad gegebene Funktionsfähigkeit kommunistischer Regime beruhte auf einem umfassenden System hierarchischer Kontrolle in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft.²⁹ Die Voraussetzungen für die Ablösung kommunistischer Regime ist daher, so Walder (1994, 302), primär im Verfall dieses Kontrollpotentials auf zwei Ebenen zu suchen:

The first is a secular decline in the capacity of the central state to enforce discipline over its own agents in the party state hierarchy, or to put it differently, a rise in the ability of these agents to resist or even openly contest the directives of the center. The second is a decline in the capacity of party-state officials to enforce compliance over citizens in their places of work, study or residence, or to put it differently, a rise in the capacity of citizens to resist or even openly contest the decisions of officials in their in their organizations.

Man muß dem noch hinzufügen, daß es auch zu einer Abnahme der länderübergreifenden Kontrolle durch die Sowjetunion innerhalb des Ostblocks gekommen ist. Die UdSSR war *der* entscheidende Stabilisierungsfaktor für die meisten osteuropäischen Regime: Sie nahm dabei dieselbe Stellung innerhalb des kommunistischen Ostblocks ein, wie die Staatspartei in jedem ihrer Länder.

Die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen haben zunächst zu einer Abnahme der Wirksamkeit der ideologischen »legitimation from the top« (Di Palma 1991) geführt, da sie den Glauben an die marxistisch-leninistische Ideologie erschütterten. In einigen

²⁹ Aufgrund mangelnder Leistungsanreize konnte das realsozialistische Wirtschaftssystem die Teilnahme der Bevölkerung am Arbeitsprozeß auch nur durch ständige Kontrolle sicherstellen; Reykowski (1994) spricht von einer »economy of control«. Da diese Kontrolle jedoch niemals lückenlos funktionierte und zudem äußerst aufwendig war, trug zu wesentlich zur ursprünglichen Ineffizienz kommunistischer Ökonomien bei.

osteuropäischen Staaten kam es an ihrer statt zu Versuchen der Legitimation über die Steigerung materiellen Wohlstandes im Austausch für eine gelockerte Kontrolle der Gesellschaft. Das Ausweichen auf alternative Strategien in der Wirtschaft aufgrund der Ineffizienzen des herkömmlichen Planwirtschaftssystems hatte jedoch eine Reihe von für den politischen Regimewechsel wichtigen Folgen: Zum ersten wurde der Spielraum für die an der Steuerung der Wirtschaft Beteiligten, nämlich die Nomenklatura in der Verwaltung und den Betrieben, größer und damit die Kontrollmöglichkeiten durch die Partei kleiner. Dadurch funktionierte das System immer mehr auf der Basis von Korruption und Nepotismus, aber auch von Aushandlungsprozessen über die Ressourcenverteilung zwischen Bürokratie und den Betrieben. Die Nomenklatura war letztlich auch in der besten Position, um die ersten Möglichkeiten zu eigenem wirtschaftlichem Engagement zu nutzen. Im Regimewechsel, vor allem in der Konsolidierung, wird dieser Übergang von *Apparatschiks* in *Entrepreneurschiks* nun aber von vielen als Problem für den Fortgang wirtschaftlicher und demokratischer Reformen gesehen. Daneben wurde mit der stillschweigenden Duldung von wirtschaftlichen Tätigkeiten außerhalb der staatlichen Ökonomie (v.a. in Polen und Ungarn) nicht nur die Ineffizienz der offiziellen Ökonomie, sondern auch das Potential der Partei zur Kontrolle und Sanktionierung von abweichendem Verhalten der Untergebenen weiter verringert, da diese nicht länger ausschließlich auf die Leistungen der Partei angewiesen waren. In Betrieben, deren Führung aber bereits stärker nach Leistung trachteten, erlangten die Arbeiter eine stärkere Position gegenüber der Führung, da sie für Leistung auch bessere Bezahlung verlangen konnten; die Betriebsführung ihrerseits war nicht länger an vorwiegend parteiideologisch korrektem, sondern mehr an leistungsorientiertem Handeln der Arbeiter interessiert. Das Ergebnis war jedenfalls aber eine Abnahme der Abhängigkeit untergeordneter gegenüber übergeordneten Stellen oder, anders formuliert, eine Abnahme des Kontrollpotentials auf vielen Ebenen des kommunistischen Systems:

Departures from central planning have had two kinds of political consequences: first, they open up alternatives to the rewards and career paths formerly controlled by the party organization, or they shift the balance of dependence more in favor of subordinates by increasing the dependence of superiors upon them for the supply of labor and income; and second, they weaken both the incentive and the capacity of local officials to monitor and sanction citizen behavior. (ibd., 303f)

Letztlich ist noch zu erwähnen, daß die Kontrolle über die Bevölkerung auch auf der ideellen Ebene stetig abnahm, was indirekt durch die Öffnung gegenüber dem Westen auf scheinbar unwesentlichen Ebenen bewirkt wurde: die Öffnung gegenüber westlichen

Touristen³⁰, erste Ansätze zu *joint ventures* mit Westfirmen, Studentenaustauschprogramme, die Einstrahlung westlicher Rundfunk- und Fernsehprogramme, u.a.

- Auf der Ebene der *Führungsschicht* kam es so durch die Auflösung des ideologischen Bindekitts, den Generationenwechsel hin zu neuen technokratischen Eliten »composed now of skilled or highly skilled professionals, which did not feel comfortable ruling the old way« (Szelenyi/Szelenyi 1994, 226), sowie zunehmend auch durch divergierende Interessen (politische Führung, Bürokratie, Unternehmensbosse) zu einer *Auflösung des inneren Zusammenhaltes*, der – stärker noch als in anderen nicht-demokratischen Regimen – für das Funktionieren der kommunistischen Regime und den Zusammenhalt ihrer politischen Institutionen essentiell war.

In den 60er und 70er Jahren begannen in praktisch allen Ländern Intellektuelle den Parteienstaat zu kritisieren, zunächst inner-, mit der Zeit jedoch auch außerhalb der Partei, wodurch es zur Entstehung einer (wenn auch oftmals kleinen) Opposition im Untergrund kam (siehe Bernhard 1993). Durch das Abfallen eines nicht unerheblichen Teils der *Intelligenzia* wurde zudem das Selbstheilungspotential des Systems weiter untergraben. Durch die in einigen Staaten des Ostblocks in den 70er Jahren beginnenden Wirtschaftsreformen kam es dann auch noch zur erwähnten Auflösung der Einheitlichkeit der verbliebenen Führungsschicht. Als es zu ersten Abfallserscheinungen von Mitgliedern der Parteikader kam, die die neuen Freiräume für persönliches Fortkommen außerhalb der von der Partei vorgesehenen Pfade nutzten, standen die verbliebenen mehr und mehr vor der Alternative, weiterhin die Sache der Partei zu fördern oder ebenfalls »abzufallen«. Hechter faßt die Ergebnisse eines spieltheoretischen Modells von Nee und Lian (1994), das diesen Prozeß nachzuzeichnen versucht, so zusammen:

As defections to outside sources of income and power increase after economic reform, party cadres face a choice of committing or defecting. The survival of the regime depends to a large degree on the party's capacity to monitor and sanction officials. [...] The Soviet and East European regimes fell because political reform moved too fast, eroding the state's monitoring and sanctioning capacity, with no economic improvement. (Hechter 1994, 163)

- Zu Ansätzen *sozialen Pluralismus* kam es durch den von Intellektuellen betriebenen *Aufbau von Dissidenten- und Oppositionsbewegungen*, die umso mehr Unterstützung anziehen konnten, je weiter der Verfall des parteienstaatlichen Kontrollpotentials und damit der Ausbau von Freiräumen in Wirtschaft und Gesellschaft fortgeschritten war.

³⁰ Ágh (in einem Seminar an der Universität Wien am 14.12.1995) spricht für die 80er Jahre etwa von 5 bis 7 Millionen westlichen Touristen pro Jahr, die alleine Ungarn besucht haben.

Diese Oppositionsgruppen waren aufgrund der noch immer beachtlichen staatlichen Kontrolle zwar (mit der Ausnahme Polens Anfang der 80er Jahre) klein und für sich genommen keine Gefahr für die kommunistischen Regime. Sie waren jedoch eine Voraussetzung für den Beginn und das Vorantreiben der Regimewechsel sobald es Anzeichen für ein (bevorstehendes) drastischeres Absinken des Repressions- und Kontrollpotentials gab. In der Sowjetunion ergaben sich diese Anzeichen eher langsam mit der Reformpolitik Gorbatschows. In den Staaten des Ostblocks hingegen traten diese Anzeichen mit dem Ende der Breschnew-Doktrin ziemlich rasch zu Tage ein. Die relativ liberalsten bzw. am wenigsten auf umfassende Kontrolle ausgerichteten Regime, die auch die größten Oppositionsbewegungen aufzuweisen hatten, waren in dieser Situation dann auch die, in denen die Regimewechsel zuerst in Gang kamen. Wie Bruszt und Stark (1992, 14f) richtig bemerken korrelierte die Rangordnung der Stärke der nationalen Oppositionsbewegungen (Polen, Ungarn, DDR, CSSR, Bulgarien, Rumänien, Albanien) direkt mit der Abfolge, allerdings auch indirekt mit der Geschwindigkeit der Regimewechsel. Das Kontroll- und Repressionspotential war bis dahin stark genug gewesen, um die Vergrößerung der Oppositionsbewegungen zu verhindern, aber zu schwach (vor allem nach dem Wegfall des sowjetischen Demokratisierungsvetos), um ihre Entstehung und teilweise Organisation zu verhindern sowie der Bevölkerung zu erlauben, sich im richtigen Zeitpunkt auf ihre Seite zu schlagen. Es waren also nicht starke kommunistische Staaten, die durch starke Oppositionsbewegungen zum Fall gebracht wurden: «the more typical cases in Eastern Europe in 1989 were moments in which weak states faced weak societies.» (ebd., 14) In einigen Staaten (CSSR, DDR, vor allem aber in Bulgarien und Rumänien) war die Opposition sogar so schwach, daß es erst eines zusätzlichen externen Anstoßes, nämlich des vielbeschriebenen *Schneeball- oder Ansteckungseffektes*³¹ bedurfte, damit der Regimewechsel überhaupt erst in Gang kam: Erst als klar wurde, wie leicht die kommunistischen Regime in anderen Ländern des Ostblocks zu erschüttern waren, kam es in diesen Ländern entweder zu den Regimewechsel anregenden Massendemonstrationen oder zu einer Reaktion der kommunistischen Führung, die dem Schicksal der vollkommenen Abdrängung ins politische Abseits entgegen und den Regimewechsel wenigstens noch in eine für sie günstige Richtung lenken wollte.

In den meisten osteuropäischen Staaten, vor allem aber in den zuletzt genannten ohne einigermaßen starke oppositionelle Bewegungen zum Zeitpunkt des Umbruchs, wirkt die Schwäche und Unstrukturiertheit der Opposition auch noch weit in die späteren Phasen des Regimewechsels hinein. Nach anfänglichen Wahlsiegen hat sich gezeigt, daß die (ehemaligen) kommunistischen Staats- und ihre Satellitenparteien den nach dem Kommunismus entstandenen Parteien gegenüber in organisatorischer Hinsicht klar im Vorteil lagen. Osiatynski (1994, 40) kommt etwa für Polen zu folgendem Schluß:

³¹ Zu diesen Effekten und diesbezüglichen Literaturhinweisen siehe Waldrauch (1994b, 102–111).

[B]y 1993, paradoxically, the post-Communist parties were better prepared for democratic electoral competition than the post-Solidarity parties which had prepared the transition to democracy. The post-Communist UDL could recreate its local level organizational structure with relative ease; the Polish Peasant Movement (PPM), an heir to the communist-allied United Peasant Party, retained its local structures all along.

Viele Parteien in der nachkommunistischen Ära versuchen daher, die organisatorischen Nachteile mit anderen politischen Strategien, vor allem aber allzuoft mit nationalistisch-populistischen Parolen, auszugleichen, was die Konsolidierung der demokratischen Regime zusätzlich belastet.

Letztlich ist noch auf die Ebene der *Partizipation der Bevölkerung* zu verweisen, welche sich mit wenigen Ausnahmen (etwa das Referendum in Polen bezüglich der Zukunft der Wirtschaftsreformen oder den Wahlen zum Parlament in Ungarn der 80er Jahre, die zumindest mehrere Kandidaten zuließen) bis 1989 auf pseudopartizipative Verfahren oder staatlich angeregte Massendemonstrationen beschränkte.

Die Teilnahme an Massendemonstrationen war für den überwiegenden Teil der osteuropäischen Bevölkerung die erste effektive politische Partizipation überhaupt. Viele Beobachter, vor allem auch Transitologen, fürchteten daher, daß die ursprünglichen Massenmobilisierungen fortgesetzt und so in späteren Demokratisierungsphasen zum Hindernis für ein effektives Regieren werden könnten. Da jedoch die Teilnahme an den Massendemonstrationen des Jahres 1989 mehr Ausdruck lange aufgestauter Unzufriedenheit und (wie viele Beobachter betonen) *quasi-karthatischer* Bedürfnisse denn demokratisch-partizipativer Werte war, hat sich diese *Befürchtung* als unbegründet erwiesen: Die unter den langen Jahren des Kommunismus konditionierte partizipative Abstinenz hat sich auch in der Zeit des Postkommunismus auf den meisten Ebenen der Politik fortgesetzt. Und wenn es wirklich zu politischen Demonstrationen gekommen ist, dann waren sie meist nicht von breitem Unmut gegen die Härten der wirtschaftlichen Reformen getragen, sondern eher gegen autoritäre Gelüste der Politik (wie etwa im Falle der Proteste gegen die Politik Meciar gegenüber dem slowakischen Präsidenten Kovac) gerichtet.

All diese Vorbedingungen und Gründe der Ablösung der kommunistischen Regime waren dabei in den verschiedenen Ländern in unterschiedlicher Kombination und Stärke von Bedeutung. Von einer einzigen Ursache für jedes Land oder für alle Länder zusammen auszugehen wäre jedoch falsch. Erst eine genauere Analyse jedes einzelnen Landes könnte dabei das relative Gewicht all dieser Faktoren klären helfen. Dies war an dieser Stelle nicht möglich. Was der vorliegende Abschnitt aber zeigen sollte war, daß das vorgeschlagene Regimekonzept in der Lage ist, den analytischen Blick auf die wesentlichsten Gründe, Ursachen und Vorbedingungen von Regimewechseln und ihre Bedeutung in diesen Regimewechseln zu lenken.

3.3 Exkurs: Die Gründe für das Versagen der Kommunismusforschung

3.3.1 Forschungsimmanente Gründe

Angesichts der Überraschung 1989 war es nur eine Frage der Zeit, bis die Frage gestellt wurde, was dafür verantwortlich war, daß die Kommunismus-, Osteuropa- und Sowjetforschung so kläglich versagt hatte, auch nur die Möglichkeit eines Systemwechsels ins Auge zu fassen. Der Blick richtete sich dabei zunächst auf die zuständige Forschungsrichtung selbst: Was hat sie falsch gemacht? Welche *forschungsinternen* Faktoren haben ihr den Blick auf die potentiellen und manifesten Systemwandel und -wechsellendenzen verstellt?

Ein Erklärungsstrang argumentiert dabei, daß es die Abschottung der Kommunismusforschung von den Methoden, Kategorien und Konzepten der allgemeinen Sozialwissenschaften war, die letztendlich dazu führte, daß sie 1989 auf dem falschen Fuß erwischt wurde. Der Blick auf und der Glaube an die Einzigartigkeit kommunistischer Systeme verstellte so den Blick auf potentielle Entwicklungen abseits intrasystemarer Systemanpassungen:

Sovietologists who stressed the «uniqueness» of the USSR lacked background in social science theory, philosophy of science, and comparative politics. They tended to isolate themselves from mainstream social science inquiry in the post-World War II period. The divorce of Sovietology from general philosophical, epistemological, and methodological concerns greatly weakened our collective ability to ask theoretically relevant questions. This is especially true of post-Communist democratization, disintegration, conversion, and marketization, which transcend the boundaries of geographic area uniqueness. (Fleron/Hoffmann 1993, 372; für ähnliche Aussagen siehe auch Mason 1992, 106 und Motyl 1993).³²

Im Gegensatz dazu sehen andere Autoren das genaue Gegenteil als relevantesten Erklärungsfaktor an. Nicht die Abwendung vom sozialwissenschaftlichen *Mainstream*, sondern der unzulässige Transfer von Annahmen und Konzepten, die bloß für westliche Gesellschaften Gültigkeit beanspruchen können, war demgemäß die Wurzel allen Übels:

For at least two decades, the main theme of the scholarship of Western Sovietologists has been that the Soviet-type system was in many respects similar to the Western one. In order to prove this, they applied to the Soviet-type system social-science categories normally used to

³² Dies ist nur der erste von Fleron und Hoffmann angeführte Punkt. Weiters nennen sie folgende Versäumnisse und Fehler der Sowjetologie (ebd., 372–372): das Vorherrschen kurzfristiger *policy*-Analysen; mangelnde Sprachkenntnisse und zu großes Vertrauen in offizielle sowjetische Darstellungen; Verzerrungen des analytischen Blicks aufgrund des persönlichen *Backgrounds* der Forscher; die Überbewertung Gorbatschows und die Unterbewertung seiner Gegner; die Blindheit gegenüber lokalen Interessen; das Unvermögen sich in die nichtkapitalistische Logik des Kommunismus einzufühlen und das implizite Operieren mit westlichen Annahmen; die Unterschätzung von Nationalismus, Regionalismus und Ethnizität; die ungenügende Berücksichtigung des Fehlens einer westlichen Leistungskultur; und letztlich das Fehlen von Verständnis für militärische Fragen.

*describe political relations in the West. [...] On the whole, the Soviet-type system was presented as a well-consolidated and extremely stable one, in which the leadership and various sections of society were almost harmoniously involved in macrosocial processes such as modernization and urbanization. (Rau 1991, 1)*³³

Wie sind diese beiden scheinbar konträren Aussagen miteinander vereinbar? Zum ersten ist zu sagen, daß sicherlich für beide Aussagen Beispiele theoretischer Ansätze gefunden werden können: Die einen kapselten sich gerade von jenen sozialwissenschaftlichen Forschungssträngen ab, welche sozialen und politischen Wandel im allgemeinen zu erklären versuchen, und andere benutzten Konzepte, die zur Beschreibung und Erklärung westlicher Gesellschaften entwickelt wurden, um das Funktionieren von Systemen sowjetischen Typs verständlich zu machen.³⁴ Wie Lipset und Bence überzeugend zeigen war jedoch praktisch allen sowjetologischen Ansätzen gemeinsam, daß sie sich ausschließlich dafür interessierten, warum diese kommunistischen Systeme stabil waren:

The scholars sought to explain how the system worked. They took the fact of the USSR's long-term existence for granted. Thus, they looked for institutions and values that stabilized the polity and society. Ideologically critical journalists and politicians, however, were disposed to emphasize dysfunctional aspects, structures, and behaviors, which might cause a crisis. (Lipset/Bence 1994, 202)

Während es also bei kritischen, nicht-wissenschaftlichen Beobachtern in ihrem ideologischen Interesse lag, auf die Schwachstellen des Kommunismus zu verweisen und so zu diesen »Vor-aussagen« zu kommen,³⁵ war es bei wissenschaftlichen Beobachtern ebenso zum Teil ihr ideologischer *Background*, welcher das prognostische *Blackout* zumindest teilweise erklärt: Eher rechte und konservative Gelehrte verwiesen auf das allumfassende System der Kontrolle, Steuerung und Repression in kommunistischen Regimen, während die Linke eher darauf vertraute, daß es auch einen nicht-kapitalistischen Weg in die Moderne gebe und man sich damit abfinden müsse, daß die sowjetische Welt auf Dauer bestehe. Das Ergebnis beider Ansätze jedenfalls war das gleiche, nämlich die Annahme scheinbar unerschütterlicher Stabilität. Und beide Varianten vernachlässigten gleichermaßen die theoretischen Erkenntnisse von marxistischen und kommunistischen Klassikern wie Marx, Trotzky, Bucharin, Luxemburg oder Gramsci, sowie von soziologischen Klassikern wie Weber oder Michels, die allesamt von der Unmöglichkeit eines sozialistischen Weges in der speziellen Art, wie er in der Sowjetunion beschritten wurde, überzeugt waren (ebd., 193–200).

³³ Der erste und bekannteste Angriff auf die Sowjetologie wurde von Martin Malia schon 1990 in einem unter dem Pseudonym »Z« veröffentlichten Artikel mit ähnlichen Argumenten geführt.

³⁴ Einen Überblick über verschiedenste Ansätze der Sowjetologie geben Almond und Roselle (1993).

³⁵ Lipset und Bence führen etwa prophetisch anmutende Äußerungen des konservativen Journalisten Bernard Levin, von US-Präsident Reagan und des linksstehenden Kongreßabgeordneten Daniel Moynihan an.

3.3.2 Gegenstandsimmanente Gründe

Gert-Joachim Glaeßner kritisiert aber nicht zu Unrecht, daß es nicht nur darum gehen kann, auf die jetzt zu hunderten auftauchenden »instant specialists« zu hören, die sich nach 1989 »des vermeintlich so schmäählich vernachlässigten oder von den falschen Leuten beackerten Forschungsfeldes an[nahmen] und [...] schnelle Antworten auf komplizierte Fragen« versprochen (1994, 99). Man muß abseits dieser Erklärungen, die sich auf der Sowjetologie immanente Mängel verlassen, auch nach Theorien suchen, die die Überraschung am Gegenstand selbst festmachen. Einige solcher Theorien, die auf die prinzipielle Unmöglichkeit der Vorhersage von plötzlichen Ereignissen wie Revolutionen, Umbrüchen, Systemwechseln oder Transitionen verweisen, wurden nach 1989 auch formuliert.

Natürlich kann in dieser Hinsicht auch auf einige Anknüpfungspunkte in Debatten über die grundsätzlichen Schwierigkeiten bzw. Unmöglichkeiten der gesamten Sozialwissenschaften Bezug genommen werden. So könnte auf postmoderne Diskurse zurückgegriffen werden, die darauf verweisen, daß (wo immer er auftrat) der Glaube der modernen Sozialwissenschaften an die prinzipielle Möglichkeit der Vorhersagbarkeit und Planbarkeit sozialer Ereignisse, wenn man nur genügend Informationen und Wissen über den Gegenstandsbereich besitzt, stets ein Mythos war. Die Sozialwissenschaften haben es nicht wie die Naturwissenschaften mit einer vorgegebenen, in ihren prinzipiellen Gesetzen unveränderlichen Materie zu tun, sondern mit einem stets in Entwicklung befindlichen, undeterminierten, offenen Gegenstand, der sich über soziale Interaktionen konstituiert und sich daher einer Beschreibung seiner »Gesetze« und einer Vorhersage widersetzt. Die Kenntnis sozialer Strukturen, Interaktions- und Handlungsmuster oder anderer Regelmäßigkeiten ist prinzipiell noch lange keine Garantie dafür, zukünftige Ereignisse vorhersagen zu können. Diese Einsichten haben auch Einzug in den *mainstream* der wissenschaftstheoretischen Diskussion gefunden. King, Keohane und Verba (1994, 9) etwa erheben die Unsicherheit zu einem der Wesensmerkmale *aller* Wissenschaften: »Indeed, uncertainty is a central aspect of all research and all knowledge about the world.« Selbst wenn also die Kommunismus- und Sowjetforschung frei von all den genannten Unzulänglichkeiten gewesen wäre, hätte das keineswegs bedeutet, daß die Umbruchsprozesse der späten achtziger Jahre auf jeden Fall vorhergesehen worden wären.

Was also bestenfalls vorhergesagt bzw. *ex post* nachrekonstruiert werden kann ist die Unvorhersagbarkeit selbst. Zu diesem Zweck wurden eine Reihe von Theorien formuliert, die diese Unsicherheit zu modellieren versuchen. Einige dieser Modelle gehen von der Annahme aus, daß die kommunistischen Regime (zumindest in den ostmitteleuropäischen Staaten) durch Massenproteste zu Fall gebracht wurden. Und es waren gerade diese Massendemonstrationen, die in ihrem plötzlichen Auftreten und vor allem auch in ihrem Umfang den Kern des Überraschungsmoments ausgemacht hatten.

Ein solches Modell hat Timur Kuran (1991) vorgelegt. Er geht von relativ fixen privaten und variablen öffentlich präsentierten Orientierungen bei jedem Individuum aus: Kommen diese beiden in Widerspruch (durch Konformitätszwang oder Repression in nicht-demokratischen Systemen), dann entstehen identitätsstörende psychologische Kosten. Diese werden jedoch hingenommen, solange die zu erwartenden externen Kosten (also Repressionen) höher eingeschätzt werden, als der durch aufrichtiges und öffentliches Bekenntnis zu seinen wahren Präferenzen zu erzielende psychologische Gewinn. Jenen Punkt, an dem die erwarteten externen Kosten des Individuums unter die psychologischen Kosten der Selbstverleugnung (»preference falsification«) fallen, nennt Kuran »revolutionary threshold«. Wird diese (individuell variable) revolutionäre Schwelle erreicht, dann wird die betreffende Person an öffentlichen Aktionen gegen ein als ablehnenswert empfundenes Regime teilnehmen. Diese revolutionäre Schwelle fällt dabei laut Kurans Modell mit zunehmender Stärke der persönlichen Orientierung, der wahrgenommenen Größe und Stärke der Opposition sowie der Offensichtlichkeit der Ineffizienz und Schwäche des Regimes.

Kuran postuliert dabei, daß es aufgrund der individuellen Varianz der revolutionären Schwellen nicht primär auf ihren Mittelwert, sondern vor allem auf ihre Verteilung in der Gesamtbevölkerung ankomme: Die Absenkung der Schwelle bei einigen wenigen kann einen »revolutionary bandwagon« (ebd., 20) zur Folge haben oder aber an einem gewissen Punkt stehenbleiben und damit die Mobilisierung der Bevölkerung ins Stocken geraten lassen.

Das Problem dabei ist, daß die Größe der Opposition bzw. der Anzahl der Personen, deren persönliche Orientierungen regimfeindlich sind, in einer Diktatur naturgemäß für die Allgemeinheit (und auch für externe Beobachter) nicht oder nur schwer abschätzbar ist. Daher kann aber eine kleine, vorerst gar nicht wahrgenommene Absenkung nur einer kleinen Anzahl revolutionärer Schwellen einen *revolutionary bandwagon* auslösen und damit alle Beteiligten und Beobachter überraschen. Kuran meint daher, daß die Ereignisse des Jahres 1989 schon aus diesem Grund ein gewisses Maß an Unvorhersagbarkeit in sich trugen. »The Predictability of Unpredictability« (ebd., 43ff) war so unumgänglich. Letztlich ist also klar, »that predictive failure is entirely consistent with calculated, purposeful human action.« (ebd., 45).³⁶

Mit ähnlichen Mitteln der *rational choice*-Analyse versucht Gary Marks (1992) die »rational sources of chaos in democratic transitions« nachzumodellieren. Er will zeigen, daß unvorhersagbare und überraschende Ergebnisse nicht immer nur das Ergebnis von komplexen Situationen, einer Vielzahl von relevanten Akteuren, ihrer multiplen Interaktionen, unvollständigen Informationen und ständig wechselnden Präferenzen sein müssen: »Although indeterminate

³⁶. Im Grunde geht Kuran also wiederum von der Annahme aus, daß, wenn man nur genügend Wissen besitzen würde, man revolutionäre Ereignisse vorhersagen könnte. Da man jedoch, wie leicht einsichtig ist, schon allein aus technischen Gründen stets an einer vollkommenen Erhebung *revolutionärer Schwellen* (ganz zu schweigen von der quantitativen Messung dieses theoretischen Konstrukts, wie das in Kurans Analyse notwendig ist) scheitern muß, kann letztlich von der prinzipiellen Unmöglichkeit der Vorhersage ausgegangen werden.

outcomes are often the result of complex systems, they may also be the result of very simple systems. Strategic interaction, even under radically simplified circumstances, may produce outcomes that are tumultuous and unpredictable.« (ebd., 398) Selbst wenn man wie Marks³⁷ die Interaktionen zwischen dem nicht-demokratischen Regime und der Opposition in Regimewechseln auf vier Akteursgruppen (Hardliner – Softliner im Regime und Moderate und Extremisten in der Oppositionsbewegung) und jeweils zwei Handlungsalternativen (Repression oder Tolerierung sowie Protest oder Nicht-Protest) beschränkt, ist eine Vielzahl an Ausgängen möglich. Dies gilt besonders für »strategic games«, in denen auf Basis einer Kosten-Nutzen-Abwägung jede Seite ihr Agieren von den Handlungen, Intentionen und erwarteten Intentionen der jeweils anderen Seite abhängig macht, sind die potentiellen *outcomes* vielfältig und unberechenbar, vor allem wenn dieses strategische Handeln nicht auf einer einzigen, sondern auf wiederholten Abschätzungen der Lage beruht (»iterated games«): »Interaction between the ruling elite and political opposition opens up a vortex of strategic responses, responses to anticipated responses, responses to anticipated responses to anticipated responses, and so on, which can lead to multiple, rather than single, equilibria.« (ebd., 405)³⁸ Nur kleine Unterschiede in den Ausgangsbedingungen, etwa in der Wahrnehmung der Größe der Opposition, der Repressionschancen des Regimes, der Stärke der Opposition, des möglichen Anwachsens letzterer im Falle der Tolerierung von Protest, etc., führen so zu unerwarteten Ergebnissen. Unerwartete Ereignisse, »such as the failure of the regime in some foreign policy venture, the assassination of an opposition leader, or the death of the leader of the regime« (ebd.), können in dieser Situation vollkommen atypische Folgen nach sich ziehen. Dies gilt auch und vor allem für die Teilnahme an Massenprotesten gegen nicht-demokratische Regime: Man wird nur protestieren, wenn die zu erwartende Repression gering bzw. ineffizient ist und dies hängt aber wiederum davon ab, wieviele an den Massendemonstrationen teilnehmen werden. Es handelt sich deshalb um ein »N-person assurance game«. Es kommt daher sehr auf die Erwartung oder Wahrnehmung an, wieviele demonstrieren (werden), was schon bei Kuran beschrieben wurde.

Letztlich kommt Marks zu einer weiterreichenden Schlußfolgerung als Kuran, da für ihn nicht nur ungenügendes Wissen für die Überraschungen in Transitionen verantwortlich ist:

Hence, indeterminacy is not simply a byproduct of inadequate knowledge about extremely complex and fluctuating preferences, groups, or social systems but is, instead, an essential feature of strategic interaction in contested political systems where constraining expectations

³⁷ Spieltheoretische (angeleitete) Akteursmodelle zur Erklärung demokratischer Transitionen haben in der Transitionologie Tradition: Die Unterscheidung von Hard- und Softlinern wurde schon von O'Donnell und Schmitter (1986) in die Diskussion eingebracht und hat die Diskussion nachhaltig geprägt. Stärker mathematisierte Modelle wurden später vor allem von Adam Przeworski (1991) und Josep Colomer (1991, 1995b) geliefert.

³⁸ In »non-strategic games«, hängt etwa, weil die Angehörigen des Regimes ihre zukünftigen (Über-)Lebenschancen existentiell mit dem Monopol der Macht verknüpft sehen, das Agieren in keiner Weise von den (erwarteten) Handlungen der jeweils anderen Seite ab. Der Übergang von nicht-strategischen zu strategischen Spielen kann dabei nur durch eine grundlegende Änderung der Lageeinschätzung erreicht werden.

generated by established norms and institutions break down. The source of the inability of social scientists to predict political outcomes is, therefore, not to be found in complexity or in transient weaknesses of theory or insufficient data but is inherent in certain types of situations [...]. (ibd., 418)

Es sind also vor allem *rational choice*-Modelle, die auch nicht-traditionelle rationale *benefits* zulassen, wie etwa tiefe Überzeugungen, psychologische Befriedigungen aufgrund von kathartischen Erlebnissen und Apathieüberwindung, u.ä., welche die Überraschung von Regimewechseln mit starker Massenbeteiligung erklären können. Die Modelle von Timur Kuran und Gary Marks sind dafür gute Beispiele.³⁹

3.4 Der Regimewechsel

3.4.1 Phasen des Regimewechsels

Regimewechsel finden auf unterschiedliche Arten statt. Der Übergang von einem totalitären zu einem posttotalitären Regime etwa vollzog sich in Osteuropa eher langsam und graduell. Im Mittelpunkt unserer Überlegungen aber stehen demokratische Regimewechsel, d.h. solche, die ihren Ausgang in einem nicht-demokratischen und ihr Ziel in einem demokratischen Regime haben. Der Begriff »Ziel« impliziert hier keine Teleologie, sondern bezieht sich auf analytisch feststellbare Handlungsziele von am Regimewechsel beteiligten Akteuren. Wie bereits erwähnt, ist dieses Ziel in keiner Weise gesichert und ein Abbruch oder Rückschritt innerhalb des Regimewechselprozesses ist in jedem Fall möglich.

In der akteurstheoretischen Regimewechselforschung hat sich die Unterscheidung von zwei Phasen durchgesetzt, der *Transition* und der *Konsolidierung*.⁴⁰ Ihre Definition und gegenseitige Abgrenzung hat oftmals große Verwirrung gestiftet. Dies ist etwa am Beispiel der Transition leicht zu illustrieren: Während O'Donnell 1986 gemeinsam mit Schmitter eine Transition noch als das Intervall zwischen zwei Regimes definiert, bezeichnet er 1992 die Transition als den Abschnitt eines Regimewechsels, der mit der Einrichtung einer demokratischen Regierung endet; der Übergang zu einem demokratischen Regime hingegen sei erst mit der Konsolidierung abgeschlossen.⁴¹ Eben solche Unklarheiten haben sich für das Konsolidierungskonzept ergeben, auf die noch im Detail einzugehen sein wird.

³⁹ Auch Jerry Hough (1993) hat etwa darauf verwiesen, daß auch *non-rationale* Faktoren wie tiefe moralische Überzeugungen, Ärger, Stolz und auch pure Lust auf aufregende Ereignisse auf der *benefit*-Seite der Kosten-Nutzen-Gleichung eingeführt werden müssen und daß diese Faktoren vor allem durch die Härte der vorangegangenen Repression gesteigert werden. Sein Erklärungsversuch für das Überraschungsmoment in revolutionären Situationen ist jedoch weit weniger leistungsfähig als die Modelle von Kuran und Marks.

⁴⁰ Wenn nachfolgend von Transition und Konsolidierung gesprochen wird, dann bezieht sich das, so nichts anderes vermerkt, uneingeschränkt auf demokratische Transition und Konsolidierung.

⁴¹ Der Wortlaut dieser und folgender zitierten Definitionen ohne Quellenverweis findet sich im Anhang.

Das im vorangegangenen Abschnitt erarbeitete Regimekonzept in Verbindung mit einer *prozeduralen Minimaldefinition der Demokratie* macht es jedoch möglich, diese Unklarheiten zu reduzieren. Solche Minimaldefinitionen der Demokratie haben sich in der Regimewechselforschung durchgesetzt und sind im großen und ganzen unbestritten. In Weiterentwicklung der Dahl'schen *Polyarchy*-Definition (1971) betonen sie 1) Konkurrenz, 2) Partizipation und 3) ein Bündel an Rechten.⁴² Gemäß unseren vier Beziehungen kann jedes Regime demnach als demokratisch gelten, welches folgende Minimalkriterien erfüllt:

1. Es herrscht *Konkurrenz* beim Zugang zu den zentralen politischen Institutionen und als Vorbedingung dafür Pluralismus in der *political* und *civil society* (*Dimension 1*).
2. Über den Zugang konkurrierender Personen oder Parteien zu den zentralen Regierungsinstitutionen wird in kompetitiven, regulären, fairen, freien, gleichen und geheimen Wahlen mit umfassender *Partizipation* (zumindest) der erwachsenen Bürger des betreffenden Staates entschieden, wodurch *vertikale Verantwortlichkeit* erreicht werden soll (*Dimension 2*).
3. Gesellschaftlicher Pluralismus wird nicht durch staatliche Willkür oder Repression eingeschränkt, sondern durch ein Bündel an politischen und zivilen *Grund- und Freiheitsrechten* rechtsstaatlich abgesichert. Das bedeutet, daß auch der Einschränkung gesellschaftlicher Subsystemautonomie enge Grenzen gesteckt sind, diese Subsystemautonomie also (v.a. des Rechts und m.E. der Wirtschaft), positiv formuliert, gegeben sein muß (*Dimension 3*).
4. Die Entscheidungsfindung der Regierungsinstitutionen erfolgt innerhalb eines Systems rechtsstaatlich abgesicherter Gewaltenteilung (v.a. zwischen Judikative vis-à-vis der Exekutive und Legislative). Dabei kontrollieren sich demokratisch legitimierte Institutionen in einem *checks and balances*-System gegenseitig (*horizontale Verantwortlichkeit*) und es gibt keine Übersichtsinstitutionen (*tutelary powers*, v.a. das Militär), die nicht demokratisch legitimiert sind, oder politische Bereiche, die explizit nicht der Entscheidungsgewalt der demokratisch legitimierten Institutionen unterliegen (*Dimension 4*).

Diese Definition beinhaltet also auch die Notwendigkeit einer effektiven Rechtsstaatlichkeit, denn eine funktionierende Demokratie ohne einen durch rechtsstaatliche Prinzipien geleiteten Staatsapparat ist schwer vorstellbar. Recht muß für alle Aspekte des sozialen Lebens gelten

⁴² Für typische Definitionen siehe etwa Mainwaring (1992, 297) oder Diamond/Linz/Lipset (1995, 6f.). Einen Überblick über Definitionen in der vergleichenden Demokratieforschung geben Collier/Levitsky (1995). Obwohl sie ebenfalls ein Vorherrschen von prozeduralen Minimaldefinitionen konstatieren, sehen sie auch einen partiellen Gegentrend: »recent scholarly work reflects a shift back in the direction of more elaborated definitions.« (ebd., 25) Nachfolgende Definition würde von ihnen wahrscheinlich nicht als bloße prozedurale, sondern als »expanded procedural minimum definition« bezeichnet, da sie auch die notwendige Unterstellung des Militärs oder anderer nicht demokratisch legitimierter Institutionen unter zivile Kontrolle betont.

und daher auch die Handlungen politischer und staatlicher Institutionen beschränken; dies ist das Prinzip der *universalistischen Legalität*. Die Demokratiedefinition fordert die Existenz eines Bündels grundsätzlicher Rechte, d.h. dem Prinzip der *citizenship* muß Rechnung getragen werden. Doch Rechte sind wertlos, solange sie nicht von staatlichen Institutionen geschützt und garantiert werden: »As a political form effective over a given territory, democracy is necessarily connected with citizenship, and the latter can only exist within the legality of a democratic state.« (O'Donnell 1993, 1361) Obwohl es wichtig ist, die Konzepte Regime und Staat zu trennen, scheint es für Demokratien eine gewisse Überlappung bzw. kausale Beziehung der beiden zu geben. Doch diese Beziehung zwischen Demokratie und Rechtsstaat kontrastiert, wie Lawson (1993, 201) festhält, erheblich mit folgenden Situationen:

[W]here political structures are less democratic (or more authoritarian), the distinctions among state, regime, and government become increasingly blurred and, in the case of totalitarianism, virtually disappear altogether. Where regime change is occurring in the direction of democratization, then, an important indicator is the extent to which state/regime/government distinctions have become clearer.

Obige Regimedefinition kann nun zur Unterscheidung von Transition und Konsolidierung herangezogen werden. In der Transition geht es demnach um die Etablierung der *formalen* Minimal Kriterien eines demokratischen Regimes,⁴³ während die Konsolidierung auf die Komplettierung des Regimewechsels durch die Stabilisierung der *verhaltens-* und *einstellungsmäßigen* Grundlagen eines demokratischen Regimes abzielt. Das heißt, daß Konsolidierung den Prozeß der Marginalisierung oder Eliminierung von Verhaltensweisen und Einstellungen, die dem Funktionieren eines demokratischen Regimes in seiner oben definierten Minimalvariante entgegenstehen, und der Stabilisierung solcher, die dieses Funktionieren begünstigen, bezeichnet; man kann dies als negativen und positiven Aspekt der Konsolidierung bzw. in Entlehnung der Begriffe von Pridham (1995) als *negative* und *positive Konsolidierung* bezeichnen. Am klarsten liegt eine solche Unterscheidung von Transition und Konsolidierung den Überlegungen von O'Donnell (1992), Linz/Stepan/Gunther (1995)⁴⁴ und Munck (1995), zugrunde. Die Definition von Gunther/Puhle/Diamandouros (1995) geht im Grunde von den selben Unterscheidungsprinzipien aus, sieht jedoch ein Regime nur durch seine formale Dimension bestimmt; und dieses Regime müsse in der Konsolidierung stabilisiert werden. In anderen Definitionsversuchen ist eine ähnliche Unterscheidungsweise erahnbar, wenn auch nicht in aller Klarheit ausformuliert.

⁴³ Im übrigen kann mit Hilfe der vier Regimedimensionen auch eine Unterscheidung zwischen den zwei Subphasen einer Transition vorgenommen werden: Liberalisierung umfaßt demnach Veränderungen in den Dimensionen 1 und 3 und Demokratisierung Veränderungen im Rahmen der Dimensionen 2 und 4.

⁴⁴ Für Linz et. al. gilt dies nur mit Einschränkungen, da die strukturelle Dimension ihrer Konsolidierungsdefinition (wie auch von ihnen zugegeben) in gewisser Weise mit der Transition überlappt.

Die Transition ist also zu Ende, wenn freie kompetitive Wahlen, ein allgemeines Wahlrecht und Grund- und Freiheitsrechte formal abgesichert, d.h. verfassungsmäßig festgeschrieben, sind sowie eine demgemäß gewählte und uneingeschränkte Regierung im Amt ist.⁴⁵ Das effektive Funktionieren dieser formalen Prinzipien wird jedoch erst durch verhaltens- und einstellungsmäßige Anpassungen in der Konsolidierung erreicht. Man kann die beiden Hauptphasen demokratischer Regimewechsel auch schematisch darstellen (siehe Abbildung 1):

Abbildung 1: Phasen und Logiken des Regimewechsels

<i>Formale politische Regeln</i>	<i>Primäre Stoßrichtung von Veränderungen</i>	Veränderung von Verhaltensweisen und Werten in eine demokratische Richtung	Veränderung formaler politischer Regeln in eine demokratische Richtung
Absenz demokratischer Regeln		(1) Stabilität des nicht-demokratischen Regimes	(2) Demokratische Transition
Existenz demokratischer Regeln		(3) Demokratische Konsolidierung	(4) Demokratische Erweiterung und Vertiefung

Die Abbildung ist wie folgt interpretierbar: Bevor es zu einer demokratischen Transition kommen kann, muß eine Veränderung der Verhaltensweisen oder Einstellungen von Akteuren stattfinden – seien sie nun innerhalb des Kerns des Regimes oder in der Opposition angesiedelt – damit eine Veränderung der politischen Regeln in Richtung Demokratie überhaupt erwogen bzw. begonnen werden kann. In der *Transition* steht die Neuordnung der formalen politischen Regeln in Richtung eines demokratischen Mindestmaßes an. Im Gegensatz dazu soll die *Konsolidierung* (dann bereits im Umfeld demokratischer Regeln) zur Stabilisierung der formalen Minimalkriterien über die verhaltens- und einstellungsmäßige Ebene führen. Die vierte Zelle schließlich enthält den Prozeß der *Erweiterung und Vertiefung*

⁴⁵ Diese Festlegung spiegelt sich auch in den angegebenen Transitions-Endpunkten wider: Linz (1990) nennt erste demokratische Wahlen, das Zusammentreten des ersten Parlaments oder die Inauguration eines gewählten Präsidenten und die Existenz einer demokratischen Verfassung, O'Donnell (1992) die Existenz einer demokratischen Regierung. Schmitter (1988) gibt als Ende der Transition die Stabilisierung von Partei- und Interessenorganisationsmitgliedschaften an. Wie Morlino (1995) am Beispiel Spaniens gezeigt hat, ist eine Stabilisierung des Parteiensystems aber nicht einmal für den Abschluß der Konsolidierung nötig (vgl. Abschnitt 3.5.4). Schmitter hat diese Festlegung später nicht mehr bekräftigt, wahrscheinlich angesichts der völlig unterschiedlichen Ausgangslage in Osteuropa. Pridham (1994) zählt auch einige Jahre nach der Installation der neuen Verfassung zur Transition, kann jedoch keine klaren konzeptuellen oder theoretischen Gründe dafür nennen.

*demokratischer Regeln.*⁴⁶ Damit ist eine Vertiefung, Verbesserung und Verstärkung der Grundprinzipien der Demokratie, die Stärkung wichtiger zusätzlicher demokratischer Institutionen, aber auch eine Ausweitung demokratischer Prinzipien über das Minimum der Konkurrenz um die zentralen Positionen des Regierungssystems hinaus gemeint, z.B. durch Föderalisierung, die Erweiterung der Formen und Kanäle demokratischer Partizipation und der inhaltlichen Bereiche direkter Mitbestimmung, die Ausdehnung und verstärkte Absicherung von Rechten für die Bürger, und vieles mehr. Im Grunde könnte man dabei auch von einer *Verbesserung der Qualität eines demokratischen Regimes* sprechen. Obwohl es hier auch um die Vertiefung demokratischer Verhaltensweisen und Einstellungen geht (nicht zuletzt auch um die Ausbildung einer breiten demokratischen Kultur), steht doch die Ausdehnung demokratischer Regeln auf immer weitere Bereiche des politischen Lebens im Mittelpunkt.

Konsolidierung ist also nicht bloß als Fortsetzung der Transition zu sehen:

Consolidation engages different actors, behaviors, processes, values and resources. This is not to say that everything changes when a polity ›shifts‹ toward it. Many of the persons and collectivities will be the same but they will be facing different problems, making different calculations and (hopefully) behaving in different ways. (Schmitter/Karl 1994, 175)

In der Transition geht es um die Ablösung der Institutionen des nicht-demokratischen Regimes und die Einrichtung neuer demokratischer Institutionen. Przeworski (1991, 67–88) hat diese beiden Aspekte als »extrication« und »constitution« bezeichnet. Der Transitionsprozeß kann sich daher nicht auf die relativen Sicherheiten eines gefestigten institutionellen Settings stützen, sondern hat gerade die Ablösung alter und die Verhandlung und Installierung neuer Institutionen zum Ziel. Daraus resultiert, wie schon öfters gesagt, die Unsicherheit der Transition. Im Gegensatz dazu hat die Konsolidierung die Absicherung der demokratischen Institutionen unter Bedingungen demokratischer Konkurrenz zum Ziel. Das Problem dabei ist, daß der in der Transition getroffene Beschluß über die konkrete Form der politischen Institutionen auf bestimmten Annahmen über derzeitige und Erwartungen über zukünftige Kräfteverhältnisse der beteiligten Akteure beruhte.⁴⁷ Colomer (1995) stellt in diesem Kontext etwa die Regel auf, daß in einer Situation, in der sich die Vertreter des abzulösenden Regimes als stark empfinden und ihre Wahlchancen als gut einstufen, sie für majoritäre Institutionen (z.B. ein Mehrheitswahlrecht, ein Einkammernparlament, starke Zentralisierung) eintreten werden. In allen anderen Fällen komme es eher zur Mischung aus Elementen des

⁴⁶ Vertiefung und Erweiterung der Demokratie beziehen sich hier nur teilweise auf das, was Diamond (1995b) »Democratic Deepening« genannt hat. Was er darunter versteht ist in unserer Konsolidierungsdefinition enthalten, nämlich die Stabilisierung und Vertiefung von Verhaltensweisen und Praktiken, die die Minimalkriterien der Demokratie stärken. Da Diamond Konsolidierung nur über die einstellungsmäßige Ebene definiert, kann er deshalb die Verhaltenskomponente der Konsolidierung als *Democratic Deepening* bezeichnen.

⁴⁷ Zum wesentlichen Einfluß der Kräfteverhältnisse, gegenseitigen Wahrnehmungen und Erwartungen bezüglich zukünftiger politischer Stärke auf den Prozeß der Wahl bestimmter politischer Institutionen in der Transition siehe Colomer (1995), Geddes (1995), Munck (1994b) und Przeworski (1991, 66–88).

majoritarianism und pluralistischen Institutionen (wie einem Verhältniswahlrecht, separat gewählten Präsidenten und Zweikammernparlamenten), oder überhaupt zu reineren Formen eines pluralistischen Institutionengefüges mit *checks and balances*. Wenn sich diese Erwartungen aber als falsch erweisen, können die demokratischen Institutionen nach den ersten Wahlen von jenen in Frage gestellt werden, die sich durch ebendiese Institutionen benachteiligt fühlen. Je größer jedenfalls die Unsicherheit über zukünftige Stärkeverhältnisse ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß Institutionen auch nach der Transition während Konsolidierung zur Diskussion stehen. Solange sich dann aber die institutionellen Änderungen im Rahmen dessen bewegen, was als eine demokratische Lösung bezeichnet werden kann, solange sollte man dies nicht als einen Rückschritt in die Phase der Transition ansehen, da es sich bloß um eine Ersetzung eines Sets demokratischer Regeln durch ein anderes handelt. Natürlich kann das permanente Ändern demokratischer Regeln dann aber ein starkes Indiz für mangelnde Konsolidierung sein, d.h., daß die politischen Akteure Schwierigkeiten haben, Verhaltensweisen und Einstellungen anzunehmen, die mit den demokratischen Minimal Kriterien in Einklang stehen.

Durch die *inhaltliche* Abgrenzung der Regimewechselphasen wird es nun möglich, von der Notwendigkeit der Phasensequenz wegzukommen.⁴⁸ Hatte man in ersten Konzeptualisierungen von Transition (und innerhalb dieser von Liberalisierung und Demokratisierung) und Konsolidierung (implizit) ein zeitliches Nacheinander postuliert, so gehen die meisten Autoren nun von der Möglichkeit der Überlappung dieser Phasen aus.⁴⁹ Im Extremfall können Transition, Konsolidierung und Vertiefung der Demokratie sogar parallel laufen. Logischerweise muß die Transition als erster dieser drei Prozesse beginnen und zuerst, zumindest aber gleichzeitig mit der Konsolidierung, abgeschlossen sein, damit der Regimewechsel zu einer die Minimalanforderungen erfüllenden Demokratie als beendet betrachtet werden kann.

Eine längerfristige Überlappung von Transition und Konsolidierung ergibt sich vor allem (aber nicht nur) dann, wenn die Umsetzung einiger der formalen Minimal Kriterien der Demokratie gleich, die anderer jedoch in die Zukunft verschoben wird. Dies ist etwa der Fall, wenn bereits eine Liberalisierung politische Organisationsfreiheit gebracht hat und Wahlen stattgefunden haben, das Militär aber weiterhin eine verfassungsmäßige Oberaufsichtsfunktion behält (wie etwa in Chile). Ebenso kann es sein, daß Grund- und Freiheitsrechte nur sehr eingeschränkt festgelegt wurden. In diesen Fällen war man oft versucht, die Transition als abgeschlossen zu betrachten, jedoch von einer *eingeschränkten* oder *begrenzten* Form posttransitionaler Demokratie zu sprechen. Collier und Levitsky (1995) nennen dies die Bildung von »diminished subtypes of democracy«. Diese beziehen sich zwar auf das Demokratiekonzept, können aber

⁴⁸ Eine Ausnahmeposition bei der Abgrenzung von Transition und Konsolidierung nimmt Di Palma (1990, 1991) ein, der die Konsolidierung als nicht von der Transition getrennten Prozeß ansieht, sondern sie als Endpunkt der Transition selbst definiert. Mit dieser konzeptuellen Fassung bleibt er allerdings alleine.

⁴⁹ Linz/Stepan/Gunther (1995, 106f) meinen sogar, daß in Portugal Transition und Konsolidierung 1982 gleichzeitig beendet wurden. Munck (1996, Fn. 16) stellt die zeitliche Überlappung neuerdings wieder in Frage.

nicht alle ihrer (in unserem Fall: formalen) Minimalanforderungen erfüllen. *Verminderte Subtypen* können auf zwei Arten gebildet werden: über »radial« oder über »family resemblance categories« (Collier/Mahon 1993). Eine *radial category* besitzt ein primäres Merkmal, das alle Fälle aufweisen, und mehrere sekundäre Merkmale, die nicht von allen betroffenen Fällen geteilt werden. Demnach sind viele radiale Kategorien posttransitionaler Demokratie denkbar; eine davon wird als zentrales Merkmal die erfolgte Abhaltung von Wahlen sehen, bei der erlaubten Konkurrenz, dem Ausmaß der Rechte, der Form der Entscheidungsfindung der Regierungsinstitutionen oder der Reichweite der Partizipation in Wahlen aber Variation zulassen. In Kategorien von »family resemblance« hingegen gibt es keine Standardkriterien, die von allen geteilt werden, im großen und ganzen aber weisen alle Fälle eine gewisse Ähnlichkeit auf. Auch hierbei kann das Konzept der Demokratie die Gesamtmenge aller Merkmale abgeben, von denen aber keiner der Fälle alle aufweist.⁵⁰

Das hier vertretene Demokratiekonzept ist jedenfalls eine »classical category« (Collier/Mahon 1993), d.h. damit ein Land als Demokratie gelten kann, muß es (zumindest) *alle* in der Definition enthaltenen Kriterien erfüllen. Und solange der jeweils betrachtete Fall in formaler Hinsicht die Minimalanforderungen der als klassische Kategorie zu verstehenden Demokratie nicht erfüllt, ist die Transition nicht abgeschlossen, und solange er diese Anforderungen nicht auch verhaltens- und einstellungsmäßig erfüllt, ist die Konsolidierung unvollständig. Natürlich ist es denkmöglich, daß diese Minimalanforderungen für den Abschluß der Transition und der Konsolidierung nie erfüllt werden. Wenn es dann zu einer verhaltens- und einstellungsmäßigen Stabilisierung der unvollständigen Transition kommt, dann wurde ein *verminderter Demokratiesubtyp* konsolidiert, nicht jedoch die Demokratie im obigen Sinne.

3.4.2 »Modes of transition«

Wie mehrfach betont, wird der Verlauf des Regimewechsels stark durch die konkrete Form des abgelösten Regimes beeinflusst. Dies gilt zunächst für die Transition, für die darin involvierten Akteure, ihre Strategien und ihre Kräfteverhältnisse. In Abschnitt 2.1 wurden einige Typologisierungen von Transitionsverläufen erwähnt, die sich alle auf die beteiligten Akteure und ihre Strategien als Kriterien der Typologisierung stützen. Einige Forscher haben versucht, die Chancen für die zukünftige demokratische Entwicklung und die Arten von entstehenden Demokratien anhand der jeweiligen Transitionsart vorauszusagen. Die bekanntesten Versuche sind dabei die Arbeiten von Karl und Schmitter (1991, Schmitter/Karl 1992). Anhand dieser *Extrembeispiele* läßt sich die Problematik von Ansätzen darstellen, die sich auf »modes of transition« als Erklärungsvariablen für zukünftige Entwicklungen verlassen.

Das Grundproblem sind die Dimensionen des Schemas von Karl und Schmitter (Akteure: Eliten – Massen, Strategien: Kompromiß/multilateral – Zwang/unilateral). Dies gilt besonders

⁵⁰ Ein weniger überzeugendes Konzept unterschiedlicher Demokratietypen findet sich bei Munck (1996).

für die Akteursdimension, auf der sie bloß allgemein Eliten und Massen unterscheiden. Es müßte aber zwischen verschiedenen *Rollen und Einflußarten* der Eliten und Massen unterschieden werden: spontane Massenproteste als Auslöser einer Transition (wie z.B. in der DDR oder CSSR) oder erst als Reaktion auf von oben angeregte Liberalisierung (Bulgarien), als Druckmittel von organisatorisch eingebetteten Eliten (Polen), Massenproteste als bloße Begleiterscheinung der Transition (Ungarn), zurückhaltende Massen in einer primär elitenausgehandelten Transition, etc. Dieses Typologisierungsschema sollte wohl dem Umstand Rechnung tragen, daß in den osteuropäischen Regimewechseln Massenproteste viel offensichtlicher als in Südeuropa und Lateinamerika entscheidend waren. In jeder Transition spielen aber sowohl Eliten, als auch die Bevölkerung eine gewisse, wenn auch stark variierende Rolle; und diese Rolle kann in der Phase der *extrication* sehr von jener in der *constitution* abweichen. Die Verhaltensentscheidungen beider Seiten und die Grundlagen dafür sind daher in jeder Transition zu berücksichtigen.⁵¹ Durch das Ausblenden dieser variierenden Eliten-Massen-Beziehungen wird die Zuordnung zu einer eliten- oder massenzentrierten Transition schwer nachvollziehbar. Ebenso ist die bloße Unterscheidung von Kompromiß und Zwang auf der Strategiedimension zu grob. Nicht nur daß es zwischen diesen beiden Extremen breite Abstufungen gibt, sondern auch daß Zwang von der Seite der Vertreter des autoritären Regimes oder Opposition herrühren kann, macht diese Dimension problematisch.

Wenn jedoch schon die Zuordnung zu den *modes of transition* problematisch ist, dann werden sie in der vorliegenden Form schwerlich Erklärungskraft annehmen können. Aus dieser in ihren Dimensionen zu groben Typologie, die vom Kontext zu sehr abstrahiert, kann daher nur wenig abgeleitet werden. Eine Typologie von *modes of transition* müßte sich auf eine ausführlichere Analyse der konkreten Akteure, ihrer organisatorischen Potentiale und strategischen Kalküle, der Formen und Dynamiken von Eliten-Massen- und Regime-Oppositions-Beziehungen, etc. stützen. Mit einem oberflächlichen Vorgehen arbeitet man nur denen in die Hände, die trans- oder interregionale Regimewechselvergleiche generell in Frage stellen. Die dürftigen Ergebnisse der Analyse des Einflusses von *modes of transition* auf die entstehenden Demokratietypen und die Chancen der Demokratisierung an sich bei Karl und Schmitter resultiert dabei aber nicht nur aus der Wahl zu grober Kategorien, sondern daraus folgend auch aus dem unzulässigen Vergleich auf unterschiedlichen Ebenen der »ladder of abstraction«:

What must be avoided is not cross-regional analysis, but the all too common tendency to engage in conceptual travelling without respect for the rules of concept formation. As Sartori reminds us, comparativists must fight the temptation to carry out comparisons mechanically, without establishing the level of abstraction that is appropriate for the scope of their comparisons. If we follow Sartori's per genus et differentiam mode of analysis, «democratic transitions» would refer to the genus of phenomenon being studied across various regions of

⁵¹ Daß die Vernachlässigung des Faktors Massenmobilisierung nicht einmal für den vielbeschworenen Prototyp der »elite settlement« Spanien (Higley 1992) angebracht ist, hat zuletzt Tarrow (1995) hervorgehoben.

the globe, while the various types of transitions we observe in different regions or cases would be species of the same genus. The tendency in the literature has been to move from within-species comparisons to cross-species comparisons without making the necessary conceptual adjustments. (Munck 1994a, 374, fn. 16)

Demgemäß gibt es einen Genus und der heißt *demokratische Transitionen*. Dieser Genus erlaubt viele *Typen von Transitionen*, die nach dem Typus des abgelösten Regimes differenziert sind. Und erst auf der nächsten Ebene kommen *modes of transition*, differenziert nach dem Machtgleichgewicht der Akteure und ihren Strategien, ins Spiel. Der Einfluß dieser *modes of transition* innerhalb eines Typus von Transition muß demgemäß nicht derselbe sein, wie jener in einem anderen. Jedenfalls ist der Einfluß der *modes of transition* nicht alles überragend, sondern ergibt sich erst in Interaktion mit Faktoren, die aus dem alten Regime heraus auch längerfristig über die Transition hinweg fortwirken. Das Machtgleichgewicht hat zweifelsohne großen Einfluß auf die Art der Institutionen, die in der Transition beschlossen werden. Es müssen aber auch die verschiedenen Typen der beteiligten Akteure und dabei vor allem der Oppositionsbewegungen (lose oder stark organisiert, erprobte Eliten oder nicht, u.a.) in Betracht gezogen werden, um abschätzen zu können, welchen Einfluß der *mode of transition* auf die nachfolgende Konsolidierung haben wird. Munck (1994b, 24f) meint daher:

[T]he full impact of the dynamics of transition on the emerging institutions can only be assessed through an analysis that goes beyond the common broad characterization of modes of transition. If highlighting the impact of the relative balance of power between rulers and opposition, the problem with the latter type of analysis is that it is simply too generic to account for particular outcomes. Because it fails to address the link between process and historical-structural factors, it does not capture the specific challenges faced by government incumbents nor the specific import of different types of opposition movements.

3.5 Demokratische Konsolidierung

Obwohl bereits eine grobe Definition der Konsolidierung gegeben wurde, soll nicht der Eindruck erweckt werden, es bestehe in der Forschung Einigkeit darüber, wie Konsolidierung konzeptualisiert werden soll. Daher sollen die Stärken und Schwächen der hier vertretenen Fassung gegenüber alternativen Konzeptualisierungen dieses Begriffs aufgezeigt werden.⁵²

⁵² Neben im Anhang vertretenen wurden auch einige Arbeiten herangezogen, die in Vergleichsstudien ebenso mit dem Konsolidierungskonzept arbeiten, jedoch keine eigenständige Definition dieses Konzeptes liefern, sondern es von anderen Autoren übernehmen und/oder bloß Teilbereiche des Konsolidierungsprozesses analysieren. Abgesehen von den im Anhang erwähnten wurden folgende Arbeiten berücksichtigt: Huntington (1991), Linz/Stepan (1989), Pasquino (1990 a und b), Pridham (1990a und b), Roniger (1989), Rustow (1970). Es fällt auf, daß sich nur wenige Autoren, die die Konzepte Transition und Konsolidierung ausschließlich im osteuropäischen Kontext verwenden, eigenständige Gedanken über diese Konzepte machen und sie meist unkommentiert übernehmen. Dies gilt im besonderen für den Begriff der Transition, der oft als Oberbegriff allen politischen Wandels gebraucht wird. Als paradigmatisches Beispiel kann etwa Attila Ágh (1994, 1995) gelten, der sich bei seiner Verwendung dieser Konzepte vorwiegend auf Schmitter beruft. Er sieht die Transition aber als Phase an, die überall in

Sinn und Zweck dieser Übung ist, den Begriff der Konsolidierung inhaltlich genauer auszuleuchten, mögliche Überlappungsbereiche mit anderen Prozessen, Verlaufsformen bzw. »democratization trajectories« (Gunther/Diamandouros/Puhle 1995), Einflußfaktoren auf den Prozeß der Konsolidierung sowie Indikatoren für sein Vorankommen und seinen Abschluß aufzuzeigen. Obwohl eine eingehende Analyse hier unmöglich ist, muß auch auf Anzeichen von Konsolidierungserfolgen in den hier betrachteten Staaten Mittel- und Osteuropas eingegangen werden. Im Mittelpunkt aber steht die konzeptuelle *Bodenaufbereitung*.

Verschiedene Definitionen von Konsolidierung betonen unterschiedliche Prozesse, Ebenen, Dimensionen, Orte oder Bereiche politischen Wandels. So beschreibt ein und derselbe Begriff oftmals sehr unterschiedliche Dinge. Zur Differenzierung der verschiedenen Konsolidierungsbegriffe und zur Ausleuchtung des Gehalts des Konzeptes eignet sich dabei eine Bezugnahme auf einige Gegensatzpaare:

- Evolutionäre Prozesse versus politische Problemlösungen in der Konsolidierung;
- verhaltens- versus einstellungsmäßige Dimension der Konsolidierung;
- Elitenebene versus Massenebene der Konsolidierung;
- Konsolidierung der Demokratie oder ihrer »partial regimes« (Schmitter); sowie
- minimalistische versus maximalistische Begriffsfassungen der Konsolidierung.

3.5.1 Evolution oder Steuerung der Konsolidierung

Angenommen die Transition befindet sich auf dem Wege der Beendigung, was sind nun die charakteristischen Merkmale der Konsolidierung? Welche Prozesse müssen in ihr ablaufen, welche Probleme gelöst werden? Die Literatur enthält eine lange Liste von Prozessen und zu lösenden Problemen, die laut den jeweiligen Autoren den Kern der Konsolidierung ausmachen oder auch nur als von sehr großem Einfluß für diesen angesehen werden:

Ost(mittel)europa bis heute andauert; die Phase der Konsolidierung hingegen sieht er erst in der Zukunft heraufdämmern. Daß eine solche Verwendung der Begriffe nicht mit jener in der westlichen Regimewechselforschung übereinstimmt werden wir noch sehen. Hier soll ein Zitat Schmitters genügen, das belegt, daß er die Transitionsphase in Osteuropa weitgehend als abgeschlossen betrachtet: »My hunch is that the eastern cases may be lodged in the following paradox: *their transitions have been (astonishingly) rapid, non-violent and definitive*, i.e., new actors have come to power without using physical force to eject their predecessors and effectively eliminated the prospect of a return to the *statu quo ante*, in a relatively short period of time, *but their consolidations promise to be lengthy, conflictual and inconclusive.*« (Schmitter/Karl 1994, 185; kursive Hervorhebung im Original) Selbst wenn man, wie Mainwaring, O'Donnell und Valenzuela (1992) dies tun, die Phase der Konsolidierung als *second transition* bezeichnet, bleibt die Begriffsverwendung von Ágh diffus, da er diese zweite Transition eben noch nicht als begonnen ansieht, und das, was gemeinhin als Transition bezeichnet wird, als »pre-transition crisis« titliert (siehe dazu auch die Beschreibung der unterschiedlichen Fragestellungen in der Transitions- und Konsolidierungsliteratur bei Mainwaring/O'Donnell/Valenzuela; Zitat im Anhang). Die Verlockung zur Verwendung des Transitionsbegriffs als Oberbegriff ist auch deshalb so groß, da oftmals von der »dual transition« zu Demokratie und Marktwirtschaft gesprochen wird und ein Äquivalent zum Konsolidierungskonzept in der Forschung zum Übergang zur Marktwirtschaft nicht vorliegt.

Prozesse: *Gewöhnung; Sozialisation; Institutionalisierung; Strukturierung; Regelinternalisierung; Integration; Stabilisierung friedlicher Konfliktlösung; Verrechtlichung; Verringerung transitionaler Unsicherheiten; Entstehung spontaner Regelbefolgung aus Eigeninteresse; Legitimation der Demokratie, ihrer Prozeduren und Institutionen und Delegitimation nicht-demokratischer Alternativen; Entgegenkommen, Versöhnung und Depolarisierung; Entwicklung von gegenseitigem Vertrauen, Kooperation und Konsens sowie Reproduktion dieses demokratischen Konsenses.*

zu lösende Probleme und Aufgaben: *Formierung von autonomen Parteien(systemen) und Interessenorganisation(ssystem)en; Entwurf (oder Revision) und Ratifizierung einer Verfassung; Design und Einrichtung repräsentativer Legislativ- und Exekutivinstitutionen; ökonomische, soziale, kulturelle, ethnische und andere kontextuelle Probleme; Problem der Behandlung von Folterern und Menschenrechtsverletzern des alten Regimes; Neutralisierung undemokratischer Akteure und Beseitigung der Macht von Akteuren, Regierungen ohne einen vorherigen Wahlsieg zu bilden; klare Trennung der öffentlichen und privaten Sphäre; Unterwerfung des Militärs unter zivile Kontrolle; Eliminierung nicht demokratisch legitimierter Übersichts- oder Vetomächte und von Politikbereichen, die der Autorität gewählter Regierungen nicht zugänglich sind (»reserved domains of policy-making«; Valenzuela 1992); Abschaffung von prinzipiell undemokratischen Diskriminierungen im Wahlrecht; Aufbau eines effektiven, nach rechtsstaatlichen Prinzipien und professionellen Normen funktionierenden Staatsapparates, der citizenship-Rechte garantieren kann; Ausdehnung demokratischer Prinzipien in andere Sphären des sozialen Lebens; Notwendigkeit von parallelem Democratic Deepening.*

Die Differenzierung zwischen *Prozessen* und *Problemen* mag auf den ersten Blick willkürlich erscheinen, doch erstere beziehen sich auf Entwicklungen, die nur in eingeschränktem Maße gesteuert bzw. mit politischen Standardmaßnahmen in Angriff genommen werden können. Gewöhnungs-, Vertrauensbildungs- oder Legitimationsprozesse etwa können nicht direkt beeinflusst werden oder explizites Ziel auf der Agenda eines unter demokratischen Konkurrenzbedingungen agierenden politischen Akteurs sein. Sie ergeben sich als Nebenprodukte des demokratischen Prozesses oder auch nicht. Im Gegensatz dazu können alle angesprochenen Probleme mehr oder weniger direkt mit politischen Mitteln angestrebt bzw. zum Ziel politischen Handelns gemacht werden. In gewissem Sinne geht es also um die Frage, ob Konsolidierung eher den *evolutionär ablaufenden Prozeß* verschiedenster Veränderungen auf der (inter)subjektiven Ebene bezeichnet, oder eher jene *gesteuerten Problemlösungsversuche*, die diese evolutionären Prozesse möglicherweise befördern.

Institutionalisierung und der intersubjektive Kern der Konsolidierung

Viele der angeführten Prozesse und Probleme beziehen sich auf gleiche oder ähnliche Entwicklungen. Die Konsolidierungsforschung ist daher auf der Suche nach einem ordnenden

Sub-Konzept. Favorit für diese Rolle ist das Konzept der *Institutionalisierung*,⁵³ womit der *neue Institutionalismus* so auch in diesem Bereich starke Spuren hinterlassen hat. Der spezifisch politikwissenschaftliche neue Institutionalismus hat gemäß Robert Goodin (1995) als Schlüsselvariable jene der Macht und sein Fokus liegt auf der Art, wie Institutionen den Zugang zur Macht und das Treffen von kollektiv verbindlichen Entscheidungen strukturieren:

The existence of institutions makes certain things easier to do and other things harder to do. Holding positions within or control over those institutions gives some people greater capacity to work their will upon the world, at the expense of others lacking access to such institutionalized power resources. (ibid., 16)

Definitionen des Konzeptes Institutionen sind äußerst divers, doch generell kann man sagen, daß Institutionen *sozial stabilisierte Muster von Verhaltensweisen und Interaktionen* bezeichnen.⁵⁴ Institutionen steigern die Erwartbarkeit von Handlungen, da sie das Set möglicher oder erlaubter Handlungen einschränken. Damit ermöglichen sie Handlungen aber auch erst: Ohne Institutionen wird zielgerichtetes Handeln schwierig, da alles möglich und erwartbar ist bzw. zur Disposition steht. Diese *zugleich ermöglichende und einschränkende Funktion* kann aber (zumindest in Demokratien) nur dann effektiv wirken, wenn die in den Institutionen enthaltenen Regeln, Prozeduren und Strukturen im großen und ganzen von all jenen sozialen Akteuren *normativ akzeptiert* werden, die unter ihnen agieren oder von den Entscheidungen, die mit Hilfe dieser Institutionen getroffen werden, betroffen sind. Doch Institutionen haben auch eine *funktionale, instrumentelle oder organisatorische Dimension*. Die normative Akzeptanz und Wertschätzung (*subjektive bzw. intersubjektive Dimension*) macht bestimmte Regeln, Prozeduren oder Strukturen (*objektive Dimension*) noch nicht zu Institutionen: »they must also function properly, i.e., accomplish the task or mission set for them, or be compatible with the supply of resources they must extract from their environment.« (Offe 1994b, 1) Letztlich kommt man zu einer Definition folgender Art: »Institutionen sind ein relativ dauerhaftes Muster oder normatives Regelwerk sozialer Beziehungen, die als legitim angesehen werden (oder erzwungen sind) und entsprechendes Problemlösungs- und Regulierungspotential enthalten.« (Rüb 1994, 116) Institutionalisation ist dann ein Prozeß der sich auf drei Ebenen bezieht: 1) Norm-, Regel-, Strukturfestlegung, 2) deren normative und verhaltensmäßige Abstützung, und 3) deren funktional-instrumentelle Stärkung.

Wie läßt sich dieser institutionelle Ansatz nun aber in die Konsolidierungsforschung integrieren? Zuerst muß festgehalten werden, daß Institutionalisation zentral für den gesamten

⁵³ Der einzige, der Institutionalisation nicht als Kernproblem der Konsolidierung nennt, sondern sie auf die Zeit nach der Konsolidierung verweist, ist Di Palma (1990, 1991).

⁵⁴ Mit Institutionen wurde unter anderem folgendes assoziiert: Regeln, Routinen, Prozeduren, Normen, Praktiken, organisatorische Standards, Interaktionsmuster, normative Zwänge, Anreizsysteme, Konventionen, Gewohnheiten, Erwartungen, andauernde Muster sozialer Beziehungen, u.a. Siehe Dowding (1994), Goodin (1995), Koelble (1995), March/Olson (1989), Offe (1994b), Rüb (1994), Schedler (1995b), Shepsle (1989), Thelen/Steinmo (1992).

Prozeß der Demokratisierung ist. In der Transition kommt es zur formalen Festlegung der Minimalkriterien des demokratischen Regimes, also zum Beschluß von (übergangsmäßigen?) Verfassungsregeln bezüglich dem unumgänglichen Bündel an Grund- und Freiheitsrechten, der durch breite gesellschaftliche Partizipation in Wahlen gesteuerten Konkurrenz beim Zugang zu den zentralen politischen Positionen, sowie der Bindung dieser Regierungsinstitutionen an Regeln der politischen Verantwortlichkeit und der Rechtsstaatlichkeit. Damit wird der Grundstein zur *objektiven Dimension* der zentralen Regierungsinstitutionen gelegt.

Die Stärkung der *intersubjektiven Dimension* erfordert dann, daß alle wichtigen politischen Akteure lernen, ihre Handlungen gemäß den in diesen Institutionen festgelegten Normen, Regeln, Prozeduren etc. auszurichten, sie nicht zu untergraben, sich an sie zu gewöhnen, sie zu internalisieren und letztlich sie wertzuschätzen bzw. als einzig legitim anzusehen. Dies ist also genau das, was wir den verhaltens- und einstellungsmäßigen Teil des Regimewechsels, also Konsolidierung genannt haben. Die Chancen für die Konsolidierung stehen dabei umso besser, je mehr Chancen die formal festgelegten Regeln auch Nicht-Wahlsiegern lassen, ebenfalls eine Rolle im politischen Prozeß zu spielen, je weniger also der Wahlwettbewerb durch eine *winner takes it all*-Logik gekennzeichnet ist.⁵⁵

Von großer Bedeutung für die Konsolidierung ist letztlich auch die *funktional-instrumentelle Stärkung* der zentralen politischen und staatlichen Institutionen: Sie müssen interne Regeln und Strukturen aufbauen und mit einem Mindestmaß an Ressourcen ausgestattet werden, damit sie die für sie vorgesehenen Funktionen auch erfüllen können. Die Reichweite und Glaubwürdigkeit (Schedler 1995b) dieses Teils der Institutionalisierung kann auch entscheidend für die einstellungsmäßige Dimension der Konsolidierung sein, da politische Akteure die Unterstützung der Demokratie von der tatsächlichen (reale Lösung substantieller politischer Probleme) oder potentiellen (Möglichkeiten der Lösung dieser Probleme aufgrund der Ausstattung politischer und staatlicher Institutionen mit materiellen Ressourcen) Leistungsfähigkeit der zentralen politischen und staatlichen Institutionen abhängig machen können.

Wenn sich die in der Transition beschlossenen formalen Aspekte der grundlegenden Institutionen während der Konsolidierung jedoch als nicht haltbar, d.h. als nicht konsensfähig, erweisen, dann werden (bzw. sollten) sie angepaßt bzw. geändert werden. Selbst wenn aber das Design der formalen Prinzipien der zentralen demokratischen Institutionen in der Transition von kooperativ-konzertierten Verhandlungen (was gemeinhin als *pact-making* bezeichnet wird) geprägt war, ist nicht ableitbar, daß sich dieses Muster des Beschlusses, der Änderung oder Stärkung von Institutionen auch in der Konsolidierung fortsetzen wird. Diese Annahme haben wir bereits bei der Besprechung der *modes of transition* zurückgewiesen. Die Zustimmung zu Pakten beruht ja oftmals auf bestimmten Annahmen über die Stärkeverhältnisse der beteiligten

⁵⁵ Diese Überlegungen stehen auch hinter jenen Argumenten, die sich gegen präsidentielle Systeme für junge Demokratien richten; siehe zuletzt vor allem Linz/Valenzuela (1994).

Akteure. Wenn sich diese ändern, dann ist es auch möglich, daß sich das Muster der Institutionalisierung ändert. So ist es oftmals der Fall, daß sich die Institutionalisierung der Demokratie in den Bereichen der Änderung der objektiven Dimension demokratischer Institutionen oder ihrer intersubjektiven Abstützung während der Konsolidierung stärker auf schwer steuerbare, evolutive Prozesse dezentralisierter Akteure verlassen muß, d.h. daß sich die beteiligten Akteure nunmehr nicht mehr darauf einigen können, die konkrete Ausformung der politischen Institutionen ausschließlich zentralisierten Verhandlungen oder einer (relativ) unbeteiligten Institutionenplanungsinstanz zu überlassen.⁵⁶

Eine Annäherung an eine »logic of appropriateness« (d.h., was am besten der gegebenen politischen Situation und zu lösenden Problemen angemessen ist; March/Olson 1989, 160ff) beim Beschluß der Institutionen wäre möglich, wenn die Instanz, die über das Design dieser Institutionen entscheidet, in Zukunft nicht unter deren Regeln agieren muß; dies müßte eine unbeteiligte Autorität (also die oben angesprochene Planungsinstanz) sein. Beim Beschluß durch Akteure, die in demokratischer Konkurrenz stehen, wird aber die »logic of consequentiality« (ebd.) dominieren, d.h. daß jede Seite versucht sein wird, Lösungen durchzusetzen, die ihr zugute kommen. Um dabei die Gefahr eines Krieges um Institutionen etwas abmildern zu können, ist aber wiederum der evolutive Aufbau von gegenseitigem Vertrauen, Entgegenkommen, Moderierung, Depolarisierung, Kooperations- und Konsensfähigkeit nötig. Diese Eigenschaften erleichtern Verhandlungen über die Ausgestaltung von Institutionen, können aber auch bereits bestehende Institutionen über ihre intersubjektive Dimension stabilisieren.

Im Grunde handelt es sich um ein Paradoxon: Vertrauen und politische Deradikalisierung erleichtern den Beschluß lebensfähiger Institutionen, nur *gute* Institutionen können aber wiederum zur Vertrauensbildung, gegenseitigen Moderierung und Willigkeit zur Regelbefolgung beitragen. Ein Patentrezept für den Einstieg in diesen scheinbar geschlossenen Kreislauf kann es dabei nicht geben; Institutionalisierung kann nur Schritt für Schritt erfolgen. Die Situation ähnelt aber, wie Schedler (1995a) festgestellt hat, nicht immer einem Gefangenendilemma mit nichtkooperativem Gleichgewicht aufgrund der Unmöglichkeit der Kommunikation und Interaktion: Wenn es eine begrenzte Anzahl von Akteuren auf Elitenebene, Wiederholungen der *Spiele*, die Möglichkeit vieler und flexibler Strategien sowie kommunikativer Interaktion gibt, dann wird es, zumindest in ersten Teilbereichen zur Entstehung kooperativer, vertrauensfördernder Verhaltensweisen kommen (ebd., 16). Je polarisierter und mißtrauischer die politischen Kontrahenten sind, desto wichtiger wird es, daß es Institutionen gibt, in denen kommunikative Interaktion geübt und damit schrittweise Vertrauen aufgebaut werden kann. Die

⁵⁶ Diese Unterscheidung stützt sich auf die von Schedler (1995a) beschriebenen Modelle des *institution buildings* bzw. der Institutionalisierung: 1) Evolution aufgrund von dezentralisierten Aktionen und Entscheidungen ohne Verhandlungen innerhalb loser Netzwerke mit vielen Akteuren, 2) konzertierte, kooperative Verhandlungen zentralisierbarer *communities* mit eingeschränkten Teilnehmerzahlen, und 3) zentralisiertes *engineering* oder Design durch kleine Instanzen, die institutionelle Regeln für andere schaffen. Letztlich geht es um den Gegensatz von ungesteuerter Evolution und unbeteiligtem Design mit dem Mittelding kooperativer Verhandlungen.

Teilnahme in diesen Institutionen muß für alle jedenfalls mit Anreizen verbunden sein, auch wenn man nicht Wahlen gewinnt oder direkt für politische Entscheidungen verantwortlich ist. Solche Anreize können symbolischer (z.B. Möglichkeit der politischen Selbstpräsentation) oder materieller Art (finanzielle Anreize, politische Posten, organisatorische Ressourcen, Informationszugang, u.a.) sein. Przeworski drückt es so aus:

In conclusion, from the static point of view democratic institutions must be ›fair‹: They must give all the relevant political forces a chance to win from time to time in the competition of interests and values. From the dynamic point of view, they must be ›effective‹: They must make even losing under democracy more attractive than a future under nondemocratic alternatives. (1991, 33)

Würde man sich tatsächlich ausschließlich auf bloße Evolution verlassen müssen, dann wären die Aussichten für jeglichen Fall demokratischer Konsolidierung trübe.

Konsolidierung durch zielgerichtetes politisches Handeln

Wir haben die Konsolidierung also über die subjektive bzw. intersubjektive (verhaltens- und einstellungsmäßige) Ebene definiert. Wie stehen aber nun die aufgelisteten *Probleme* zum Prozeß der Konsolidierung? Drei Beziehungen sind theoretisch denkbar:

1. ihre Bewältigung ist quasi immanenter Bestandteil der Konsolidierung, da sie sich auf die Ermöglichung der Wirksamkeit der formalen Minimalkriterien der Demokratie bezieht;
2. ihre Lösung ist unumgänglich, da nur sie Prozesse wie Gewöhnung, Regelbefolgung, Moderierung etc. anregen kann, die für die Konsolidierung zentral sind; sie ist jedoch nicht Teil der Konsolidierung selbst; oder
3. ihre Bewältigung ist der Konsolidierung zwar förderlich, jedoch nicht unbedingt nötig.⁵⁷

Zunächst jedoch zu Punkten, die keinem der drei Bereiche zuzuordnen sind. Dies gilt für die Beseitigung von verfassungsmäßig festgelegten Vetomächten (»tutelary powers«), Politikbereichen, die demokratisch gewählten Regierungen nicht zugänglich sind (»reserved domains of authority and policy making«), und undemokratischen Wahlrechtsverzerrungen. Dies sind die Punkte, die den Kern der Konsolidierungsdefinition von Valenzuela (1992)

⁵⁷ Diese Unterscheidung ist keine Haarspalterei. Es ist notwendig, eine Vorstellung davon zu haben, was nun tatsächlich die Konsolidierung der Demokratie *ist* und was ihr nur *förderlich* ist. Methodologisch gesprochen geht es um die Unterscheidung von abhängigen und unabhängigen Variablen. Trifft man eine solche Unterscheidung nicht, dann könnte man überhaupt keine Aussagen mehr machen, was nun die Konsolidierung vorantreibt und was nicht, da ja ohnedies alles Teil dieses Prozesses ist. Konsolidierung würde so zu einem aufgeblähten Konzept, das mit keinen Phänomenen mit politischer Bedeutung mehr in Beziehung gesetzt werden könnte.

ausmachen.⁵⁸ Die Lage ist hier relativ eindeutig: Wenn demokratisch nicht legitimierte bzw. legitimierbare *tutelary powers*, *reserved domains* oder Wahlrechtsverzerrungen formal festgelegt sind, dann haben wir es noch nicht mit einer Demokratie zu tun, die den formalen Minimalanforderungen genügt. Die Beseitigung solcher Einschränkungen der Demokratie ist daher gemäß unserem Konzept im Grunde zur Transition zu zählen, auch wenn sie erst parallel zur Konsolidierung der Demokratie vonstatten geht.

Für Beispiele des *ersten Bereiches* (quasi-immanenter Konsolidierungsbestandteil) jedenfalls muß sich eine Beziehung zur prozeduralen Minimaldefinition der Demokratie herstellen lassen.⁵⁹ Zu nennen wäre dabei vor allem der Aufbau rechtsstaatlicher und bürokratischer Strukturen, so dies im konkreten Fall nötig ist. Strukturen einer rechtsstaatlichen Bürokratie sind dabei, wie erwähnt, deshalb unumgänglich, da nur sie Grund- und Freiheitsrechte garantieren und den zentralen Regierungsinstitutionen eine Grundlage bieten können. Wichtig wird hier vor allem die Stärkung der instrumentell-organisatorischen Dimension der bürokratischen Institutionen durch ausreichende materielle Ausstattung, finanzielle Dotation und professionelles Personal. In den meisten Fällen wird ein Staatsapparat vorhanden sein, jedoch professionelle Normen und die Erfahrung des bürokratischen Umgangs mit rechtsstaatlichen Normen fehlen. So kommen wir wieder auf die subjektive Ebene zurück.

Ebenso auch zur Konsolidierung gehörig kann man die organisatorische Ausstattung und generelle Institutionalisierung der durch Wahlwettbewerb beschickten zentralen Regierungsinstitutionen, vor allem des Parlaments und der Regierung selbst, zählen: interne Regeln müssen beschlossen, administrative Stäbe aufgebaut, eine Infrastruktur eingerichtet werden, etc. Zudem muß natürlich auch eine verhaltensmäßige Routinisierung innerhalb und zwischen den zentralen Regierungsinstitutionen stattfinden.

Ein integraler Bestandteil der Konsolidierung scheint auch der Beschluß einer neuen Verfassung zu sein. Prinzipiell wurde aber festgehalten, daß die verfassungsmäßige Verankerung der Minimalkriterien eines demokratischen Regimes den Kern der Transition ausmacht. Nun kann dies aber durch eine Revision einer bestehenden oder durch den Beschluß einer vollkommen neuen Verfassung geschehen. Würde man stets auf eine wirklich

⁵⁸ Zusätzlich nennt er noch die Neutralisierung oder Ausschaltung von Akteuren, die Wahlen nicht als einzige Möglichkeit der Regierungsbildung akzeptieren. Dies können wir ohne Zögern der verhaltens- bzw. einstellungsmäßigen Dimension eines Regimewechsels und damit der Konsolidierung zuordnen.

⁵⁹ Im Grunde könnte man alle hier als quasi-immanente Konsolidierungsbestandteile bezeichneten Problemlösungen auch als nachträgliche Vollendung der Transition betrachten, die in einigen Fällen aber bereits vor oder während der Transition stattgefunden haben kann. Es geht dabei um die interne Regel- und Strukturfestlegung sowie die organisatorische Ausstattung der Institutionen des formalen Minimums, die erledigt werden müssen, damit eine verhaltens- und einstellungsmäßige Stabilisierung im Sinne der Demokratie vorankommen kann bzw. überhaupt Sinn macht. Linz, Stepan und Gunther (1995, 83f; siehe Anhang) haben in diesem Zusammenhang in sehr ähnlicher Weise, wie es hier versucht wird, neben der eigentlichen Konsolidierungsdefinition eine Liste von Aufgaben aufgestellt, die erledigt sein muß, damit eine Demokratie als konsolidiert gelten kann. Für alle von ihnen angeführten Aufgaben läßt sich dabei ebenso eine Beziehung zur prozeduralen Minimaldefinition der Demokratie herstellen.

neue (anstatt bloß auf eine demokratisch angepaßte alte) warten, dann würde man die Transition konzeptuell oftmals unnötig verlängern. Was zählt ist, daß es überhaupt demokratische Verfassungsregeln gibt, ob sie nun völlig neu sind oder bloße Ergänzungen vorhandener aus der Zeit des nicht-demokratischen Regimes. Wenn solche demokratisch angepaßten Verfassungen durch komplett neue ersetzt werden, wie dies etwa in Polen und Ungarn geschehen soll, oder aber auch genuin demokratische Verfassungen geändert werden, dann ist dies nicht mehr primär eine Frage der Transition, sondern bereits ein innerdemokratischer Prozeß, der dann aber natürlich großen Einfluß auf den Prozeß der Konsolidierung haben kann.

Da aber im Prinzip davon auszugehen ist, daß Transition und Konsolidierung überlappen, hat der Beschluß über die formale Ausgestaltung der zentralen Institutionen der Demokratie einen enormen Einfluß auf die meisten verhaltens- und einstellungsmäßigen Komponenten der Konsolidierung, speziell für die Eliten. Von vielen Forschern wird daher auch betont, daß es neben den beschlossenen Inhalten vor allem auch die Art des Beschlusses der Institutionen zu beachten gelte: Ein Konsensbeschluß jedenfalls sei der konsolidierungsimmanenten Anpassung von Einstellungen und Verhaltensweisen in Richtung Demokratie viel eher zuträglich, als eine einseitig diktierte Lösung, da sie eine Identifikation mit den beschlossenen Institutionen erleichtert (siehe etwa Schmitter 1988, 50–53).

Schwieriger ist die Beziehung der Lösung von ökonomischen, sozialen, ethnischen, kulturellen oder anderen substantiellen policy-Problemen zur Konsolidierung zu benennen. Jedenfalls gilt, daß sie nicht immanenter Bestandteil der Konsolidierung ist, sondern sie höchstens positiv beeinflussen kann. Aber selbst das ist nicht immer nötig: In Südeuropa hat gerade das bewußte Verschieben von sozialen und ökonomischen Reformen die Konsolidierung erleichtert (Diamandouros/Puhle/Gunther 1995, 396). In Osteuropa aber stand diese Möglichkeit nie wirklich zur Disposition, sondern die Gleichzeitigkeit von politischem, ökonomischem und sozialem (in einigen Fällen sogar staatlichem) Wandel war von vornherein unumgänglich. Die Bedeutung dieser Probleme ergibt sich aus der Tatsache, daß politische Akteure ihre Akzeptanz demokratischer Regeln und Normen und folglich ihr Verhalten von der Lösung substantieller Probleme abhängig machen können. Einige Autoren, vor allem Przeworski (1991), sehen in der Lösung ökonomischer Probleme sogar *den* größten potentiellen Stolperstein für jede demokratische Konsolidierung.⁶⁰ Wenn auch die Bedeutung ökonomischer Problemlösung keineswegs verharmlost werden soll, so sollen doch Zweifel an ihrer alleinigen zentralen Stellung angebracht werden. Dies deshalb, da ohne den Einbau der intervenierenden Variable der Legitimität der Einfluß von Reformen auf die demokratische Konsolidierung nicht abgeschätzt werden kann (siehe Abschnitt 3.5.2):

⁶⁰ Siehe auch Przeworski et.al. (1996), wo er das Konzept der Konsolidierung nunmehr überhaupt in Frage stellt und nur mehr die Sicherung von ökonomischer Entwicklung als das entscheidende Kriterium des Überlebens von Demokratien ansieht.

A good number of new or recent democracies have imposed dramatic and austere reform policies and survived. Even if the reforming governments are voted out in every election, rather than only in about half of them, it would not demonstrate the vulnerability of democracy itself, so long as the regime (and popular belief in its legitimacy) held on. Furthermore, when politicians who embrace reform lose public support, we should not necessarily assume a cause-and-effect relationship, especially when discontent increases even as economic conditions improve. (Diamond 1995a, 134f)

Im Falle ethnischer Probleme wird der Fall noch komplizierter. Der erste Schritt zu ihrer Lösung muß stets die Zuerkennung voller *citizenship*-Rechte für Angehörige ethnischer Minderheiten sein. Geschieht dies nicht, dann werden die Erfordernisse der Minimaldefinition der Demokratie verletzt. Dies gilt bis zu einem gewissem Grade etwa für die baltischen Staaten Lettland und Estland.⁶¹ Werden Angehörige ethnischer Minderheiten aber prinzipiell als Bürger anerkannt, dann kann ihre Behandlung, vor allem die Zuerkennung spezieller Minderheitenrechte, aber zu einem Problem mit Einfluß auf die Konsolidierung werden. Die Lösung von Minderheitenfragen durch die Gewährung von »self-government rights« (Autonomie, territoriale Selbstverwaltung, Föderalisierung), »special representation rights« (Recht auf besondere Vertretung in öffentlichen Institutionen) oder »polyethnic rights« (Recht auf eigene Kultur und ihre gesonderte Behandlung; Kymlicka 1995) kann so unumgänglich für das Vorantreiben der Konsolidierung sein. Dies deshalb, da es für den Fall, daß sich Minderheiten in ihren Rechten prinzipiell benachteiligt fühlen, ein Bereich der Minimaldefinition der Demokratie berührt ist. Es geht dabei darum, die Minderheitenangehörigen zur Zustimmung des allgemeinen politisch-institutionellen Rahmens zu bewegen, Abspaltungstendenzen zu minimieren, und ihrer Radikalisierung vorzubeugen bzw. diese abzubauen.

Wie erwähnt hat Rustow (1970) die Regel aufgestellt, daß Demokratisierung nur dann vorankommen kann, wenn die Grenzen des Staates bzw. der Gemeinschaft der Bürger außer Frage steht. Diese Aussage müßte jedoch spezifiziert werden. Dies zeigt sich nicht nur angesichts der osteuropäischen Fälle: Tschechien hat etwa schon vor der Auflösung der Tschechoslowakei Fortschritte nicht nur in Richtung formaler Demokratie, sondern auch in Richtung ihrer Konsolidierung gemacht. Aber selbst der Fall Spaniens mit seinem Problem des baskischen Terrors hat gezeigt, daß Konsolidierung nicht nur außerhalb, sondern (wenn auch viel langsamer und eingeschränkter) auch innerhalb des umstrittenen Territoriums, in diesem

⁶¹ Es ist nicht möglich, hier genauer auf dieses komplexe Problem einzugehen, wer nun als Bürger zu gelten hat und vor allem, wer darüber entscheidet. Dieses Problem ist in den baltischen Staaten besonders akut, da sich dort das spezielle Problem ergeben hat, daß schon früher existierende Staaten jetzt erneut aus einem anderen Staat hervorgegangen sind, und nun die Frage auftaucht, welchen Status die in der Sowjetzeit zugereisten Russen haben. Ähnliche Probleme der Bestimmung, wer nun als Bürger zu gelten hat, gibt es in vielen anderen (mittel)osteuropäischen Staaten, vor allem bei der Behandlung von Roma und Sinti, etwa in Tschechien und der Slowakei. Ab wann nun ein Minderheitenproblem zu einem der Konsolidierung der Demokratie oder überhaupt zu einem Problem der formalen Demokratie an sich wird, muß hier offengelassen werden. Zum Problem der *citizenship* in den baltischen Staaten siehe Chinn/Truex (1996).

Fall des Baskenlandes, vorankommen kann. Der genaue Zusammenhang der Frage der Grenzen des Staates und seiner Angehörigen mit der Frage demokratischer Regimewechsel müßte noch viel genauer theoretisch beleuchtet werden. Linz, Stepan und Gunther (1995, 90–95) jedenfalls weisen auf die Notwendigkeit hin, in Regimewechseln Anreize für die Entwicklung multipler, anstatt exklusiv ethnischer, Identitäten zu liefern. Eine wichtige Maßnahme in dieser Hinsicht wäre, die ersten Wahlen auf staatlicher Ebene und nicht auf der Ebene etwaiger Bundesstaaten, Republiken, autonomer Gebiete o.ä. anzusetzen. Nur solche Wahlen könnten Anreize zur Formulierung von gesamtstaatlichen Programmen und zur Organisation gesamtstaatlicher Parteien liefern. So kann es zur Förderung von Identitäten als Staatsbürgern neben solchen als Angehörige von Minderheiten kommen. Daß damit jedoch nicht immer zum Erfolg zu kommen ist, ist offensichtlich.

Zur Frage der Notwendigkeit der Ausdehnung demokratischer Prinzipien auf andere Bereiche des sozialen Lebens, wie es etwa O'Donnells (1992) Definition vorsieht, und eines parallelen Prozesses des *Democratic Deepening* (im erweiterten Sinne des Abschnitts 3.4.1) ist zu sagen, daß dies der Konsolidierung in vielen Fällen sicherlich förderlich ist, dafür aber (mit Ausnahme soeben erwähnter ethnischer Fragen) nicht unbedingt notwendig ist. Theoretisch sind Staaten denkbar, in denen der Wahlwettbewerb um die zentralen Positionen des Regierungssystems als ausreichend empfunden wird, Föderalisierung kein Thema ist und der Wunsch nach erweiterten Partizipationsmöglichkeiten und -kanälen keinen zentralen Stellenwert einnimmt. Und die Ausweitung demokratischer Prinzipien auf weitere Bereiche des sozialen Lebens (z.B. innerbetriebliche Demokratie) kann sogar zu einem negativen Einfluß auf die Konsolidierung führen, da sich konservative Gruppen dadurch in ihrer Ablehnung der Demokratie an sich bestätigt fühlen könnten. Eine solche Ausweitung ist daher oft erst möglich, wenn sich demokratische Verhaltensweisen und Einstellungen bereits gefestigt haben.

Letztlich bleibt noch die zentrale Frage, wie der Aufbau von Parteien und Interessenorganisationen sowie ihrer jeweiligen Systeme zum Prozeß der Konsolidierung steht. Auf diese Frage wird jedoch noch gesondert im Zusammenhang des Verhältnisses der Konsolidierung der Demokratie und ihrer Teilregime (Abschnitt 3.5.4) eingegangen werden.

3.5.2 Die verhaltens- und einstellungsmäßige Dimension der Konsolidierung

Wir haben festgestellt, daß der Prozeß der Konsolidierung auf Veränderungen auf der subjektiven bzw. intersubjektiven Ebene abzielt. Bei der Betonung deren Komponenten im Kontext der Konsolidierung scheiden sich jedoch die Geister: Diamond (1994, 1995b) etwa setzt Konsolidierung ausschließlich mit der einstellungsmäßigen Ebene gleich, indem er den Aufbau von Legitimität betont, *Democratic Deepening* als verhaltensmäßige Ebene vom Konsolidierungsprozeß aber abtrennt. Im Gegensatz dazu stützt Przeworski (1991) sein Konzept der Konsolidierung ausschließlich auf die verhaltensmäßige Dimension und stellt die

Erklärungskraft normativer Überzeugungen, also von demokratischer Legitimität, für den Bestand der Demokratie in Frage: »I am not claiming that normative commitments to democracy are infrequent or irrelevant, only that they are not necessary to understand how democracy works.« (ebd., 24) Für Przeworski ergibt sich die Stabilität von Demokratien aus der Befriedigung der materiellen Interessen aller Beteiligten, was die Konsolidierung und den Bestand von Demokratien sehr von ökonomischen Reformerfolgen abhängig macht: »To evoke compliance and participation, democracy must generate substantive outcomes: It must offer all the relevant political forces real opportunities to improve their material welfare.« (ebd., 32)

Beide Ansätze erscheinen jedoch unzureichend. Während Przeworski in Erklärungsnotstand gerät, wenn es darum geht, warum bestimmte Demokratien (wie etwa in der Zwischenkriegszeit) angesichts tiefer ökonomischer Krisen zusammenbrachen, andere aber nicht, fehlt bei Diamond der entscheidende Schritt von der prinzipiellen Anerkennung der Legitimität der demokratischen Verfahren zu ihrer tatsächlichen Stabilisierung durch demokratische Verhaltensweisen.⁶² Trotz weitverbreiteter Legitimität kann eine kleine Gruppe durch ihre Handlungen die Demokratie und ihre Konsolidierung aus der Balance werfen. Und eine weitverbreitete Legitimität der Demokratie muß noch nicht bedeuten, daß die politischen Akteure auch fähig sind, ein Verhalten an den Tag zu legen, welches mit dem Fortbestand der Demokratie in Einklang steht. Wenn Konsolidierung einen Prozeß bezeichnen will, der die Wahrscheinlichkeit des Zusammenbruchs oder der Degeneration der Demokratie reduziert, dann muß man sowohl das Verhalten als auch die Einstellungen der politischen Akteure berücksichtigen.

Was den Überlegungen von Przeworski zugrundeliegt ist eine »tightly coupled hypothesis« (Linz/Stepan 1996a, 29), daß nämlich zwischen der Unterstützung der Demokratie durch regelkonformes Verhalten und der Wahrnehmung ihrer Effektivität in der Behandlung von substantiellen (v.a. wirtschafts)politischen Fragen ein enger Zusammenhang besteht. Abgeleitet wird dies auch aus der Tatsache, daß in jungen Demokratien noch keine Erfahrung mit ihren Verfahren und vor allem mit der Möglichkeit existiert, daß auch nach wiederholtem Verlieren irgendwann wieder jeder politisch und vor allem auch ökonomisch gewinnen kann. Es hat sich jedoch gezeigt, daß die Unterstützung der Demokratie nicht immer eng mit der Wahrnehmung ihrer Effektivität zusammenhängt. Linz und Stepan (1989, 42–48) etwa weisen auf das post-autoritäre Spanien hin, wo die Wertschätzung der Demokratie trotz dramatisch ansteigender Arbeitslosigkeit und fallenden Wirtschaftswachstumsraten auf hohem Niveau relativ konstant blieb. Während sich nicht-demokratische Regime weitgehend auf Repression und substantielle Legitimation⁶³ verlassen müssen, bieten Demokratien neben der Steigerung des materiellen

⁶² Durch die enge Anbindung des *Deepening*-Konzeptes an jenes der Konsolidierung führt er demokratische Praktiken und Verhaltensweisen jedoch wieder über die Hintertür ein.

⁶³ Die Schlagworte »Gulasch- und Polski-Fiat-Kommunismus« (von Beyme 1994, 58) stehen für solche substantiellen Legitimationsversuche: Die kommunistischen Regime Polens und Ungarns versuchten sich durch die Hebung des Lebensstandards quasi ein politisches Stillhalten der Bevölkerung zu erkaufen.

Wohlstandes auch andere potentielle Unterstützungsmotive: Gewalt- und Repressionslosigkeit, Grund- und Freiheitsrechte, die Möglichkeit, Mißstände durch aktive politische Partizipation zu beseitigen, u.a.⁶⁴ Kurz, Demokratien können bis zu einem gewissen Grad auch auf *prozedurale Legitimation* zurückgreifen.

Welche Ebenen von Unterstützung der Demokratie gibt es nun? Morlino und Montero (1995)⁶⁵ unterscheiden 1) diffuse Legitimität im Sinne von Easton (1965), 2) die Absenz präferierbarer Alternativen und 3) die wahrgenommene Effektivität (»perceived efficacy«) der Demokratie, wobei sie nur die ersten beiden als Aspekte der Legitimität gelten lassen. Wie Linz und Stepan sowie Studien zur politischen Kultur in Ostmitteleuropa (vgl. Plasser/Ullrich 1994a) weisen die beiden Autoren darauf hin, daß für die südeuropäischen Demokratien kein linearer Zusammenhang zwischen der wahrgenommenen Effektivität und der Legitimität eines Regimes besteht, sondern daß die *perceived efficacy* viel volatiler ist als die Legitimität. Die Absenz präferierbarer Alternativen kann dabei zumindest vorübergehend das Fehlen diffuser Legitimität ausgleichen und so »legitimacy by default« (Morlino/Montero 1995, 234) herbeiführen. Diese *negative* Legitimität oder »inverse legitimation« (Valenzuela 1992, 78) kann durch die Erinnerung an die Repressionen des alten Regimes⁶⁶ oder die Wahrnehmung des Vorherrschens eines generellen internationalen Klimas der Diskreditierung aller nicht-demokratischen Alternativen⁶⁷ bewirkt werden. Als Ersatz für diffuse oder negative Legitimität und als schwächsten, aber dennoch noch immer gültigen Indikator für Konsolidierung kann man in diesem Kontext letztlich die allgemeine Erwartung des Fortbestandes der Demokratie hinzufügen: Wenn die überwiegende Mehrheit der politischen Eliten und der Bevölkerung erwartet, daß die Demokratie trotz etwaiger Schwächen für die absehbare Zukunft fortbestehen wird (siehe auch Valenzuela 1992, 70), dann muß man wohl auch das als Ersatz für eine über weitverbreitete Legitimität herbeigeführte Konsolidierung gelten lassen, die dann aber auf wackligeren Beinen steht. Es ist aber nicht anzunehmen, daß dieser Glaube jemals vollkommen ohne eine gewisse Verbreitung demokratischer Legitimität gegeben sein wird.

Morlino und Montero (ebd., 237–245) kombinieren die möglichen Ausprägungen von diffuser Legitimität sowie wahrgenommener Effektivität (jeweils gegeben oder nicht gegeben) und kommen so zu vier möglichen Typen: volle *Demokraten* (Legitimität und Effektivitätswahr-

⁶⁴ von Beyme (1994, 54–61) analysiert die Legitimationsnachteile kommunistischer gegenüber demokratischen Regimen anhand von vier Ebenen: Legitimation durch Rechtsstaatlichkeit, durch Nationalstaatlichkeit, durch Demokratie und durch Wohlfahrtsstaatlichkeit.

⁶⁵ Zum Zusammenhang von Legitimität, Konsolidierung und Demokratie siehe auch Schmitter (1988, 27–38) und Mainwaring (1992, 302–308). Für ein weiteres Beispiel der vehementen Ablehnung der Erklärungskraft von Legitimität und einer demokratischen politischen Kultur siehe auch Di Palma (1990, 138–155).

⁶⁶ »This mood, less enamored of democracy than fearful of authoritarianism, is probably the most valuable asset that democratic leaders have.« (O'Donnell 1995, 26)

⁶⁷ »The higher the prestige of foreign liberal democracies, the more likely actors in non-democracies are to adopt liberal democratic norms. These ›demonstration‹ effects can counteract lags after a transition to democracy: indeed, they can produce ›acceleration‹ effects. Demonstration effects can provide a functional equivalent in new democracies to the reservoir of legitimation that older democracies possess.« (Weil 1994, 88)

nehmung gegeben), *Kritiker* (nur Legitimität gegeben), *Zufriedene* (nur Effektivitätswahrnehmung gegeben) und *Antidemokraten* (Abwesenheit beider). Während volle Demokraten natürlich am besten für die Konsolidierung sind, können aber auch bloß Zufriedene ein Anzeichen von positiver Konsolidierung sein: Wenn man zumindest zugesteht, daß die Demokratie auch positive Seiten hat, dann ist eine Aufgabe antidemokratischer Einstellungen vielleicht nicht mehr in weiter Ferne. Und das Vorhandensein einer Gruppe von Kritikern stellt ebenfalls den Fortgang der Konsolidierung nicht prinzipiell in Frage, sondern kann ihn sogar fördern, wenn sich die Kritik vorwiegend auf die bisher mangelnde Verwirklichung demokratischer Prinzipien stützt und nicht etwa auf fehlende Wohlstandsgewinne.

Generell sollten Analysen von Legitimität drei Fragen im Auge behalten:

1. Auf welche *Ebene* oder welchen *Bereich* bezieht sich die (Nicht)Unterstützung: die Demokratie an sich, das ganz konkrete demokratische Regime, die jeweilige Regierung, einzelne Institutionen, Amtsinhaber oder Politiken (z. B. die Wirtschaftspolitik);
2. Aus welchen *Gründen* erfolgt diese (Nicht)Unterstützung: aufgrund tiefer (anti)demokratischer Werthaltungen, diffuser (anti)demokratischer Einstellungen, Verbundenheit mit dem alten Regime, fehlender Alternativen, wahrgenommener Effektivität oder der Ablehnung von bzw. Zufriedenheit mit dem konkreten Verhalten politischer Eliten; und
3. In welcher *Situation* erfolgt die jeweilige Unterstützung: in einer Situation des Funktionierens der Demokratie, einer unvollständigen oder krisenhaften Demokratie, ineffektiver oder instabiler Regierungen, einer Wirtschaftskrise, hoher Volatilitäten, starker Parteienpolarisierung, unresponsiver Parteien, populistisch oder autoritär agierender Politiker, etc.

Erst eine Analyse der verschiedenen Kombinationen dieser Möglichkeiten könnte einen genaueren Einblick in die Bedeutung und Wirkungsweise der Legitimität und anderer Formen politischer Unterstützung liefern. So müßte man etwa auch von der Vorstellung abrücken, daß das Vertrauen in bzw. die Unterstützung von bestimmten politischen Institutionen stets erstrebenswert ist: Wird etwa eine konkrete Regierung oder der Inhaber einer anderen formal demokratischen Position des Regierungssystems unterstützt, obwohl er/sie offensichtlich die Demokratie unterhöhlt, dann ist dies der Demokratie keineswegs förderlich. So sind etwa die mangelnden Vertrauenswerte in bestimmte politische Institutionen, wie dies in ganz Ostmitteleuropa zu beobachten ist (vgl. Plasser/Ullram 1994a), für sich allein genommen noch keine Alarmzeichen für einen zum Scheitern verurteilten Konsolidierungsprozeß.

Frederick Weil versucht zu zeigen, daß Legitimität eine nicht eliminierbare intervenierende Variable in der Beziehung von »oppositional structures« (»an umbrella term for party systems and government coalition structures«; 1994, 67) und »democratic outcomes« (»successful

creation, maintenance, or survival of a democratic regime«, ebd., 68) ist. Nicht nur die Handlungen, Interaktionen und Koalitionen von Eliten und Parteien, vermittelt durch die Strukturen des Regierungssystems, können demnach demokratische Endergebnisse (also auch die Konsolidierung) erklären: »A theory of democratic outcomes should account for the interaction of social actors and the combined effects of legitimation and opposition structure (or more broadly, political culture and political structure).« (ebd., 71) Wie Weils Analyse belegt, ist letztlich entscheidend, wie die Wähler über die Legitimität der Demokratie denken und demgemäß auf Situationen wie Polarisierung, Regierungsinstabilität, blockierte Regierungswechsel oder das Auftauchen antidemokratischer Parteien mit einer Vetoposition reagieren. Und ebenso ist das Vorherrschen demokratischer Legitimität dafür ausschlaggebend, ob erhöhte Volatilität, Protestwahlen und Fraktionalisierung als Zeichen einer wachsenden Gefahr für ein demokratisches Regime gewertet werden sollten, oder bloß als Indikatoren für den Wunsch nach einem Wechsel bestimmter *policies* oder der Regierung. Legitimität kann jedenfalls als zusätzliche und in vielen Fällen auch letzte Sicherung für den Fortbestand eines demokratischen Regimes fungieren, wodurch ihre Betonung innerhalb des Konsolidierungskonzeptes gerechtfertigt ist.

Legitimität ist dabei natürlich nicht völlig unabhängig von den *opposition structures*: Je responsiver und flexibler ein Parteien- und Regierungssystem auf die Veränderungswünsche der Wählerschaft reagiert, desto eher wird die demokratische Legitimität gestärkt. Wenn man davon ausgeht, daß die *negative Legitimität* nach der Ablöse eines nicht-demokratischen Regimes zumindest für einige Zeit gegeben ist, dann gilt es, sie in echte Legitimität überzuführen. Wichtig dafür ist aber nicht nur, wie ökonomische Krisen oder ähnliche substantielle Probleme gelöst werden, sondern auch, ob die Parteienlandschaft und das Regierungssystem dem Wechsel in der Zusammensetzung der Regierung förderlich sind.

Im Gegensatz zu Morlino/Montero, Weil und anderen, die in dieser Hinsicht eine eher minimalistische Sichtweise vertreten und sich explizit auf Legitimität beschränken, halten andere Autoren diese Systemvariable der politischen Kultur für nicht ausreichend. Stattdessen betonen sie die Notwendigkeit der Entstehung einer umfassenden demokratischen politischen Kultur für den Abschluß der demokratischen Konsolidierung. Besonders das Konsolidierungskonzept von Pridham (1995; s.a. 1990a und b und Pridham/Vanhanen 1994) ist hier hervorzuheben: Sein Teilkonzept der »positive consolidation« impliziert den umfassenden Aufbau einer demokratischen politischen Kultur. Ebenso agieren Ansätze im osteuropäischen Kontext mit der impliziten Annahme, daß eine voll entwickelte demokratische politische Kultur unumgänglich für die Stabilisierung junger Demokratien ist.⁶⁸ Was dabei jedoch fehlt, ist eine

⁶⁸ Für eine Verwendung des politischen Kultur-Konzeptes in der Schule von Almond und Verba (1963, Pye/Verba 1965; Almond/Verba 1980) siehe in diesem Kontext Kaase (1994). Er macht jedoch keine weiteren Aussagen bezüglich dem genaueren Zusammenhang von politischer Kultur und demokratischer Konsolidierung, außer daß die Entwicklung ersterer für das Vorankommen letzterer wichtig ist. Meyer (1993) verweist ebenso auf die Notwendigkeit der Entstehung einer demokratischen politischen Kultur, bezieht sich jedoch nicht auf das Schema

eingehende theoretische Aufarbeitung, wie die einzelnen Aspekte dieser politischen Kultur nun tatsächlich auf den Konsolidierungsprozeß Einfluß nehmen können.

So sehr die politische Kultur-Forschung ihre Berechtigung im Studium von Regimewechseln hat, nicht zuletzt deshalb, weil der genauere Zusammenhang von kognitiven, affektiven und evaluativen Orientierungen gegenüber dem System, den Input- und Outputstrukturen sowie dem eigenen Selbst als politischem Akteur (Almond/Verba 1963) während der Demokratisierung noch weitgehend unklar ist, so sehr scheint es dennoch angebracht, sich bei der Einschätzung der Konsolidierungschancen auf der Ebene der Bevölkerung zunächst auf Legitimität und Verhaltensindikatoren (siehe unten) zu beschränken. Nur massive und unerschütterliche Vorbehalte gegenüber der Demokratie sollten wirklich Anlaß zur Sorge um den unmittelbaren Fortgang der Demokratie geben. Denn wenn es sie gibt, dann werden sich früher oder später auch politische Gruppen finden, die diese auf dem demokratischen Markt in politischen Erfolg umzumünzen versuchen.

Gemäß den vielen Ansätzen, die auf die Erbschaft des gegenseitigen Mißtrauens und jenes gegenüber der Politik, der Passivität, des Paternalismus, der Partizipationsverweigerung, des mangelnden politischen Effektivitätsbewußtseins, der Intoleranz, des Neides etc. hinweisen, hätten alle post-transitionalen Demokratien Osteuropas längst zusammenbrechen müssen. Man sollte den Anspruch, die Bevölkerung ebenfalls in die Konsolidierungsforschung miteinzubeziehen, nicht ins Gegenteil umschlagen lassen, indem man ihre *mangelnde demokratische* Kultur in theoretischen Konstrukten unvermittelt auf den unumgänglichen Mißerfolg der Konsolidierung durchschlagen läßt. Das Vorhandensein einer nur rudimentär demokratischen, widersprüchlichen politischen Kultur ist wohl ein Merkmal jeder jungen Demokratie. Man sollte daher danach suchen, was die Demokratie unmittelbar unterminiert, und nicht das, was der Theorie einer reibungslos funktionierenden Demokratie entspricht. So kann man folgender Aussage Przeworskis (1986, 52) zustimmen: »A regime does not collapse unless and until some alternative is organized in such a way as to present a real choice for isolated individuals.« Es kommt also zu einem großen Teil auf das Vorhandensein glaubhaft präsent(iert)er Alternativen an, um ein demokratisches Regime zu gefährden. Dazu muß man, wie das Przeworski später versucht hat, das Legitimitätskonzept nicht aufgeben. Ganz im Gegenteil, denn die Absenz von Alternativen gründet sich ja gerade auf dem weitverbreiteten Glauben an die Alternativenlosigkeit zur Demokratie. In jeder Demokratie gibt es Gruppen, die sie in Frage stellen, doch sie finden oft keine Unterstützung, weil die von ihnen vertretenen Alternativen (warum auch immer) keine Legitimität genießen. Und es besteht kein Grund zu glauben, daß sich dieser Glaube nicht von einer *legitimacy by default* schrittweise in eine positive Legitimität umwandeln läßt. So kommen wir ähnlich wie Gunther, Puhle und

von Almond/Verba und auch nicht auf das Konsolidierungskonzept. Für eine Bilanz der Möglichkeiten der Politischen Kultur-Forschung in Osteuropa siehe von Beyme (1994, 328–354) und Plasser (1994).

Diamandouros (1995, 8f und 17f) zum Schluß, daß in der breiten Bevölkerung zunächst die Wahrnehmung der Absenz von Alternativen, diffuse Legitimität und die Verweigerung der Unterstützung politischer Gruppen oder Bewegungen, die (direkt oder indirekt) Alternativen zu demokratischen Prozeduren propagieren, die entscheidenden Kriterien der Konsolidierung sind. Die breite Verankerung einer demokratischen politischen Kultur hingegen wirkt zwar zweifellos zusätzlich stabilisierend, sollte jedoch eher zum Bereich der Vertiefung und Erweiterung der Demokratie gehörig angesehen werden. Um die Konsolidierung als abgeschlossen betrachten zu können, muß diese Vertiefung der politischen Kultur der Bevölkerung aber zweifellos bereits eindeutig und auf breiterer Basis *begonnen, nicht beendet*, worden sein.⁶⁹ Dabei sollte man aber letztlich nicht glauben, daß dieser Wertewandel grundsätzlich langsam und schwierig sein muß:

Contrary to traditional (especially functionalist) social science belief, values do not always change slowly and serve as ballast for structural change. Populations of post-authoritarian democracies have been known to adopt the new liberal democratic values both slowly and rapidly. This is partly determined by their comparative judgements of the past and present regimes. Value change may lag until citizens believe the present regime is better than the former regime. At that time, the evaluation «tips», and values change extremely rapidly. (Weil 1994, 94)

Die letzten Ausführungen leiten bereits zur Verhaltensebene der Konsolidierung über, bei der die Dinge etwas klarer liegen. Allgemein gesprochen müssen politische Praktiken und Handlungen stabilisiert werden, die im Einklang mit den formalen demokratischen Regeln stehen und ihren weiteren Fortbestand sichern, und solche abgeschafft, neutralisiert oder isoliert werden, die darauf abzielen, demokratische Prozeduren zu unterminieren.

Als ein Indikator für Fortschritte der Konsolidierung⁷⁰, ja sogar für ihren Abschluß, wird oft »the sheer fact that party elites have accepted, as a fundamental rule of the game, the process of alternation in power« (Pasquino 1990a, 58) genannt, gemessen entweder über einen »one-turnover-test« (Przeworski 1994, 13) oder einen »two-turnover-test« (Huntington 1991, 268). Obwohl dies sicherlich ein guter Indikator für die Akzeptanz der grundlegenden demokratischen Regeln ist, muß aber betont werden, daß dieser Test für den Abschluß der Konsolidierung erstens zu oberflächlich und eindimensional und zweitens nicht auf alle Länder anwendbar ist: Über die Konsolidierung Italiens und Japans hätten demnach aufgrund der dort gegebenen ununterbrochenen Beteiligung einer Partei an der Regierung bis in 90er Jahre keine Aussagen getroffen werden können.

⁶⁹ Man kann auch die erwähnten Ausführungen Pridhams in diesem Kontext so interpretieren.

⁷⁰ Für einen Überblick über Konsolidierungsindikatoren s.a. Gunther/Puhle/Diamandouros (1995, 12–17).

Viel häufiger wird auf die Absenz von organisierten Gruppen verwiesen, die das demokratische Regime durch den strategischen Einsatz demokratischer Mittel zur Schwächung der Demokratie oder durch explizit antidemokratische Methoden zu unterminieren versuchen. Das können Parteien, einzelne Politiker, Interessenverbände, soziale Gruppen, aber auch Guerillas und terroristische Verbände sein. Zur Feststellung, wer anhand welcher Verhaltensweisen als demokratie- und damit konsolidierungsfeindlich gelten können, ist noch immer am besten die von Linz (1978, 27–38) im Kontext des Zusammenbruchs demokratischer Regime entwickelte Checkliste für *semi-* und *disloyale Oppositionsgruppen* geeignet. Als Tests für *disloyale Gruppierungen* nennt er: die Weigerung der Ablehnung von Gewalt, eine Politik des »knocking at the barracks« for armed forces support« (ebd., 30), die Verweigerung der Anerkennung der Legitimität von sich als loyal bezeichnenden gewählten Parteien, die Bereitschaft zur Einschränkung der Rechte Oppositioneller, Pauschalverurteilungen des gesamten politischen Systems, systematische Diffamierungen von Politikern anderer Parteien, die Unterstützung von Vorschlägen anderer disloyaler Gruppen und die Kooperation mit ihnen, oder die Darstellung politischer Gegner als Agenten ausländischer Mächte.⁷¹ Für außenstehende Beobachter mag sich ein relativ klares Bild von Disloyalität ergeben. Für selbst im politischen Prozeß Stehende, die die Demokratie zu stabilisieren und konsolidieren versuchen, ist die Definition von Disloyalität aber oftmals schwierig: »It is this basic ambiguity of the definition of disloyalty, except in the case of small, highly ideological and principled antisystem antidemocratic parties, that makes it so difficult to defend an embattled democracy and to prevent the silent takeover by antidemocratic parties.« (ebd., 32)

Die Situation wird noch dadurch verschärft, daß, gerade in vielen um Konsolidierung ringenden Demokratien, nicht so sehr disloyale, sondern *semi-loyale* politische Akteure ein Problem darstellen. Sie sind zwar der Theorie nach einfacher von den Vorzügen der Demokratie zu überzeugen, sind aber in ihrer Reaktion auf politische Krisen schwerer einzuschätzen. Zusätzlich zum möglichen ambivalenten Vorhandensein einiger der Merkmale, die disloyale Gruppen kennzeichnen, sind semi-loyale Gruppen laut Linz etwa an Verhandlungen mit selbst von ihnen als disloyal wahrgenommenen Gruppen, der Verharmlosung, Entschuldigung oder Rechtfertigung von klar disloyalen Aktionen, der ungleichen Anwendung von Gerechtigkeit bei unterschiedlichen Aktionen Disloyaler und vor allem auch daran zu erkennen, daß sie eine größere Affinität zu disloyalen Gruppen auf ihrer Seite des politischen Spektrums haben, als zu loyalen Gruppen auf der anderen Seite.

Die zentrale Aufgabe für alle loyalen Kräfte sieht Linz (ebd., 44f) dann letztlich so:

We must emphasize the importance of defining the disloyal opposition clearly and at some stages isolating it politically, but this process can be successful only if there is concomitant

⁷¹ Für eine ähnliche, aber weniger ausführliche Liste siehe Morlino (1995, 362–370).

readiness to incorporate into the system those who are perceived as at least semiloyal by some actors of the regime-building coalition.

Das bedeutet aber auch, daß die Integration möglichst vieler politischer Gruppen, die nicht eindeutig antidemokratisch auftreten, geboten ist. Für sie müssen Anreize geschaffen werden, sich zu integrieren und zu versuchen, politische Anliegen auf dem Wege demokratischer Prozeduren umzusetzen. Die Brandmarkung der Kommunisten als Antisystempartei bis weit in die 70er Jahre etwa, trotz vieler Anzeichen, die gegen diese Beschuldigung sprachen, hat die Konsolidierung der Demokratie in Italien verzögert. So wurde nicht eine Antisystempartei, sondern die unangebrachte Exklusion einer Partei zum Konsolidierungshindernis (Cotta 1992; Gunther/Puhle/Diamandouros 1995, 22–26). Ein ähnliches Problem lastet auf vielen Staaten Osteuropas, wo ex- und postkommunistische Parteien trotz des oftmaligen Fehlens dementsprechender Verhaltensindikatoren in die Nähe der Semi- oder Disloyalität gerückt werden.

Problematisch für den Fortgang der Konsolidierung werden dis- und semi-loyale Gruppen aber nur, wenn sie, so Weil (1994, 95), in der Lage sind, Zünglein an der Waage im politischen Prozeß zu spielen, systemkompatible Lösungen zu verhindern und loyale Parteien zu semi-/disloyalem Verhalten anzuregen. Die größte Gefahr besteht jedoch naturgemäß wenn semi- oder disloyales Verhalten durch die Bevölkerung mit Wahlerfolgen belohnt wird.

Natürlich sind neben solchen generell auf Loyalität abzielenden politischen Verhaltensweisen auch solche zu stabilisieren, die einen stärker technischen oder instrumentellen Gesichtspunkt haben. Hiermit soll auf die Notwendigkeit der Routinisierung und Professionalisierung solcher Tätigkeiten wie das Verfassen von Gesetzestexten, die Gewöhnung an parlamentarische Abläufe, das Führen von Wahlkämpfen, Öffentlichkeitsarbeit und der Umgang mit den Medien, und vieles mehr verwiesen werden.

Letztlich bietet sich wieder unser Schema der Minimal Kriterien eines demokratischen Regimes zur Systematisierung der notwendigen Ebenen der Verhaltensstabilisierung in der Konsolidierung an. Folgende Verhaltensmuster müssen demnach die Oberhand gewinnen:

1. *Auf der Ebene der Regierungsinstitutionen:* Allgemein gesprochen kommt es darauf an, daß sich die Abläufe in den zentralen Regierungsinstitutionen und die Beziehungen der Institutionen zueinander stabilisieren,⁷² d.h. in der Konsolidierung müssen Parlament und Exekutive »have acquired a stable external status and regulated their internal structures« (Schmitter 1988, 25). Neben den erwähnten Routinisierungs- und Professionalisierungsprozessen muß es aber vor allem dazu kommen, daß Verhaltens-

⁷² Pasquino (1995) hat etwa die Hypothese aufgestellt, daß, im Gegensatz zur Transition, wo ein offener und konsultativer Politikstil angebracht ist, ein entschiedenes und effektives Auftreten der Exekutive gegenüber der Legislative die Konsolidierung eher vorantreibt.

weisen marginalisiert werden, die die *horizontale Verantwortlichkeit* (zwischen Regierung, Parlament, Verfassungs- oder sonstigen obersten Gerichtshöfen und dem Präsidentenamt) unterminieren. Die Ablehnung der Verantwortlichkeit gegenüber anderen demokratisch legitimierten Institutionen kann besonders in präsidentiellen Systemen zum Problem werden. Tendenzen dieser Art führen laut O'Donnell (1994) zu einer »Delegative Democracy«. Als typisch nennt er dabei die Verweigerung der Kooperation mit anderen Institutionen und die Berufung auf die Vertretung der *wahren* und *einzig* Interessen des Volkes oder der Nation. Hinzuzufügen wäre wohl auch die bewußte Brechung, Beugung oder Vernachlässigung prozeduraler Regeln zu strategischen Zwecken mit dem Ziel, die eigene relative Machtposition zu verbessern.

2. *Mit Bezug auf den Zugang zu den zentralen politischen Entscheidungspositionen:* Das Handeln politischer Eliten und der Bevölkerung muß sich hierbei auf Wahlen als zentrales und unumgängliches Mittel der Beeinflussung politischer Entscheidungen einstellen. Wie beschrieben, müssen politische Akteure, die Wahlen als einzige Möglichkeit der Bildung von Regierungen nicht akzeptieren wollen, neutralisiert, isoliert oder zur regelbefolgenden Teilnahme am politischen Prozeß animiert werden. Von den oben genannten typischen disloyalen Praktiken müssen dabei zuallererst natürlich Gewalt und Massendemonstrationen mit Destabilisierungsmotiv zurückgedrängt werden.
3. *Mit Bezug auf die Einwirkung der Staats- und Regierungsinstitutionen auf die Gesellschaft:* Hierbei kommt es vor allem darauf an, daß die Grund- und Freiheitsrechte auch effektiv umgesetzt werden. Der Blick wird dabei auf die Praktiken des Rechtsstaates, die tatsächlichen Möglichkeiten der Wahrnehmung ziviler und politischer Rechte, die Einhaltung der Menschenrechte durch die Sicherheitskräfte sowie mögliche Praktiken staatlicher Institutionen, die auf die Unterdrückung gesellschaftlichen Pluralismus abzielen, gelenkt (siehe O'Donnell 1993, Poppovic/Pinheiro 1995).
4. *Zwischen politischen Gruppierungen in der Gesellschaft:* Auf dieser Ebene stoßen wir wieder auf Verhaltensmuster politischer Gruppierungen, die das Fortschreiten der gesellschaftlichen Organisierung und den Zugang anderer sozialer oder politischer Gruppen zu politischen Entscheidungsprozessen und -institutionen zu unterbinden versuchen. Dies ist wohl der zwiespältigste Punkt: Einerseits müssen disloyale Gruppen von einer negativen Einflußnahme auf die Demokratie abgehalten werden, andererseits aber kann das Vorgeben der Beschützung der zentralen Stellung des demokratischelektoralen Prozesses bloß eine Verschleierung des wahren Motivs der Behinderung oder Exklusion von politischen Mitbewerbern oder von Gruppierungen, die abseits von Parteien Einfluß auf den politischen Prozeß nehmen wollen, sein. In Osteuropa trat ein solches Phänomen als »overparticipation« in Erscheinung: »new parties have actually become almost the only political actors; they ›particize‹ the whole political scene and try to monopolize it.« (Ágh 1994c, 296)

3.5.3 Die Eliten- und Massenebene der Konsolidierung

Die Transitionsforschung war wie erwähnt lange auf die Elitenebene beschränkt. Und auch in der Konsolidierungsforschung wurden die theoretischen Grundannahmen der alleinig ausschlaggebenden Bedeutung der Eliten eingeführt. Charakteristisch dafür ist die Konsolidierungsdefinition von Burton, Gunther und Higley (1992a), deren Massenbezug einzig und allein darin liegt, daß Wahlen stattfinden. Konsolidierung kommt gemäß dieser Schule dadurch zustande, daß Eliten entweder in einem plötzlichen »*elite settlement*« (Burton/Higley 1987) oder in einer »*two-step elite transformation*« (Higley/Burton 1989) bzw. »*elite convergence*« (Burton/Gunther/Higley 1992a) von Dissens über die grundsätzlichen politischen Regeln und Prozeduren sowie struktureller Desintegration zu Konsens und »*structural unity*«⁷³ kommen. Interessant ist, daß im Falle eines *elite settlements* praktisch nicht zwischen den Phasen Transition und Konsolidierung unterschieden wird: Mit der plötzlichen Einigung über lang schwelende Konflikte in so etwas wie einem inklusiven Pakt werden alle nachfolgenden Konflikte über die Stabilisierung der Demokratie in der Konsolidierungsphase nebensächlich.⁷⁴ Und wenn Konsolidierung dann doch nicht eintritt, dann war es eben kein *elite settlement*. Die Theorie der Unumgänglichkeit eines anfänglichen Konsenses wird so aber unwiderlegbar. Eine Elitenkonvergenz hingegen kommt einer Trennung von Transition (ursprüngliches Abkommen) und Konsolidierung (Moderierung und Inklusion aller politischer Kräfte in den demokratischen Prozeß) schon näher. Was jedoch für die Konsolidierung stets gegeben sein müsse, sei die relative Autonomie von Druck seitens der Massen (siehe auch Higley/Pakulski 1992, 1994). Konsolidierung wird so zum Elitenunternehmen, aus dem sich die Masse am besten heraushält.

Als *elite settlements* wurden im osteuropäischen Kontext auch die Runden Tische in Polen und Ungarn ausgemacht (Higley/Pakulski 1992, 113f). Angesichts der starken eliteninternen Spannungen, die sich in Ungarn etwa noch vor den Wahlen 1994 im Streit zwischen der konservativen Regierung und der Opposition zeigte und in Polen zuletzt bei der Präsidentenwahl als starke Links-Rechts-Polarisierung zu Tage trat (Osiatynski 1995), scheint diese Zuordnung, zumindest ohne Qualifizierungen, unangebracht. Und die Überlegungen bezüglich einer neuen Form von *direkter Elitentransformation* im osteuropäischen Kontext, wobei »*new elites interact cooperatively with elite survivors of the old regimes in order to avoid economic collapse, civil strife, and other calamities*« und wo »*Recriminations for earlier failures and misdeeds are downplayed, and the basic condition of elite structural unity continues*« (Burton/Gunther/Higley 1992b, 345) haben sich ebenso als verfrüht herausgestellt: Nirgends kam es wirklich zu so einer friktionslosen Zusammenarbeit.

⁷³ »Structural integration involves the relative inclusiveness of formal and informal networks of communication and influence among elite persons, groups, and factions« (Burton/Gunther/Higley 1992a, 10).

⁷⁴ Dabei kommen sie der Konsolidierungsvorstellung von Di Palma (1990a und b) sehr nahe.

Die Theorie von Burton et. al. ist als Typologie möglicher Abläufe von Veränderungen auf Elitenebene auf dem Weg zu Konsolidierung durchaus nützlich, sie bietet aber keine Erklärung der Konsolidierung an sich. Drei Dinge vernachlässigt sie dabei: *zum ersten* die Massenebene. Typisch ist etwa folgende Aussage: »We see little evidence to support classical elitist notions that the characteristics of mass populations constitute the major barrier to stable democracy.« (Burton/Gunther/Higley 1992b, 343)⁷⁵ Wie weiter oben ausgeführt, kann die Legitimität der Demokratie oder ihre Abwesenheit aber von entscheidender Bedeutung sein. Selbst wenn die Eliten konsensuell und strukturell geeint sind, muß das noch nicht zur Konsolidierung führen: »A sizable segment of a population that is alienated from a regime may be mobilized at some point in the future, given the right circumstances, elite stimuli, or organizational opportunities.« (Gunther/Puhle/Diamandouros 1995, 17) So wird auch die Möglichkeit einer Konsolidierung ausgeblendet, die sich zunächst auf das Vorhandensein einer prinzipiell zur Demokratie entschlossenen Bevölkerung stützt und so Mängel der Konsolidierung auf Elitenebene abfedert. Gerade das wird aber im ostmitteleuropäischen Kontext immer wieder betont, wo das Vorherrschen demokratischer Legitimität in der Bevölkerung eine Ausbreitung elitenangeregten Populismus eher verhindert hat (Ágh 1994f, 66f).

Zweitens wird die institutionelle Ebene ausgeblendet: »We are interested in how national elites sometimes transcend their disunity through settlements and convergences, and we regard the specific institutional arrangements that follow these events as secondary matters.« (Burton, Gunther, and Higley 1992a, 32) Die Erreichung dieser Einigkeit ist aber wohl in den seltensten Fällen ein einziger Schritt, sondern erfolgt in mehreren Etappen. Und Institutionen, die dabei zuerst beschlossen wurden, können nachfolgende Entwicklungen beeinflussen.

Letztlich ist, wie bereits in Abschnitt 2.2.1 erwähnt, die Annahme der abgehobenen unbeeinflussten Eliten, die unabhängig von kulturellen oder sozioökonomischen Einflüssen Konsolidierung vorantreiben, problematisch. In dieser Formulierung wird das auf die Spitze getrieben, was Diamond (1993a, 1–11) als Tendenz in der ganzen bisherigen Transitions- und Konsolidierungsforschung angelegt sieht, nämlich die Isolierung der Eliten von gesellschaftlichen und politisch-kulturellen Entwicklungen. Die Transitionsliteratur hat zwar eingehend auf die notwendigen Verhaltensänderungen auf der Elitenebene verwiesen: Verhandlungs-, Toleranz- und Kompromißbereitschaft, Moderierung, Zurückhaltung, Versöhnung und vor allem Regelakzeptanz. Unzureichend war jedoch bisher die Suche nach möglichen Ursachen dieser Verhaltensänderung und speziell die Bezugnahme auf Veränderungen des politisch kulturellen Kontextes. Die Ursachen der Verhaltensveränderungen auf Elitenebene, die die Transition ermöglichen, können sich etwa aus einem schon länger andauernden und umfassenden sozio-kulturellen Veränderungsprozeß speisen, wie ihn Desfor Edles (1995) etwa für Spanien ausgemacht hat. Die Opposition kann sich aber auch auf eine

⁷⁵ Einige Autoren in dem Band *Elites and Democratic Consolidation* (Gunther/Higley 1992), etwa Higley (1992, 43) und Peeler (1992, 110), erwähnen die potentielle Wichtigkeit von Nicht-Eliten- bzw. Massenvariablen, doch die Analyse, die dem folgt bleibt oberflächlich oder fehlt gänzlich.

intellektuell fabrizierte Gegenideologie stützen, die keine umfassende Veränderung des Verhaltens und der politischen Kultur auf ElitenEbene nach sich zieht. Das Konzept der *civil society* in Osteuropa ist dafür das Paradebeispiel.⁷⁶ Oppositionelle und Dissidenten betonten das Konzept der »Antipolitik« (Konrád 1985), das einen Gegensatz zwischen der *bösen* Politik bzw. dem *bösen* Staat, verkörpert durch das kommunistische Regime, und der *guten* Gesellschaft herstellte. Nicht die Einbindung in die Politik wurde dabei als Ziel hochgehalten, sondern die Ersetzung der Politik durch die gesellschaftliche Sphäre. Die Gegeneliten nahmen einen moralischen Standpunkt gegenüber dem kommunistischen Regime ein, der Kompromißbildung mit ihm unmöglich erscheinen ließ. Paradoxerweise rückte man gerade in den verhandelten Transitionen, vor allem in Polen und Ungarn, weniger so in der Tschechoslowakei, von der im Zivilgesellschaftskonzept osteuropäischer Prägung angelegten Kompromißlosigkeit ab; strategische Überlegungen haben die Oppositionseliten doch zu Vereinbarungen mit dem kommunistischen Regime veranlaßt. In der Phase der Konsolidierung treten die Hinterlassenschaften dieses Konzeptes jedoch gerade auf der Ebene der politischen Eliten wieder klar zu Tage: »Politicians of morals« (Ágh 1994f, 60) präsentieren sich als Inhaber der einzigen politischen Wahrheit und sind zur politischen Kompromißfindung, vor allem mit Vertretern postkommunistischer Parteien, unfähig.

Pakt- bzw. *elite settlement*-artige Transitionen haben daher in Osteuropa noch lange nicht eine eingehende Konsolidierung des Verhaltens und der Kultur der Eliten obsolet gemacht. Der ursprüngliche Kompromiß über die Einrichtung einer Demokratie hat kurioserweise auch in den Ländern, in denen die Oppositionsbewegung am stärksten war (Polen, Ungarn), spezielle Probleme der post-transitionalen Elitenanpassung nach sich gezogen.

Als Fazit kann festgehalten werden, daß es auf der Ebene der politisch aktiven Eliten nicht nur zu Verhaltensänderungen, sondern auch zu einer eingehenderen Demokratisierung der politischen Kultur kommen muß. Durch die stärkere Einbindung in politische Abläufe, die direkteren und umfassenderen Einflußmöglichkeiten, die tagtägliche Notwendigkeit der politischen Interaktion mit politisch Andersdenkenden sowie die auf ihr lastende Aufgabe, politische Institutionen einzurichten und zu sichern, ist es tatsächlich unumgänglich, daß auch die politische Kultur politischer Eliten tieferreichende Veränderungen durchmacht. Eine weitverbreitete instrumentelle Akzeptanz demokratischer Verfahren kann zwar eine Demokratie in politischen Schönwetterzeiten, nicht jedoch in einer Krise stützen. Auf der Ebene der Masse der Bevölkerung hingegen reicht diffuse Legitimität, die Absenz von Alternativen, das Vorherrschen der Nichtunterstützung disloyaler Parteien sowie der Beginn eines Vertiefungsprozesses der politischen Kultur zum Abschluß der Konsolidierung aus.

⁷⁶ Jede Literaturliste zum Konzept der *civil society*, welches wie sonst kaum ein Thema die Aufmerksamkeit der Politikwissenschaft in den letzten Jahren auf sich gezogen hat, kann stets nur unvollständig sein. Hier daher nur einige Titel zur Bedeutung des *civil society*-Konzeptes in Osteuropa: Bernhard (1993), von Beyme (1994, 100–123), Havel/Klaus/Pithart (1996), Lewis (1992), Rau (1991), Smolar (1996), Sölter (1993), Stammen (1993). Zum Konzept der *civil society* und ihrer Beziehung zum Konsolidierungskonzept siehe Diamond (1994).

3.5.4 Konsolidierung der Demokratie oder ihrer »partial regimes«

Letztlich soll noch auf eine Konzeptualisierung der Konsolidierung eingegangen werden, die Philippe Schmitter (1988, 1992, 1995) vorgelegt hat. Er spricht davon, daß man eine Demokratie disaggregieren (siehe auch Schneider 1995) und als Ensemble von »partial regimes« betrachten sollte. Demnach sei es auch nicht die Demokratie, welche konsolidiert wird, sondern ihre *partial regimes*. Als Teilregime nennt er dabei folgende:

- das »electoral regime« verbindet die Wähler über Parteien mit der Legislative;
- das »representational regime« verbindet potentielle gesellschaftliche Gruppen und Interessenorganisationen mit Parteien bzw. Parteien in der Legislative;
- das »pressure regime« verbindet soziale Gruppen und Verbände mit der Legislative;
- das »concertation regime« verbindet Interessenorganisationen bzw. die betroffene Bevölkerung mit staatlichen und parastaatlichen Institutionen; und
- das »clientelist regime that may or may not link specific established localities via political parties to specific state agencies« (Schmitter 1988, 57).

Die konkreten Ausformungen dieser Beziehungen können nur in begrenztem Ausmaß in Verfassungen festgelegt werden. Verfassungen versuchen dies aber stets trotzdem. Sie sind »an effort to establish a single, overarching set of »metarules« that would render partial regimes coherent by assigning specific tasks to each and enforcing some hierarchical relation among them« (Schmitter 1992, 427). Es kommt aber sehr auf informelle Praktiken an oder zumindest auf solche Praktiken, die nicht autoritativ durch Regierungsinstitutionen festgelegt werden können. Jedes dieser Teilregime hat seine eigenen Normen und Entscheidungsregeln, obwohl sie alle unter dem Stichwort demokratisch firmieren. Letztlich verschiebt diese Konzentration auf den Prozeß der »regime structuration«, der die Beziehungen der einzelnen politischen Institutionen zueinander festlegt, letztlich den Fokus der Forschung weg von der Frage, ob eine Demokratie konsolidiert wird, hin zu jener, welcher Typ von Demokratie entsteht (ebd., 429).

Das Problem bei Schmitters Konzept ist, daß die Beziehung seiner Vorstellungen zur Konsolidierung der *partial regimes* zu seinen trotzdem ebenfalls gelieferten Definitionen der Konsolidierung der *Demokratie an sich* unklar bleibt. Einige seiner Definitionen der demokratischen Konsolidierung (v.a. 1988, 38f) scheinen vollkommen kompatibel mit dem Konsolidierungskonzept, das bisher hier vertreten wurde. Würde man jedoch auf die vollkommene Konsolidierung aller *partial regimes* warten, dann würde die Konsolidierung tatsächlich stets, wie Whitehead (1989) meint, zumindest eine Generation dauern. Zudem bleibt unklar, anhand welcher Kriterien der Abschluß der Konsolidierung der Teilregime festgemacht werden soll, sowie ob es alle Regime in jeder Demokratie in stabilisierter Form

geben muß. Schmitter (1992, 433) versucht sich über diesen Zwiespalt, vor allem in Bezug auf jene *partial regimes*, an denen Interessenverbände beteiligt sind, so hinwegzuretten:

[M]y hunch is that such class, sectoral, and professional associations will not be a major factor in determining whether democracy as a general mode of domination will succeed authoritarian rule and persist in the near future; rather, their (delayed) impact will be significant in determining what type of democracy will eventually be consolidated. [...] Another way of putting this is that the quality of democracy, rather than its quantity and duration, will vary with the emergent properties of associability.

Wenn Interessenorganisationen aber einen Einfluß auf den Typ der zu konsolidierenden Demokratie haben wollen, dann müssen sie und die Teilregime, in denen sie eingebunden sind, wohl vor dem Ende der Konsolidierung selbst konsolidiert sein. So käme man zum Schluß, daß die Konsolidierung der Demokratie die Summe der Konsolidierungen ihrer Teilregime ist.

Auch wenn es wohl so sein mag, daß zur Zeit die Demokratie das alles überragende Bezugssystem bei Regimewechseln darstellt,⁷⁷ ist es dennoch unumgänglich, weiterhin in jedem Fall die Frage nach der Stabilisierung der Grundprinzipien der Demokratie an sich zu stellen, und nicht nur die nach dem Typ der entstehenden Demokratie. Denn diese Prädominanz eines demokratischen Bezugsmodells mag zwar für einige Fälle gegeben sein, für andere jedoch nicht. Jedenfalls kann es nicht als gegeben angenommen werden, sondern beruht sehr auf dem jeweiligen nationalen Kontext, der die Wirksamkeit der internationalen Hegemonie demokratischer Ideen beeinflussen kann. Je weiter man im ehemaligen Ostblock nach Osten blickt, desto klarer wird dies. Der von Schmitter gegebene Hinweis auf die vom System der Interessenverbände beeinflusste Qualität der Demokratie zeigt jedoch bereits einen Weg zur Lösung dieses Problems. Es bietet sich wiederum die Trennung zwischen dem an, was Konsolidierung ist, festgemacht an den Minimalkriterien eines demokratischen Regimes, und dem, was wir demokratische Vertiefung und Erweiterung genannt haben. In letzteren Bereich fällt dann die Herausbildung und Konsolidierung all jener Teilregime, die im Minimalkonzept der Demokratie nicht enthalten sind. Jedenfalls aber, und darauf haben wir schon im Abschnitt 3.5.2 verwiesen, ist es notwendig, daß die Organisation von Interessenorganisationen als wichtige Beteiligte einiger dieser Teilregime, ihr Zugang zu politischen Entscheidungsinstitutionen sowie ihre Beteiligung an politischen Entscheidungsfindungsverfahren akzeptiert und nicht vollständig abgeblockt wird. Damit kommen wir, ähnlich wie in der Frage einer demokratischen Massenkultur, zum Ergebnis, daß für den Abschluß der Konsolidierung der Demokratie die Ausbildung der von Schmitter beschriebenen Teilregime und

⁷⁷ »[T]he challenging question facing political scientists becomes not whether autocracy will be succeeded by democracy but by what type of democracy? It could be argued that in the contemporary period (or at least since April 25, 1974 when the Portuguese ›Revolution of the Carnations‹ launched the current wave), most polities are condemned to be democratic.« (Schmitter 1992, 429; kursive Hervorhebung im Original)

ihrer Hauptakteure (primär Interessenverbände) *begonnen* haben, jedoch noch *nicht beendet* sein muß.

Eine mögliche Ausnahme stellt dabei das *Wahlregime* dar, da es zum prozeduralen Minimum der Demokratie gehört. Die neben der Bevölkerung Hauptbeteiligten in diesem Teilregime, die Parteien, haben daher auch große Aufmerksamkeit in der Konsolidierungsliteratur erhalten (siehe v.a. Pridham 1990a und b). Und auch in (Mittel)Osteuropa standen politische Parteien und ihre primäre Arena, nämlich Parlamente, bisher im Zentrum der Forschung.⁷⁸ Kann dann behauptet werden, daß die Konsolidierung des Parteiensystems nicht bedeutsam für die gesamte Konsolidierung ist? Sicherlich nicht, denn Parteien sind *die* Hauptakteure in liberalen Demokratien; sie stehen im Mittelpunkt des demokratischen Prozesses und erfüllen eine Fülle wichtiger Funktionen, wovon die Rolle als Verbindungsglied zwischen Bevölkerung und Regierungsinstitutionen besonders hervorzuheben ist.

Pridham (1990b, 19–26) sieht fünf Aufgaben für Parteien in der Phase der Konsolidierung: 1) ihre Verhaltensweisen und Einstellungen müssen zur Beseitigung der transitionalen Unsicherheit beitragen; 2) sie müssen Beziehungen zum Staat aufbauen; 3) sie übernehmen eine sichtbare und reguläre Rolle im politischen Prozeß und geben Verfassungsregeln dadurch Substanz; 4) sie etablieren Beziehungen zur Gesellschaft und ihren Organisationen und tragen so zur politischen Sozialisation der Bevölkerung bei; und 5) tragen sie zur Legitimation der Demokratie bei. Welche dieser Bereiche sind nun für die Konsolidierung unumgänglich? Obwohl diese Punkte sich sehr überschneiden, kann festgehalten werden, daß primär die Bereiche 1, 3 und 5 zum Kern der Konsolidierung gehören, während bei den Bereichen 2 und 4 Vorsicht geboten ist. Am besten ist das anhand der Beziehungen zur Gesellschaft erläuterbar. Wie Pridham (ebd., 38) selbst sagt, müssen instabile Parteien-Gesellschaft-Beziehungen nicht die Konsolidierung in Frage stellen. Demokratie geht im Grunde von ständigen Veränderungen der Unterstützungsbasis der Parteien aus. Gäbe es stabile Beziehungen der Parteien zu gesellschaftlichen Gruppen, wären keine regulären, sondern bloß einmalige Wahlen notwendig. Dies bewahrheitet sich auch immer mehr in (Mittel)Osteuropa, wo das Modell der *Massenpartei* (Duverger), das sich auf starke Wählerbindungen und eine breite Mitgliederbasis stützt, nur in Ausnahmefällen (etwa bei der Polnischen Bauernpartei oder einigen post-kommunistischen Parteien) umgesetzt wird, jedoch das mehr auf den Wahlwettbewerb konzentrierte Modell der *catch-all*-Partei (Kirchheimer) mit schwachen Beziehungen zum Wähler und der Dominanz personalisierter Politik zunehmend zum Bezugspunkt wird, obwohl die dazu notwendigen professionellen Organisationsstrukturen noch fehlen (Lewis/Gortat 1995). Man sollte daher vorsichtig sein, jungen Demokratien vorschnell ein Parteienmodell vorzuschreiben, das an

⁷⁸ Zu den politischen Parteiensystemen in Osteuropa siehe etwa die Sondernummer 4/95 der Zeitschrift *Party Politics*, Berglund/Dellenbrant (1994), von Beyme (1994, 278–327), Cotta (1994), Lewis/Lomax/Wightman (1994), Pridham/Lewis (1996), Wightman (1995). Zu den Parlamenten in Osteuropa siehe etwa Ágh (1994a), Ágh/Kurtán (1995), Olson/Norton (im Erscheinen), Remington (1994) und die Nummer 2/1995 der Zeitschrift *East European Constitutional Review*.

bestimmten strukturellen Merkmalen festgemacht ist (z.B. starke Mitgliederbasis, starke Parteiorganisationen, starke Bindungen zu Interessenorganisationen, u.ä.). Hyperstabile Parteien-Wähler-Beziehungen können theoretisch sogar Konsolidierung behindern, wenn sie mit einer ineffektiven oder instabilen Regierungskonstellation Hand in Hand gehen. Auch in Westeuropa vollzieht sich seit einiger Zeit eine generelle Reorientierung der Beziehungen der Parteien zu Staat und Gesellschaft,⁷⁹ was aber nicht mit einer Dekonsolidierung der demokratischen Regime in Verbindung gebracht wird.

Wenn es in der Konsolidierung also darum geht, Verhaltensweisen und Einstellungen zu stabilisieren, die mit dem konkreten demokratischen Institutionengefüge in Einklang stehen, dann ist es aber legitim zu fragen, welche Parteien-Staat- und Parteien-Gesellschaft-Beziehungen die demokratischen Minimalkriterien am ehesten stabilisieren bzw. nicht untergraben. Sehr oft wurde diese Frage aber mit einem voreiligen Parteienmodelltransfer aus dem Westen beantwortet. Eine der wenigen theoretisch genauer begründeten Analysen bezüglich der Frage der für Konsolidierung am günstigsten Parteien-Wähler-Beziehungen hat dabei Herbert Kitschelt geliefert. Er meint, daß programmatische Parteien am ehesten demokratischer Konsolidierung zuträglich sind, charismatische oder klientelistische Parteien hingegen Konsolidierung erschweren können:

Although programmatic parties are harder to build than charismatic or clientelistic parties, they are more likely to reinforce the consolidation and stability of democratic regimes than the two alternative modes of party-voter linkage. Programmatic party competition provides a rational motivation for citizens' participation in elections and thus a rational justification of the democratic rules of the game. Charismatic and clientelistic parties have a tendency to make democratic competition look irrelevant or irrational from the perspective of deliberating voters. (Kitschelt 1995, 450)

Morlino (1995) sieht die Möglichkeit, daß in bestimmten Fällen ein stabiles Parteiensystem der entscheidende Faktor für die Konsolidierung der Demokratie sein kann:

I contend that the stabilization of electoral behavior, the establishment of the party system, and stabilization of the political class can play an important role in the consolidation of a democratic regime. More specifically, I contend that if the legitimation process has not gone far enough to consolidate a regime, stabilization of the party system may be indispensable for successful completion of the consolidation process. This is what unfolded in Italy, where the legitimation process had (fifteen years after the installation of democracy) succeeded in producing only a limited or exclusive legitimacy, but where party dominance was characteristic of relationships with interest groups. (ebd., 373f)

⁷⁹ Als jüngsten Trend haben Katz und Mair (1995) die Entstehung von »cartel parties« ausgemacht, die mehr und mehr von Akteuren der gesellschaftlichen Sphäre zu solchen des Staates werden.

Es ist aber auch umgekehrt denkbar, daß Parteien keine starken organisatorischen Beziehungen zur Gesellschaft und zur *civil society* im speziellen aufbauen, es durch die umfassende Ausbreitung von Legitimität und demokratiekompatiblen Verhaltensweisen aber trotzdem zur Konsolidierung der Demokratie kommt. Als entscheidende Akteure in diesem Fall, für den Morlino Spanien als Beispiel nennt, sieht er Parteieliten an, die die Legitimität der Demokratie trotz schwacher intermediärer Parteistrukturen befördern könnten. Starke Parteiorganisationen und ein hohes Maß an demokratischer Legitimität seien natürlich am günstigsten für die Konsolidierung, wohingegen die fehlende politische Einbindung der Gesellschaft über starke Parteien bei gleichzeitig schwacher Legitimität schlechte Aussichten für den Fortgang der Konsolidierung verheiße: »Under these circumstances, the regime is potentially unstable and is likely to survive only in an international context highly favorable to democracy.« (ebd., 362)⁸⁰ Wenn starke Parteien und hohe Legitimität nicht gleichzeitig bestehen, gibt es also primär zwei Möglichkeiten der Konsolidierung:

[T]he consolidation of a party system is not a necessary condition for the consolidation of democracy. A high level of party-system instability and a low level of organizational development by parties characterized the same period of time when Spanish democracy was being decisively consolidated. However, if the key institutions of a democracy have not secured a sufficient level of legitimacy, a stabilized party system and well-developed party organizations can play a crucial role in consolidating democracy: they can stabilize and structure interactions among actors and groups in society, channeling that behavior into democratic institutionalized arenas with the capacity to contain conflict, and habituating individuals and groups into conformity with democratic rules of the game. (Diamandouros/Puhle/Gunther 1995, 411f)

Wenn wir diese zwei Möglichkeiten genauer betrachten und an unsere Unterscheidung der verhaltens- und einstellungsmäßigen Dimension der Konsolidierung rückbinden, dann kommen zwei gegensätzliche Konsolidierungspfade zum Vorschein: Im ersten Fall stützt sich die Konsolidierung trotz der schwachen Ausprägungen von Parteistrukturen vor allem auf breite Legitimität der Demokratie, was auch demokratische Verhaltensweisen zur Folge hat. Im Gegensatz dazu kann Konsolidierung (wenn auch verzögert) auch dadurch zustandekommen, daß starke Parteistrukturen für eine Strukturierung des politischen Prozesses nach demokratischen Prinzipien sorgen, also nur demokratiekonforme Verhaltensweisen zulassen und semi- oder disloyales Verhalten neutralisieren oder marginalisieren, wenn auch die Legitimität des Regimes schwach ausgeprägt ist und erst mit zunehmender Dauer der Praktizierung demokratischer Verhaltensweisen wächst. In gewisser Weise ähnelt diese

⁸⁰ Insgesamt sind also vier Möglichkeiten denkbar, die Morlino (1995, 359–362) »state consolidation« (starke Parteien, hohe Legitimität), »elite consolidation« (schwache Parteien, hohe Legitimität), »party consolidation« (starke Parteien, schwache Legitimität), und bloße »maintenance« (Parteien und Legitimität schwach) nennt. Es scheinen aber vor allem die Bezeichnungen *state* und *elite consolidation* problematisch. Um im letzteren Fall die Möglichkeit einer von Seiten der Bevölkerung angeregten Legitimation der Demokratie nicht aus den Augen zu verlieren, sollte man möglicherweise eine andere Bezeichnung suchen.

Unterscheidung jener zwischen *elite settlements* und *elite convergences* bei Burton et.al. Es sollte jedoch im Auge behalten werden, daß diese Konsolidierungsmuster auch ganz bestimmte Voraussetzungen auf der Ebene der Massen haben: Ein *elite settlement* ohne die Bereitschaft der Bevölkerung, den Konsens über demokratische Legitimität auch zu unterstützen, wäre nämlich hinfällig. Ebenso wird eine Konvergenz in Richtung demokratischer Verhaltensweisen und Einstellungen nur dann möglich, wenn Parteien merken, daß sie mit einer Fortsetzung semi-loyaler Politikmuster keine zusätzlichen Wähler anziehen können. Das ist aber nur möglich, wenn ein großer Teil der Bevölkerung von der Legitimität der Demokratie überzeugt ist.

4. Zusammenfassung: *minimalistische* versus *maximalistische* Konzeptualisierungen der Konsolidierung

Die vorliegende Arbeit ist weit davon entfernt, das Konzept der demokratischen Konsolidierung vollständig ausgeleuchtet zu haben. Es scheint jedoch sinnlos, ein Konzept in alle möglichen Verästelungen auszuformulieren, ohne auch eigene empirische Untersuchungen anzustellen und dabei die Brauchbarkeit des Konzeptes zu testen und abzusichern. Ein genaueres Eingehen, geschweige denn eine tiefreichende Analyse einiger ost(mittel)europäischer Einzelfälle konnte jedoch an dieser Stelle nicht vorgenommen werden. Erst eine solche Analyse könnte auch genauere Hypothesen zu Tage fördern, was nun demokratischer Konsolidierung förderlich ist und was sie behindert, welche Prozesse, Entwicklungen und Ereignisse für sie unumgänglich sind und welche auf keinen Fall stattfinden dürfen, welche Kontextbedingungen (vorangegangenes Regime, Gründe seiner Ablöse, Charakteristika der Gesellschaft, Art der Transition, internationales Umfeld, u.a.) die besten Aussichten auf erfolgreiche Konsolidierung bieten, etc. Die potentiellen Einflußvariablen auf den Prozeß der Konsolidierung sind so vielfältig, daß eine eingehende Behandlung an diesem Ort unmöglich war, vor allem auch angesichts der bisher noch vergleichsweise in den Kinderschuhen steckenden vergleichenden Forschung auf diesem Gebiet. Ziel dieses Artikels war es jedoch, den derzeitigen und möglichen zukünftigen Stellenwert und Standort des Konsolidierungskonzeptes innerhalb der Regimewechselforschung in seinen Grundzügen aufzuzeigen und eine Formulierung des Konzeptes zu liefern, welche Ansatzpunkte für zukünftige Forschung liefert und eine Ordnung ihrer Ergebnisse möglich macht.

Die Analyse des Gehaltes des Konsolidierungsbegriffs hat gezeigt, daß die einschlägige Literatur ein breites Spektrum verschiedener Konzeptualisierungen beinhaltet. Die Bandbreite umfaßt dabei äußerst *minimalistische* Auffassungen des Konsolidierungskonzeptes ebenso wie sehr *maximalistische* Versionen. Es lassen sich dabei folgende Extrempunkte ausmachen, zwischen denen eine Fülle unterschiedlicher Konzeptualisierungen möglich ist:

- Konzepte, die Konsolidierung mit der Erreichung eines Abkommens über die Installierung der Demokratie und so mit dem *Ende der Transition* gleichsetzen (Di Palma 1990, 1991), oder solche, die Konsolidierung als einen Prozeß ansehen, der sich über einen *Zeitraum* von bis zu einer Generation *nach der Transition* erstreckt (Whitehead 1989);
- Konzepte, die die *Elitenebene* (Burton/Gunther/Higley 1992a und b, Higley/Pakulski 1994), oder solche, die zusätzlich auch die *Massenebene* betonen;
- Konzepte, die mehr das hervorheben, was wir *negative Konsolidierung* genannt haben (Valenzuela 1992, Linz 1990, Linz/Stepan/Gunther 1995, Linz/Stepan 1996), oder solche, die zusätzlich auch Aspekte der *positiven Konsolidierung*, also den Aufbau demokratieförderlicher Verhaltensweisen und Einstellungen, herausstreichen;
- Konzepte, die auf notwendige *Veränderungen formaler prozeduraler Aspekte* der Demokratie hinweisen (Valenzuela 1992), oder solche, die *Prozesse auf der subjektiven und intersubjektiven Ebene* betonen, wobei Linz, Stepan und Gunther (1995) hier am prononciertesten eine Zwischenposition einnehmen;
- Konzepte, die Konsolidierung mit *Veränderungen auf der Einstellungsebene* gleichsetzen (Diamond 1994, 1995b), oder solche, die ausschließlich *Anpassungen des Verhaltens* an die Erfordernisse der Demokratie als notwendig für die Konsolidierung gelten lassen (Przeworski 1991);
- Konzepte, die sich bei der Betonung der einstellungsmäßigen Ebene auf die *Ausbreitung von demokratischer Legitimität* beschränken (Diamond 1994, Linz 1990, Linz/Stepan/Gunther 1995, Linz/Stepan 1996), oder solche, die auch die breitere *Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur* für notwendig erachten (Pridham 1994, 1995); sowie
- Konzepte, die Konsolidierung mit der *Absicherung der Demokratie* als prinzipiellem Regimetyp in Verbindung bringen, oder solche, die Konsolidierung primär als jenen Prozeß ansehen, in welchem entschieden wird, *welcher Typus eines demokratischen Regimes* eingerichtet wird (Schmitter 1988, 1992, 1995).

Wir haben uns hier für eine inhaltliche Abgrenzung der Phasen Transition und Konsolidierung entschieden, welche zeitliche Überlappungen zuläßt. Konsolidierung wurde dabei als Prozeß der verhaltens- und einstellungsmäßigen Absicherung der Minimal Kriterien der Demokratie definiert, der Veränderungen auf der Eliten- wie auf der Massenebene erfordert, dabei aber höhere Ansprüche an die Eliten stellt. Die hier vertretene Unterscheidung von Transition und Konsolidierung hat versucht, die inhaltliche Abgrenzung der beiden Prozesse zu radikalieren und strikt an eine Minimaldefinition der Demokratie rückzubinden. Transition und

Konsolidierung wurden dabei als Prozesse definiert, die ausschließlich auf die formale Einrichtung bzw. die verhaltens- und einstellungsmäßige Stabilisierung der prozeduralen Minimal Kriterien der Demokratie abzielen. Nebenbei können auch bereits andere Prozesse, wie etwa die Konsolidierung von *partial regimes*, die nicht wirklich zum minimalen Kern der Demokratie zu zählen sind, oder eine Ausdehnung demokratischer Prinzipien auf weitere politische und/oder gesellschaftliche Bereiche (*Democratic Deepening*) stattfinden, die großen Einfluß auf die Konsolidierung der Demokratie in diesem engen Sinn haben können, nicht jedoch zu diesem Prozeß selbst zu zählen sind. Erst durch diese Trennung unterschiedlicher Entwicklungen wird es möglich, eine echte Vergleichbarkeit demokratischer Regimewechsel herzustellen: Indem das Konsolidierungskonzept von einer Überladung mit notwendigen Entwicklungen freigehalten wird, wird es möglich, im Einzelfall zu überprüfen, was tatsächlich Einfluß auf die verhaltens- und einstellungsmäßige Absicherung der Demokratie hat. Es kann sich bei solch einer Analyse dann zeigen, daß in bestimmten Fällen alle relevanten politischen Akteure ihr Verhalten und normativen Überzeugungen der Demokratie anpassen, obwohl es zunächst zu keinen ökonomischen Reformerfolgen, keinem stabilisierten Parteien- oder Interessenverbändesystem, keiner Föderalisierung, keiner Gewährung von ethnischen Minderheitenrechten, keiner Vertiefung und Erweiterung demokratischer Prinzipien, keiner Ausbildung und Stabilisierung aller *partial regimes*, o.ä., kommt. Umgekehrt aber können in anderen Fällen bestimmte politische Akteure ihre normative Akzeptanz und verhaltensmäßige Befolgung demokratischer Normen und Prozeduren gerade von solchen Entwicklungen abhängig machen. Die für den Abschluß der Konsolidierung notwendigerweise zu lösenden Probleme und zu installierenden Institutionen und Strukturen werden daher von Fall zu Fall variieren.

Der Blick des Forschers wird damit letztlich auf die verschiedenen Vorstellungen von der bzw. Ansprüchen an die Demokratie gelenkt, die unter den Eliten, aber auch der Bevölkerung des jeweiligen Landes gegeben sind. Die Forschung auf diesem Gebiet – den von den politischen Akteuren vertretenen Demokratiekonzeptionen – ist jedoch noch unterentwickelt, obwohl sie doch auf Fragestellungen der politischen Kultur-Forschung in der Nachfolge von Almond und Verba zurückgeführt werden könnte. In Analysen der politischen Kultur junger Demokratien, vor allem in Mittel- und Osteuropa, wird hingegen weitgehend davon ausgegangen, daß vorwiegend (oder gar ausschließlich) die Bewertung der Erfolge der ökonomischen Reformen für die Akzeptanz oder Nicht-Akzeptanz der Demokratie verantwortlich ist. Die Präferenzen bezüglich dem jeweiligen Typus der Demokratie werden so bisher zu wenig als mögliche Erklärungsvariablen für die Legitimität der Demokratie berücksichtigt. Einen interessanten ersten Ansatz in diese Richtung vertreten Morlino und Montero (1995, 253–259). Sie konstruieren ein Schema mit den Dimensionen 1) Partizipation an oder passive Akzeptanz von autoritativ getroffenen politischen Entscheidungen sowie 2) Präferenz für schnelle, effiziente Entscheidungsfindung oder für extensive Konsultation mit sozialen Gruppen und starke repräsentative Institutionen. Insgesamt ergeben sich so vier mögliche Demokratietypen, die für normativ wünschbar gehalten werden können: »Decisive Democracy« (schnelle

Entscheidungen, Akzeptanz autoritativ getroffener Entscheidungen), »Representative Democracy« (extensive Konsultationen, Akzeptanz autoritativ getroffener Entscheidungen), »Populist Democracy« (schnelle Entscheidungen, Partizipation der Gesellschaft), und »Participatory Democracy« (extensive Konsultationen, Partizipation der Gesellschaft). Morlino und Montero präsentieren dabei Daten für Griechenland, Italien, Portugal und Spanien, in denen die Verteilung der Präferenzen für diese vier Demokratietypen doch erheblich variieren. Wie anhand der Ausführungen zur Bedeutung der politischen Kultur betont wurde scheint es aber so, daß für die Abschätzung der Konsolidierungsaussichten vor allem eine Analyse der auf der Elitenebene vorherrschenden Demokratievorstellungen notwendig wäre, was Morlino und Montero jedoch nicht in Betracht ziehen.

Ein alternativer Zugang, welcher nicht in so strikter Weise von einer inhaltlichen Phasenabgrenzung und einer prozeduralen Minimaldefinition ausgeht, könnte Konsolidierung als jene Phase ansehen, in welcher alle dem einwandfreien Funktionieren der Demokratie entgegenstehenden Probleme nach ihrer Einrichtung zu lösen sind. Eine solche Herangehensweise scheint in den meisten Ansätzen in der einschlägigen Literatur zu dominieren, wobei Transition dann eher lose als jene Phase betrachtet wird, die im großen und ganzen nach der Abhaltung von Wahlen zu Ende ist. Läßt man so konzeptuell auch Transitionen als abgeschlossen zu, die nach unseren Kriterien als unvollständig zu gelten hätten, dann ergibt sich schließlich folgende grobe Typologisierung unterschiedlicher Konsolidierungsbegriffe, die jeweils eine ganz bestimmte Problemlage einer jungen Demokratie im Auge haben:

- *Konsolidierung als Prozeß der Beseitigung der formal-prozeduralen Einschränkungen der Demokratie.* Eine solche Begriffsfassung stellt primär auf den Übergang von einem – formal gesehen – *diminished subtype* (Collier/Levitsky 1995) der Demokratie zu einer Demokratie ab, die allen Kriterien der jeweils verwendeten Definition entspricht. Mögliche Einschränkungen der demokratischen Minimaldefinition sind hier vielfältig: undemokratische Verzerrungen des Wahlrechtes; eine verfassungsmäßig festgelegte Oberaufsichtsfunktion des Militärs; nicht demokratisch legitimierte Abgeordnete; Verbot von Parteien oder Organisationen einer bestimmten politischen Ausrichtung, die prinzipiell als demokratisch-loyal anzusehen wären; der Autorität gewählter Regierungen explizit nicht zugängliche Politikbereiche; Einschränkungen der Presse-, Meinungs-, Organisations- oder einer sonstigen politischen oder zivilen Freiheit; etc.
- *Konsolidierung als Eliminierung, Marginalisierung, Neutralisierung oder demokratische Überzeugung von politisch relevanten Akteuren, die den demokratischen Prozeß gewaltsam oder in sonstiger Weise beenden könnten und/oder wollten.* Konsolidierung wird so zu einem Prozeß, der Anstrengungen zur Verhinderung eines »sudden death« (O'Donnell 1992, 23) der Demokratie, etwa durch einen Putsch oder die nicht-demokratische Machtübernahme durch eine Partei oder eine soziale Gruppe, umfaßt. Es geht dabei um die politische Ausschaltung möglicher undemokratischer Vetomächte,

disloyaler Parteien oder sonstiger politischer Akteure, die ihre politische Strategie auf die Anregung eines Zusammenbruchs der Demokratie ausgerichtet haben.

- *Konsolidierung als Gewöhnung an demokratische Prozeduren und Stabilisierung von politischen Verhaltensweisen und Praktiken sowie Einstellungen, die ein normales Funktionieren der Demokratie ermöglichen.* Konzeptualisierungen dieser Art sind dabei, wie erwähnt, mit einer stärkeren Betonung der verhaltensmäßigen oder der einstellungsmäßigen Ebene sowie in einer eher minimalistischen (Legitimität und regelkonformes Verhalten) oder maximalistischen Variante (Ausbreitung einer umfassenden demokratischen Kultur und dementsprechender Verhaltensweisen) möglich. Hinter allen möglichen Versionen steht dabei aber der Gedanke, daß politisch relevante Handlungsweisen und Einstellungen stabilisiert werden müssen, die einen »slow death« (ebd.) der Demokratie unwahrscheinlich werden lassen. Ein solcher *langsamer Tod* droht etwa, vor allem in Zeiten schwerer politischer Krisen, durch ein schrittweises Abrücken von der Beachtung demokratischer Regeln und Prozeduren oder eine beständige Aushöhlung demokratischer Prinzipien.
- *Konsolidierung als umfassender Prozeß des Institutionenaufbaus, der Institutionalisierung bzw. der Entwicklung, Stabilisierung und Verankerung aller Teilregime der Demokratie:* Diese Version kann am weitesten gefaßt werden, wenn neben dem Aufbau der zentralen und unumgänglichen Institutionen der Demokratie auch der Prozeß des Designs, der Beschlußfassung und der Stabilisierung aller anderen demokratischen Prozesse, Strukturen, Organisationen und Institutionen als zur Konsolidierung gehörig betrachtet wird. In diesem Fall verschiebt sich dann auch das Forschungsinteresse weg von der Frage, ob und wie die Demokratie in ihren Grundprinzipien konsolidiert wird, hin zur Frage, welche Demokratie entsteht. Eine solche weite Begriffsfassung kann alle drei Analyseebenen beinhalten, die Philippe Schmitter für Prozesse demokratischer Konsolidierung vorgeschlagen hat, nämlich »group structuration« (»processes whereby political organizations – public or private – acquire identity and autonomy under the new conditions of freedom, competitiveness and accountability«; 1988, 41), »regime structuration« (die Entwicklung von »networks of power among interdependent or hierarchically ordered institutions«; ebd., 42) und »hegemonic structuration« (»rooting« the emergent regime in the everyday practices and norms of society«; ebd.). Konsolidierung umfaßt dann die Entstehung und Stabilisierung von demokratischen Organisationen und Institutionen, von *partial regimes*, die diese verbinden, sowie einer demokratischen politischen Kultur und demokratischer Praktiken auch abseits der engen Sphäre des Politischen.

Wenn jedoch schon bei den zuvor erwähnten Konzeptualisierungen das Problem entsteht, wann die Konsolidierung als beendet betrachtet werden kann, dann wird dieses Problem hier noch verschärft. Demokratisierung ist wohl ein nie abgeschlossener Prozeß, der sich auch

über den eigentlichen Regimewechsel hinaus erstreckt, und in der weitesten Fassung der zuletzt erwähnten Konzeptualisierung wird Konsolidierung praktisch mit Demokratisierung gleichgesetzt. Je weiter man so den Begriff der Konsolidierung faßt, desto analytisch unbrauchbarer wird er, da dann alle möglichen Bestands- und Fortentwicklungsprobleme der Demokratie unter ihn subsumiert werden könnten; dieser Gefahr entgeht etwa auch Gerardo Munck (1996; siehe Anhang) neuerdings nicht mehr.

Die These, daß die Entwicklung der Demokratie nie abgeschlossen sein *kann*, hat Klaus von Beyme (1994, 9) folgendermaßen formuliert: »Demokratie *ist* nicht, sondern *wird* ständig.« Wie ist diese unbestreitbare Einsicht nun aber mit der Vorstellung einer Konsolidierung der Demokratie, die gewissermaßen Verfestigung oder endgültige Absicherung zu implizieren scheint, vereinbar (siehe auch Bunce 1995b, 125)? Implizit oder explizit liegt jeder theoretischen Betonung einer notwendigen Konsolidierung der Demokratie die Annahme zugrunde, daß sie die Wahrscheinlichkeit der zielgerichteten Beseitigung, des Zusammenbruchs oder der Degeneration der Demokratie drastisch reduziert. Wenn sich Politik nicht mehr primär um die Ausgestaltung von Regeln, Strukturen und Prozeduren dreht, sondern sie als gegeben annimmt, und politische Verhaltensweisen dahingehend ausgerichtet werden, dann wird die Gefahr der Ablösung der Demokratie durch ein anderes politisches Regime reduziert. Wenn Politik hingegen ein ständiger Versuch-und-Irrtum-Prozeß der Suche nach neuen politischen Praktiken ist, in welchem die Regeln, Prozeduren und Strukturen ständig und grundlegend redefiniert, reinterpretiert, requalifiziert und schließlich remodifiziert werden, dann wird der Fortbestand der Demokratie weniger selbstverständlich.

Die formalen Grundprinzipien der Demokratie müssen durch ständiges Praktizieren von mit ihnen vereinbaren politischen Verhaltensweisen und Einstellungen Gehalt gegeben und dadurch auch stabilisiert werden. Demokratie (wie jedes andere institutionelle Arrangement) ist so auf die ständige Reproduktion ihrer Bestandteile angewiesen. Sie ist damit aber auch kein ein für allemal festgelegtes Set von Regeln und dazugehöriger Verhaltensweisen. Normative Ansprüche an die Demokratie und damit auch Verhaltensweisen können sich ändern: Das ist die Quelle der fortdauernden Demokratisierung auch nach dem Abschluß eines demokratischen Regimewechsels, aber auch die Quelle für die Degeneration oder sogar den Verfall der Demokratie. Letztlich kann nur die Wahrscheinlichkeit des Fortbestandes eines politischen Regimes durch seine Konsolidierung erhöht werden, sein Verfall oder Zusammenbruch aber ist niemals völlig ausgeschlossen. Was diese Theorie der Konsolidierung falsifizieren könnte wäre der plötzliche (nicht durch unbeeinflussbare äußere Mächte herbeigeführte) Zusammenbruch oder die ungebremsste und von keinen oder nur wenigen politischen Akteuren bekämpfte Degeneration einer nach den Maßstäben dieser Theorie konsolidierten Demokratie. Anders ausgedrückt heißt das, daß für die Falsifizierung einer Konsolidierungstheorie die These zu widerlegen ist, daß für die Ablösung eines konsolidierten demokratischen Regimes entweder eine prinzipiell unbewältigbare externe Einflußnahme (z.B. Annexion) oder ein langer und kontroversieller Prozeß der *Dekonsolidierung* stattzufinden hat.

Es zeigt sich letztlich, daß noch lange nicht alle konzeptuellen und theoretischen Probleme bezüglich demokratischer Konsolidierung gelöst sind. Die Konzeptbildung muß letztlich auch stärker mit empirischen Ergebnissen in Verbindung gebracht werden. So harren etwa folgende bisher unbefriedigend oder gar nicht gelöste Fragen – um zum Schluß zu kommen seien hier nur einige wenige aus einer langen Liste genannt – einer genaueren konzeptuellen, theoretischen und empirischen Ausleuchtung: Ist Konsolidierung zu Ende, wenn ein bestimmter Schwellenwert einmal überschritten wurde, oder bedarf es dazu auch des Verstreichens einer bestimmten Zeitdauer nach dem Überschreiten dieses Wertes? Ist es möglich, die Bestimmung des Abschlusses der Konsolidierung von den überall vorherrschenden schwer nachvollziehbaren ad hoc-Festlegungen wegzubringen, oder ist der Glaube an eine punktgenaue Zeitangabe vom Ende der Konsolidierung gar nicht sinnvoll? Wie kann man das Verhältnis von verhaltens- und einstellungsmäßiger Ebene der Konsolidierung genauer bestimmen? Welchen Einfluß können unterschiedliche normative Vorstellungen von der Demokratie oder Politische Kultur-Variablen im allgemeinen auf den Prozeß der demokratischen Konsolidierung haben? Wie soll man theoretisch auf Fälle von lang bestehenden Demokratien reagieren, die Schwierigkeiten hätten, selbst die prozeduralen Minimal Kriterien der Demokratie zu erfüllen (etwa Großbritannien oder Israel mit ihren fehlenden Verfassungen oder die USA, mit ihren zwar nicht formalen, aber dennoch sehr effektiven Partizipationshindernissen, die rund 50% der Wahlberechtigten selbst von der unanspruchlosesten Partizipationsform, dem Wählen, ausschließen)? Etc. All diese und viele andere Fragen scheinen umso drängender, als einige wichtige Theoretiker auf diesem Gebiet die Sinnhaftigkeit des Konsolidierungskonzeptes per se anzuzweifeln beginnen (vgl. O'Donnell 1996, Przeworski et.al 1996).

5. Anhang: Definitionen des Konzepts demokratischer Konsolidierung (und Transition)

Baloyra, Enrique: »By a process of *democratic transition* I mean, (1) a process of political change, (2) initiated by a deterioration of an authoritarian regime, (3) involving intense political conflict (4) among actors competing (5) to implement policies grounded on different, even mutually exclusive, conceptions of the government, the regime, and the state; (6) this conflict is resolved by the breakdown of that regime leading to (7) the installation of a government committed to the inauguration of a democratic regime and/or (8) the installation of a popularly elected government committed to the inauguration of a democratic regime.« (10)

Burton, Michael/Richard Gunther/John Higley: »As we define it, a *consolidated democracy* is a regime that meets all the procedural criteria of democracy and also in which all politically significant groups accept established political institutions and adhere to democratic rules of the game.« (1992a, 3)

»Analytically, consolidated democracies can be thought of as encompassing specific elite and mass features. First, all important elite groups and factions share a consensus about rules and codes of political conduct and the worth of political institutions, and they are unified structurally by extensive formal and informal networks that enable them to influence decision making and thereby defend and promote their factional interests peacefully. Second, there is extensive mass participation in the elections and other institutional processes that constitute procedural democracy. No segments of the mass population are arbitrarily excluded or prevented from mobilizing to express discontents, and recourse to various corrupt practices that distort mass participation is minimal. As we shall argue, these elite and mass features of consolidated democracies make them stable and resilient in the face of severe challenges, with good prospects for long-term survival.« (ebd., 4)

Diamond, Larry: »Consolidation is the process by which democracy becomes so broadly and profoundly legitimate among its citizens that it is very unlikely to break down. It involves behavioral and institutional changes that normalize democratic politics and narrow uncertainty. This normalization requires the expansion of citizen access, development of democratic citizenship and culture, broadening of leadership recruitment and training, and other functions that civil society performs. But most of all, and most urgently, it requires political institutionalization.« (1994, 15)

»Democratic deepening involves the quality, depth, and authenticity of democracy in its various dimensions: political competition becomes fairer, freer, more vigorous and extensive; participation and representation broader, more autonomous, and inclusive; civil liberties more comprehensively and rigorously protected; accountability more systematic and transparent. In most recently established and all crisis-ridden democracies in Latin America, deepening is essential for generating the broad, intrinsic political legitimacy that is the sine qua non of consolidation.« (1995b)

Di Palma, Giuseppe: »Since the democratic game is an open and open-ended one that expects nothing of its players beyond their readiness to play, setting up and consolidating democracy (the two processes, we will see, are not much different) refers to crafting the rules of competition so as to attract players, many of whom may be unconvinced by the game of (sic!) even opposed to it. More precisely, it refers to crafting those rules so as to remove or render inoperative for the foreseeable future the temptation of essential players, most obviously but not exclusively those who had reservations to begin with, to boycott the game.« (1990a, 35)

»In sum, crafting (in the sense described above) logically precedes institutionalization. If successful, we may well claim consolidation well before institutionalization is advanced. If unsuccessful, then the longer process of institutionalization is itself stalemated.« (ebd., 38)

»[I]n any case the process (of consolidation; Anm. des Autors) is logically part and parcel of the first phase of democratization. [...] [W]e can look at consolidation as the logical conclusion

of the transition phase. It stands to reason that the transition phase should not be considered over when the first democratic elections take place, or when a constitutional assembly gathers, but when competition is no longer an issue.« (ebd., 39)

Ethier, Diane: »It (democratic consolidation, Anm. des Autors) designates the alleviation of conflicts of interest or a convergence of interests (of individuals or groups), represented by more civilized forms of competition and the emergence of different forms of collaboration (solidarity) between the members of society.« (1990, 14)

Gunther, Richard/Hans-Jürgen Puhle/P. Nikiforos Diamandouros: »Regime transition entails the creation of the basic political institutions of a new democratic system and the drafting of new rules for regulating the political behavior of citizens, organizations, and governing elites. Democratic consolidation [...] involves the legitimation of those institutions and the widespread internalization of the new democratic regime's basic behavioral norms. It is important to note that transition and consolidation are conceptually distinct but that, in reality, they may overlap or even coincide.« (»Preface« in Gunther/Diamandouros/Puhle 1995, xii)

»Transition begins with the breakdown of the former authoritarian regime and ends with the establishment of a relatively stable configuration of political institutions within a democratic regime. Consolidation [...] refers to the achievement of substantial attitudinal support for and behavioral compliance with the new democratic institutions and the rules of the game which they establish. In most cases, the consolidation of democracy requires more time than the transition process [...]; consolidation is much more complex, and it involves a much larger number of actors in a wider array of political arenas. The outcomes of these processes are also distinct: transition results in the creation of a new regime; consolidation results in the stability and persistence of that regime, even in the face of severe challenges. The endpoints of the two processes may differ in another way as well. Transition may culminate in a new regime, but that regime may not even be fully democratic; democratic consolidation, as we define it, requires full conformity with all the criteria inherent in a demanding, multifaceted procedural definition of democracy.« (1995, 3)

Kaase, Max: »The final phase in the process of regime change is consolidation. There are various meanings to the term, but it seems plausible to think of it as the phase that follows the establishment of the pact and its institutional democratic corollaries, in sum: the routinization of the newly acquired constitutional and institutional structure, the codification of civil rights and the operation of democratic rules of the game for interest aggregation, representation, and political decision-making [...]. One need not dwell on the problem of whether there should also be specified a point at which consolidation gives way to democratic stability, but experiences from the past indicate that a peaceful government change by public vote could mark such a break-even point« (1994, 235)

Liebert, Ulrike: »During this stage (after transition; Anm. des Autors) there are three aspects of the contribution of parliament to the consolidation of a new democratic regime:

1. The integration of the political and social forces of the country – those of the ancient regime as well as the newly emerging ones, and, in particular, the (potential or actual) anti-system oppositions.
2. The stabilization of peaceful conflict regulation among the main political actors as a condition of decision-making capacity and governability of the new regime.
3. The building of support among mass publics.« (1990a, 15)

»It is not the third, the legitimation function, which makes parliament a ›central‹ site in the process of democratic consolidation, but primarily the first of these functions – the integration of the extreme left and right and, indirectly or directly, of the economic power groups, and the accommodation of political and social conflict among them. By exercising both parliament contributes to regime consolidation.« (ebd., 17)

»With respect to these functions of integration and conflict resolution, parliament may not easily be replaced by other institutions, especially if party organizations are weak, party systems not yet consolidated and polarized, and charismatic leadership is lacking.« (ebd., 18)

Linz, Juan J.: »At what point does this transition period, strictly defined, end? Again, the choice is to some extent arbitrary, but there is little doubt that the successful realization of a free election, the convening of a new parliament on whose confidence the government depends, or the installation of a new president in office, would be such a moment.« (1990, 157)

»This author will argue for a minimalist conception of a consolidated democratic regime, that is, one in which none of the major political actors, parties, or organized interests, forces, or institutions consider that there is any alternative to democratic processes to gain power, and that no political institution or group has a claim to veto the action of democratically elected decision makers. This does not mean that there are no minorities ready to challenge and question the legitimacy of the democratic process by nondemocratic means. It means, however, that the major actors do not turn to them and that they remain politically isolated. To put it simply, democracy must be seen as the ›only game in town‹.« (ebd., 158)

Linz, Juan J./Alfred Stepan/Richard Gunther: »Regardless of when and how a democratic transition begins, we can say that it has been successfully completed when the following criteria are met: a government comes to power that is the direct result of a free and popular vote; this government has full authority to generate new policies; and the executive, legislative, and judicial power generated by the new democracy does not have to share power with other bodies de jure.« (1995, 78)

»Democratic consolidation, in our view, involves three distinct dimensions:

- Structural: This overlaps somewhat with our definition of democracy. It posits that no significant reserve domains of power should exist that preclude important public policies

from being determined by the laws, procedures, and institutions that have been sanctioned by the new democratic process.

- Attitudinal: When a strong majority of public opinion acknowledges that the regime's democratic procedures and institutions are appropriate and legitimate, and where support for antisystem alternatives is quite low or isolated from the prodemocratic forces.
- Behavioral: When no significant national, social, economic, political, or institutional actor spends significant resources attempting to achieve its objectives by challenging the regime's institutions or rules with appeals for a military coup or revolutionary activities, and when the pro-democratic forces abide by its rules and do not engage in semiloyal politics.« (ebd., 79)⁸¹

»The following political, economic, legal, social, and economic objectives must be achieved in order for a regime to be regarded as a consolidated democracy:

1. the organizational and associational life of civil society – protected by law and with some base in the economy – must have a reasonably high degree of autonomy;
2. the specific procedures and institutions of political society (parties, electoral systems, legislatures, etc.) must be valued in themselves, and have a sufficient degree of autonomy to function adequately;
3. the institutions of democracy, individual rights, and the rights of minorities must be embedded in – and guided and protected by – constitutionalism and the rule of law;
4. the state bureaucracies whose task it is to implement the laws, procedures, and policies decided upon by political society must operate within the confines of democratic mandates, constitutionalism, and professional norms; and the vast majority of the bureaucracy, both civil and military, must respect the authority of any democratically elected government; and
5. there should be a certain degree of market autonomy and ownership diversity (government regulation of economic relations and mixed patterns of public and private ownership notwithstanding), so that sufficient pluralism can exist to permit the autonomous group activity necessary for a modern democracy.« (ebd., 83f)

⁸¹ Eine alternative Formulierung dieser drei Prinzipien findet sich in Linz/Stepan (1996a,16), wo die strukturelle Dimension durch eine konstitutionelle ersetzt wird. Die Namensgebung dieser Dimension sowie ihre inhaltliche Überlappung mit der verhaltensmäßigen Dimension machen diese Formulierung jedoch weniger überzeugend: »Our working definition of a consolidated democracy is then as follows: *Behaviorally*, a democratic regime in a territory is consolidated when no significant national, social, economic, political, or institutional actors spend significant resources attempting to achieve their objectives by creating a nondemocratic regime or by seceding from the state. *Attitudinally*, a democratic regime is consolidated when a strong majority of public opinion, even in the midst of major economic problems and deep dissatisfaction with incumbents, holds the belief that democratic procedures and institutions are the most appropriate way to govern collective life, and when support for antisystem alternatives is quite small or more-or-less isolated from prodemocratic forces. *Constitutionally*, a democratic regime is consolidated when governmental and non-governmental forces alike become subject to, and habituated to, the resolution of conflict within the bounds of the specific laws, procedures and institutions sanctioned by the new democratic process.«

Mainwaring, Scott/Guillermo O'Donnell/J. Samuel Valenzuela: »The first transition begins with the initial stirrings of crisis under authoritarian rule that generate some form of political opening and greater respect for basic civil rights, and it ends with the establishment of a government elected in an open and competitive contest, with universal adult franchise and effective guarantees for the respect of traditional democratic rights and liberties. [...] The articles in this book contain repeated references and analyses of the varied modalities and complex processes related to the first transition, but their primary concern is with the second one. This transition begins with the inauguration of a democratic government and ends – if all goes well – with the establishment of a consolidated democratic regime.« (1992, 2)

»The dividing line between these two transitions is not always easy to identify precisely. [...] In such ambiguous situations, the second transition may be said to have begun as long as the new authorities respect all human and democratic rights of citizenship, commit themselves to an electoral process which local oppositions view as fair, and govern following constitutional procedures that correspond to the broad outlines of democratic practice.« (ebd., 2f)

»It is similarly not easy to establish when the second phase, that of democratic consolidation, reaches closure. And yet a notable characteristic distinguishes transitional democracies from consolidated ones: while in the latter all major political actors take for granted the fact that democratic procedures dictate government renewal, the elected governments of transitional democracies operate in a political environment in which democratic continuity is still uncertain. [...] Consequently. It is impossible to hinge the closure of the second phase on a specific event or formula (such as the second transfer of power from one elected government to another).« (ebd., 3)

»Despite the many ways that the first transition impinges on the second one [...] the issues and problems of each phase differ. The literature on the first transition focuses on the development of social and political oppositions to the authoritarian regime, the emergence of splits between hard-liners and soft-liners within the circles of power, the ultimately unsuccessful attempts by authoritarian rulers to legitimize their rule by liberalizing rather than democratizing, the formation of coalitions pressing for democratic change between different and sometimes formerly divided political and social forces, the reactivation of social and political life that results from the waning of the repressiveness of authoritarian rule, and so on. This literature stresses the difficulty and reversibility of democratization, but its main focus is on the process of termination of authoritarian rule.

Writings on the second transition must still focus on the possible reversibility of democratization, but other problems having to do with the construction of democratic institutions are added to the agenda. The following are some of the questions raised: Does the lifting of authoritarian repression allow for the resurfacing of old and intractable problems and conflicts that may have led to democratic crisis in the past? To what extent have the political and other leaders learnt from past mistakes that led to crisis situations and to authoritarian rule? Do the authoritarian regime's political figures and other actors retain important positions of power and do they have disloyal attitudes towards the new regime? Is the military subordinate to elected governments? What kind of alliances and new cleavages emerge in the

course of creating or recreating democratic procedures? Is civil society adequately connected through political parties and other channels of representation to the evolving political debates? Are the political institutions adequate to ensure inclusiveness and stability? How able and honest are the new democratic political leaders? What are the effects of economic success, stagnation, or recession – whichever the case may be – on the legitimation of the new governmental institutions? To what extent does such legitimation depend on adequate policy performance by the democratic government? How far can the new authorities press for redistribution and other social measures where there is a legacy of gross neglect of the poor by authoritarian regimes? Can, in sum, fully democratic and long sustainable political institutions emerge and can these offer the possibility of successfully addressing economic and social problems?« (ebd., 4f)

Morlino, Leonardo: »*Transition*, used here in the strict sense, refers to that fluid and confused period when new democratic structures are about to emerge, while some characteristic structures of the old regime continue to exist. Sometimes this phase is concentrated in a few rapid events, such as those that typify a coup d'état. *Installation* is characterized by the formation of new institutions and procedures, as well as by the presence of all other features intrinsic to a democratic regime as outlined above.« (Morlino 1994, 573f)

»To sum up, democratic consolidation is the process of establishing and adapting democratic structures and norms that come to be accepted as legitimate by the civil society, in part or in full. Let me add that this is a variegated and composite process which unfolds in various directions and ends by strengthening those institutions and norms so as to ensure their persistence.« (ebd., 574f)

»Consolidation can occur at the following levels: (a) democratic structures and procedures; (b) relationships between the structures or rather, the various powers, as laid down in the countries' legal systems; (c) parties and the party system; (d) interest structures (e) relationships between intermediation structures and civil society; (f) relationships between intermediation structures and the regime.« (ebd., 575)

»The process of consolidation is successfully concluded when a period of persistence, which can be more or less stable according to the degree of consolidation achieved, is initiated. [...] Let me add that the process begins as soon as the building or installation of democratic structures has been accomplished in the various sectors. As to the end of the process, this is indefinable. Suffice it to say that a clear end does not exist for two good reasons. First, successful consolidation flows into stable persistence; second, the various aspects of consolidation have different durations.« (ebd., 577)

»[C]onsolidation is more or less successfully accomplished when the passage of time no longer has an evident effect on established practices and tested structures and norms. This seems to occur, as far as the cases under consideration are concerned, in the medium term, that is, about 10 or 12 years after installation.« (ebd., 578)

»By democratic consolidation, I mean the multifaceted process of adaptation and establishment of the democratic structures, norms, and regime-civil society relationships so that the

democratic regime gains persistence and capability to overcome possible challenges. In other words, this term implies the strengthening of the democratic regime to avert possible future crises.« (1995, 472, Fn. 6)

Munck, Gerardo L: »If the concept of transition allows us to distinguish among questions pertaining to the functioning and the change of a political regime, the broadest distinction possible in regime analysis, the concept of consolidation is probably the next most fundamental concept. The concept of consolidation is concerned with the process whereby the new institutional forms whose installation mark the end of the process of transition becomes institutionalized, that is, the process whereby newly designed institutional rules become increasingly accepted by all major actors, to the point that these actors strategize and advance their demands solely within the framework of these institutional rules.« (1995, 6)

»In other words, while the concept of transition highlights the formal dimension of the concept of regime, the concept of consolidation stresses the behavioral dimension of the concept of regime.« (ebd., 20, Fn. 31)

»The concept of *transition*, defined as ›the interval between one political regime and another‹ during which ›the rules of the political game are not defined‹ (O'Donnell and Schmitter, 1986:6), along with the concept of *consolidation*, defined, by way of contrast, as the period which opens when a set of rules have been defined and which closes when these rules cease to be operative, introduces a first and fundamental distinction, by differentiating between processes in which the very emergence of rules is at stake from those in which such rules are taken for granted. This broad distinction is useful, as shown by the way the concept of consolidation delimits a process that hinges entirely on one analytical issue, the acceptance or rejection of these established rules by actors. Indeed, this distinction is at the basis of the common reference to the discreteness of the issues of transition as opposed to those consolidation [sic!], or of the peculiarity of the problems of regime change in counterposition to those of regime functioning« (1996, 6f).

Nohlen, Dieter: »In der Regel wird Transition deckungsgleich mit politischer Demokratisierung verstanden, wobei als Endpunkte die ersten freien Wahlen bzw. die erste frei gewählte Regierung, die Verabschiedung einer neuen Verfassung oder auch der erste Machtwechsel aufgrund von freien Wahlen gelten können. Die Konsolidierung der Demokratie bezieht sich auf die Herstellung jener politischen, wirtschaftlichen, sozialen und sozio-kulturellen Bedingungen, die den Bestand der Demokratie höchstwahrscheinlich machen.« (1988, 5f)

»Hinsichtlich des Begriffs der Konsolidierung bzw. des Zeitpunkts, von dem ab sie als konkret für ein Land unterstellt werden kann, wurde als Definition der Konsens aller signifikanten gesellschaftlichen Gruppen in bezug auf die Präferenz für die Demokratie vorgeschlagen. Dieser Definitionsversuch ist logisch stringent. Darüberhinaus aber zielt er primär auf die Werteebene und sieht Konsolidierung als (statischen) Zustand. Als empirienäher und operationaler erscheint uns dagegen eine Definition, die Konsolidierung als Prozeß versteht, auf die Akteurs- und auf die Systemebene Bezug nimmt und Versuche, die demokratische

Institutionenordnung umzustößen [...], in ihrer Funktion für die Entwicklung der Demokratie mitbedenkt. Putschversuche sind funktional ambivalent. Sie signalisieren politische Instabilität, können aber auch eine die Demokratie festigende Wirkung haben. Die Konsolidierung der Demokratie gewinnt hinzu, wenn es gesellschaftlichen Gruppen nicht gelingt, sich gegen die demokratische Ordnung durchzusetzen.« (Nohlen/Thibaut 1994, 200f)

O'Donnell, Guillermo: »It is useful to conceptualize the processes of democratization as actually implying two transitions. The first is the transition from the previous authoritarian regime to the installation of a democratic government. The second transition is from this government to the consolidation of democracy or, in other words, to the effective functioning of a *democratic regime*.« (1992, 18)

»By this (democratic consolidation; Anm. des Autors) I mean the emergence of regularized and predictable practices which are generally and habitually respected, which are embodied in public organizations capable of processing the demands of politically active sectors of society with little or no disruption or violence, and which are in line with the rules of the competitive game which prohibit suppressing that competitiveness.« (ebd., 45f)

»I understand a consolidated democracy or a democratic regime as one: (1) where there is political democracy (or polyarchy, to recall the definition of Robert Dahl) in which democratic actors no longer have as one of their central concerns the avoidance of a (sudden or slow) authoritarian regression, and consequently do not subordinate their decisions (and omissions) to such a concern; (2) where social and political actors who control significant power resources (even if they may not all be strictly democratic) habitually subject their interrelations to the institutions specific to political democracy by means of practices compatible with the reproduction of these institutions – institutions which, whether they like it or not, these actors calculate will last indefinitely; (3) where the habitual nature of these practices and the strengthening of these institutions (which succeed in establishing themselves as important, though not exclusive, loci of national power) sustain the ›procedural consensus‹ [...], and promote the uncertain nature of outcomes of fair and competitive elections; (4) where this set of political relationships is increasingly consistent with the extension of similarly democratic (or at least non-despotic and non-archaic) relations into other spheres of social life; (5) where rulers and officialdom subject themselves to the distinction between the public and the private and there exist reasonably effective mechanisms to sanction anti-republican actions on their part.« (ebd., 48f)

O'Donnell, Guillermo/Philippe C. Schmitter: »What we refer to as the ›transition‹ is the interval between one political regime and another. [...] Transitions are delimited, on the one side, by the launching of the process of dissolution of an authoritarian regime and, on the other, by the installation of some form of democracy, the return to some form of authoritarian rule, or the emergence of a revolutionary alternative. It is characteristic of the transition that during it the rules of the political game are not defined. Not only are they in constant flux, but they are usually arduously contested; actors struggle not just to satisfy their immediate interests and/or

the interests of those whom they purport to represent, but also to define rules and procedures whose configuration will determine likely winners and losers in the future. Indeed, those emergent rules will largely define which resources can legitimately be expended in the political arena and which actors will be permitted to enter it.« (1986, 6)

Pridham, Geoffrey: »In general terms, the transition process runs from the point at which the previous authoritarian system begins to be dismantled, through the constituent phase of the new democracy to its inauguration and early operation.« (1994, 16)

»As the end-point of transition, a minimalist definition would be that this is reached when a new constitution has been proclaimed and inaugurated. [...] Clearly, the new constitution is integral to a transition period, for the degree of consensus behind it offers an element of stability in the future politics of the democratic system. For this reason, there is preference here for including in the transition period the start-up of constitutionally elected government – in effect, the first couple of years following the proclamation of the constitution.« (ebd., 22)

»Democratic consolidation is a process that diminishes the probability of reversal of democratization. In essence, basic political structures and procedures established during transition become institutionalized, ›internalized‹, and eventually legitimated. [...] An initial distinction may be made between ›negative consolidation‹, involving the effective removal of the prospects for nondemocratic system alternatives, and ›positive consolidation‹, whereby the democratic system becomes operationally settled and gains credibility. [...] Negative consolidation includes the solution of any problems remaining from the transition process and, in general, the containment or reduction, if not removal, of any serious challenges to democratization. The latter usually take the form of groups or individuals characterized as antisystem. [...] Positive consolidation places more emphasis on attitudinal patterns, and it refers especially to wider or deeper levels of the overall process. It includes the inculcation of democratic values at both elite and mass levels, and, therefore, it involves some remaking of the political culture in a direction that is system-supportive for a new democracy.« (1995, 168f)

Pridham, Geoffrey/Tatu Vanhanen: »By ›democratic transition‹ we refer to a stage of regime change commencing at the point when the previous totalitarian/authoritarian system begins to collapse, leading to the situation when, with a new constitution in place, the democratic structures become routinized and the political elites adjust their behaviour to liberal democratic norms. [...] In comparison, ›democratic consolidation‹ is usually a lengthier process, but also one with wider and possibly deeper effects. It involves in the first instance the gradual removal of the uncertainties that invariably surround transition and then the full institutionalization of the new democracy, the internalization of its rules and procedures and the dissemination of democratic values.« (1994, 2)

Przeworski, Adam: »Democracy is consolidated when under given political and economic conditions a particular system of institutions becomes the only game in town, when no one can imagine acting outside the democratic institutions, when all the losers want to do is to try

again within the same institutions under which they have just lost. Democracy is consolidated when it becomes self-enforcing, that is, when all the relevant political forces find it best to continue to submit their interests and values to the uncertain interplay of the institutions. [...] To put it somewhat more technically, democracy is consolidated when compliance – acting within the institutional framework – constitutes the equilibrium of the decentralized strategies of all the relevant political forces.« (1991, 25)

»Democracy is consolidated when most conflicts are processed through democratic institutions, when nobody can control the outcomes ex post and the results are not predetermined ex ante, they matter within some predictable limits, and they invoke the compliance of the relevant political forces.« (ebd., 51)

Schmitter, Philippe C.⁸² »Consolidation involves the process of converting patterns into structures, of endowing what are initially fortuitous interactions, episodic arrangements, ad hoc solutions, temporary pacts, etc. with sufficient autonomy and valued that they stand some chance of persisting. Actors respond by adjusting their expectations to this likelihood and come to regard the rules and resources of these emergent structures as given, if not desirable. Democratic consolidation means that the predominant rules will be competition for the formation of governments and contingency in the mobilization of consent, and that the predominant (but, I stress, not exclusive) resource will be that of citizenship. At the procedural minimum, this involves civic rights of contestation and association, secret ballots, universal suffrage and ›the rule of law‹; at the structural minimum, it involves the existence of regular elections, multiple political parties, associational recognition and access and an accountable executive.« (1988, 38f)

»DC (Democratic consolidation; Anm. des Autors) is over when the rules and resources of basic democratic institutions are sufficiently entrenched – sufficiently protected by their own and other vested interests and sufficiently endowed with symbolic significance and normative approval – that they can withstand foreseeable changes in their environments.« (ebd., 24)

»I suggest that DC can be considered over when the basic democratic institutions of parties, associations, parliament and the executive have acquired a stable external status and regulated their internal structures.« (ebd., 25)

»Consolidation could be defined as the process of transforming the accidental arrangements, prudential norms, and contingent solutions that have emerged during the transition into relations of cooperation and competition that are reliably known, regularly practiced, and voluntarily accepted by those persons or collectivities (i.e., politicians and citizens) that participate in democratic governance.« (1992, 424; kursiv im Original)

»The core of the consolidation dilemma lies in coming up with a set of institutions that politicians can agree on and that citizens are willing to support.« (ebd., 425; kursiv im Original)

⁸² Die Auswahl der Definitionen bei Philippe Schmitter war nicht einfach, da er in verschiedenen Quellen oftmals unterschiedlich formulierte Definitionen liefert. Es wurden jedoch mehrere Definitionen hier inkludiert, damit sich der Leser ein Bild von möglichen Widersprüchen oder Veränderungen über die Zeit machen kann.

»[I]t is not democracy as such that is consolidated in the aftermath of the demise of an authoritarian regime. Rather, it is a bundle of diverse institutions or ›partial regimes‹ that link citizens to public authorities, thereby rendering these authorities accountable.« (1995, 285)

»Democratic consolidation is a process that involves the structuration of several partial regimes (clientelist, concertation, electoral, pressure and representation regime; Anm. des Autors), each linking different institutions and their respective publics, clients, members, or voters.« (1995, 287)

Sørensen, Georg: »If the transition to democracy begins with the realization of the authoritarian rulers that they must leave office, then this phase ends with the installation, based on free elections, of a new government. But the process does not end there. The new regime will often be a restricted democracy, more democratic than the previous one but not yet fully democratic. Several phases of ›democratic deepening‹ may be necessary before this latter stage is reached. And then the regime still has to be consolidated, which is said to occur when democracy is seen by all major political actors as ›the only game in town‹. There is often considerable overlap between these phases.« (1993, 40)

»The final phase of consolidation is the process whereby democratic institutions and practices become ingrained in the political culture. Not only political leaders but the vast majority of political actors and of the population come to see democratic practices as part of the right and natural order of things.« (1993, 46)

Valenzuela, J. Samuel: »[A] democracy is consolidated when elections following procedures devoid of egregious and deliberate distortions designed to underrepresent systematically a certain segment of opinion are perceived by all significant political forces to be unambiguously the only means to create governments well into the foreseeable future, and when the latter are not subjected to tutelary oversight or constrained by the presence of reserved domains of state policy formation.« (1992, 69)

»Once the first transition has been accomplished, the process of reaching democratic consolidation consists of eliminating the institutions, procedures, and expectations that are incompatible with the minimal workings of a democratic regime, thereby permitting the beneficent ones that are created or recreated with the transition to a democratic government to develop further. It reaches closure [...] when the authority of fairly elected government and legislative officials is properly established (i.e., not limited as noted) and when major political actors as well as the public at large expect the democratic regime to last well into the foreseeable future.« (1992, 70)

Whitehead, Laurence: »If the transition phase is not aborted, it may pave way for a process of democratic consolidation. The hallmark of this process will be that many uncertainties of the transition period are progressively diminished as the new assumptions and procedures become better known and understood and more widely accepted. The new regime becomes institutionalized, its framework of open and competitive political expression becomes

internalized, and thus in large measure the preceding uncertainties and insecurities are overcome. It is unlikely that such a process can ever by (sic!) fully accomplished in less than a generation.« (1989, 79)

Literaturverzeichnis

- Ágh, Attila (1994a) (Hg.): *The Emergence of East Central European Parliaments: The First Steps*. Budapest: Hungarian Centre of Democracy Studies Foundation.
- Ágh, Attila (1994b): The Europeanization of ECE Politics and Emergence of the New Democratic Parliaments. In: Attila Ágh (Hg.): *The Emergence of East Central European Parliaments: The First Steps*. Budapest: Hungarian Centre of Democracy Studies Foundation.
- Ágh, Attila (1994c): The Social and Political Actors of Democratic Transition. In: Attila Ágh (Hg.): *The Emergence of East Central European Parliaments: The First Steps*. Budapest: Hungarian Centre of Democracy Studies Foundation.
- Ágh, Attila (1994d): The Premature Senility of the Young Democracies: The Central European Experience. In: Dieter Segert (Hg.): *Konfliktregulierung durch Parteien und politische Stabilität in Ostmitteleuropa. Band 2 der Berliner Schriften zur Demokratieforschung*. Frankfurt am Main u.a.: Lang.
- Ágh, Attila (1994e): Basic Democratic Values and Political realities in East Central Europe. In: *Society and Economy in Central and eastern Europe*, 17 Jg., Nr. 1, 75–94.
- Ágh, Attila (1994f): From Nomenclatura to Klientura: The Emergence of New Political Elites in East Central Europe. In: Geoffrey Pridham/Paul Lewis (Hg.): *Rooting Fragile Democracies: Comparing New Party Systems in Southern and Eastern Europe*. London, New York: Routledge.
- Ágh, Attila (1995a): The Legislative Activity of the First Parliament. In: Attila Ágh/Sándor Kurtán (Hg.): *Democratization and Europeanization in Hungary: The First Parliament (1990–1994)*. Budapest: Hungarian Centre for Democracy Studies.
- Ágh, Attila (1995b): The Role of the First Parliament in Democratic Transition. In: Attila Ágh/Sándor Kurtán (Hg.): *Democratization and Europeanization in Hungary: The First Parliament (1990–1994)*. Budapest: Hungarian Centre for Democracy Studies.
- Ágh, Attila (1995c): Partial Consolidation of the East-Central European Parties: The Case of the Hungarian Socialist Party. In: *Party Politics*, 1 Jg., Nr. 4, 491–514.
- Ágh, Attila /Sándor Kurtán (Hg.) (1995): *Democratization and Europeanization in Hungary: The First Parliament (1990–1994)*. Budapest: Hungarian Centre for Democracy Studies.

Almond, Gabriel A./Laura Roselle (1993): Model Fitting in Communism Studies. In: Frederic J. Flernon Jr./Erik P. Hoffmann (Hg.): *Post-Communist Studies and Political Science. Methodology and Empirical Theory in Sovietology*. Boulder, San Francisco, Oxford: Westview Press.

Almond; Gabriel A./Sidney Verba (Hg.) (1963): *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton: Princeton University Press.

Almond; Gabriel A./Sidney Verba (Hg.) (1980): *The Civic Culture Revisited*. Boston: Little, Brown.

Baloyra, Enrique (1987): Democratic Transition in Comparative Perspective. In: Enrique A. Baloyra (Hg.): *Comparing New Democracies. Transition and Consolidation in Mediterranean Europe and the Southern Cone*, Boulder/London: Westview Press.

Beetham, David (1994) (Hg.): *Defining and Measuring Democracy*. London: Chatham House.

Berglund, Sten/Jan Åke Dellenbrant (1994) (Hg.): *The New Democracies in Eastern Europe: Party Systems and Political Cleavages*. 2. Auflage. Brookfield, Aldershot: Edward Elgar Publishing.

Bermeo, Nancy. (1990). Rethinking Regime Change. In: *Comparative Politics*, 22 Jg., Nr. 3, 359–377.

Bernhard, Michael (1993): Civil Society and Democratic Transition in East Central Europe. In: *Political Science Quarterly*, 108 Jg., Nr. 2, 307–326.

von Beyme, Klaus (1994). *Systemwechsel in Osteuropa*. Frankfurt: Suhrkamp.

von Beyme, Klaus/Dieter Nohlen (1991): Systemwechsel. In: Dieter Nohlen (Hg.): *Wörterbuch Staat und Politik*. München, Zürich: Piper.

Bos, Ellen (1994): Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transitionsprozessen. In: Wolfgang Merkel (Hg.): *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen*. Opladen: Leske + Budrich.

Bruszt, László/David Stark (1992): Remaking the Political Field in Hungary: From the Politics of Confrontation to the Politics of Competition. Ivo Banac (Hg.): *Eastern Europe in Revolution*. Ithaca, London: Cornell University Press.

- Bunce, Valerie (1995a): Comparing East and South. In: *Journal of Democracy*, 6 Jg., Nr. 3, 87–100.
- Bunce, Valerie (1995b): Should Transitologists Be Grounded? In: *Slavic Review*, 54 Jg., Nr. 1, 111–127.
- Bunce, Valerie/Mária Csanádi (1992): A Systematic Analysis of a Non-System: Post-Communism in Eastern Europe. In: György Szoboszlai (Hg.): *Flying Blind. Emerging Democracies in East-Central Europe*. Budapest: Hungarian Political Science Association.
- Burton, Michael G./John Higley (1987): Elite Settlements. In: *American Sociological Review*, 52 Jg., Nr. 2, 297–307.
- Burton, Michael/Richard Gunther/John Higley (1992a): Introduction: Elite Transformations and Democratic Regimes. In: John Higley/Richard Gunther (Hg.): *Elites and Democratic Consolidation in Latin America and Southern Europe*. New York: Cambridge University Press.
- Burton, Michael/Richard Gunther/John Higley (1992b): Elites and Democratic Consolidation in Latin America and Southern Europe: An Overview. In: John Higley/Richard Gunther (Hg.): *Elites and Democratic Consolidation in Latin America and Southern Europe*. New York: Cambridge University Press.
- Cammack, Paul (1990): A Critical Assessment of the New Elite Paradigm. In: *American Sociological Review* 55 Jg., Nr. 3, 415–420.
- Chinn, Jeff/Lise A. Truex (1996): The Question of Citizenship in the Baltics. In: *Journal of Democracy*, 7 Jg., Nr. 1, 133–148.
- Collier, David/Steven Levitsky (1995): Democracy ›With Adjectives‹: Finding Conceptual Order in Recent Comparative Research. University of California, Berkeley: Department of Political Science, typescript.
- Collier, David/James E. Mahon (1993): Conceptual ›Stretching‹ Revisited: Adapting Categories in Comparative Analysis. In: *American Political Science Review*, 87 Jg., Nr. 3, 845–855.
- Colomer, Josep M. (1991): Transitions by Agreement: Modeling the Spanish Way. In: *American Political Science Review*, 85 Jg., Nr. 4, 1283–1302.
- Colomer, Josep M. (1995a): Strategies and Outcomes in Eastern Europe. In: *Journal of Democracy*, 6 Jg., Nr. 2, 74–85.

- Colomer, Josep M. (1995b): *Game Theory and the Transition to Democracy: The Spanish Model*. Aldershot, Hants: Edward Elgar.
- Comisso, Ellen (1995): Legacies of the Past or New Institutions? The Struggle Over Restitution in Hungary. In: *Comparative Political Studies*, 28 Jg., Nr. 2, 200–238.
- Cotta, Maurizio (1992): Elite Unification and Democratic Consolidation in Italy: An Overview. In: John Higley/Richard Gunther (Hg.): *Elites and Democratic Consolidation in Latin America and Southern Europe*. New York: Cambridge University Press.
- Cotta, Maurizio (1994): Building Party Systems After the Dictatorship: the East European Cases in a Comparative Perspective. In: Geoffrey Pridham/Tatu Vanhanen (Hg.): *Democratization in Eastern Europe. Domestic and International Perspectives*. London: Routledge.
- Crawford, Beverly/Arend Lijphart (1995): Explaining Political and Economic Change in Post-Communist Eastern Europe. In: *Comparative Political Studies*, 28 Jg., Nr. 2, 171–199.
- Dahl, Robert (1971): *Polyarchy: Participation and Opposition*. New Haven, London: Yale University Press.
- Desfor Edles, Laura (1995): Rethinking Democratic Transition: A Culturalist Critique and the Spanish Case. In: *Theory and Society*, 24 Jg., Nr. 3, 355–384.
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) (1994): *Bericht über die menschliche Entwicklung 1994*, Bonn.
- Diamond, Larry (1990): Three Paradoxes of Democracy. In: *Journal of Democracy*, 1 Jg., Nr. 3, 48–60.
- Diamond, Larry (1992): Economic Development and Democracy Reconsidered. In: *American Behavioral Scientist*, 35 Jg., Nr. 4/5, 450–499.
- Diamond, Larry (1993a): Introduction: Political Culture and Democracy. In: Larry Diamond (Hg.): *Political Culture and Democracy in Developing Countries*. Boulder: Lynne Rienner Publishers.
- Diamond, Larry (1993b): Causes and Effects. In: Larry Diamond (Hg.): *Political Culture and Democracy in Developing Countries*. Boulder: Lynne Rienner Publishers.

- Diamond, Larry (1994): Toward Democratic Consolidation. In: *Journal of Democracy*, 5 Jg., Nr. 3, 4–17.
- Diamond, Larry (1995a): Democracy and Economic Reform: Tensions, Compatibilities, and Strategies for Reconciliation. In: Edward P. Lazear (Hg.): *Economic Transition in Eastern Europe and Russia. Realities of Reform*. Stanford, California: Hoover Institution Press.
- Diamond, Larry (1995b): Democracy in Latin America: Degrees, Illusions, and Directions for Consolidation. In: Tom Farer (Hg.): *Beyond Sovereignty: Collectively Defending Democracy in a World of Sovereign States*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Diamond, Larry/Juan J. Linz/Seymour Martin Lipset (1995): Introduction: What Makes for Democracy? In: Larry Diamond/Juan J. Linz/Seymour Martin Lipset (Hg.): *Democracy in Developing Countries: Persistence, Failure, and Renewal*. Boulder: Lynne Rienner Publishers.
- Diamandouros, P. Nikiforos/Hans-Jürgen Puhle/Richard Gunther (1995): Conclusion. In: Richard Gunther/P. Nikiforos Diamandouros/Hans-Jürgen Puhle (Hg.): *The Politics of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective*. Baltimore, London: The Johns Hopkins University Press.
- Di Palma, Giuseppe (1990a): Parliaments, Consolidation, Institutionalization: A Minimalist View. In: Ulrike Liebert/Maurizio Cotta (Hg.): *Parliament and Democratic Consolidation in Southern Europe: Greece, Italy, Portugal, Spain, and Turkey*. London: Pinter Publishers.
- Di Palma, Giuseppe (1990b): *To Craft Democracies. An Essay on Democratic Transitions*. Berkeley: University of California Press.
- Dowding, Keith (1994): The Compatibility of Behaviouralism, Rational Choice and 'New Institutionalism'. *Journal of Theoretical Politics*, 6 Jg., Nr. 1, 105–117.
- Eberwein, Wolf-Dieter/Wil Groenen (1992): Transformation Processes: The Political Dimension. In: Wolf-Dieter Eberwein (Hg.): *Transformation Processes in Eastern Europe. Perspectives from the Modelling Laboratory*. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Edwards, Alistair (1994): Democratization and Qualified Explanation. In: Geraint Parry/Michael Moran (Hg.): *Democracy and Democratization*. London, New York: Routledge.
- Ekiert, Grzegorz (1991): Democratization Processes in East Central Europe: A Theoretical Reconsideration. In: *British Journal of Political Science*, 21 Jg., Nr. 3, 285–313.

- Ethier, Diane (1990): Introduction: Processes of Transition and Democratic Consolidation: Theoretical Indicators. In: Diane Ethier (Hg.): *Democratic Transition and Consolidation in Southern Europe, Latin America and Southeast Asia*. Houndmills: Macmillan.
- Evans, Geoffrey/Stephen Whitefield (1995): Economic Ideology and Political Success: Communist-successor Parties in the Czech Republic, Slovakia and Hungary Compared. In: *Party Politics*, 1 Jg., Nr. 4, 565–578.
- Fishman, Robert (1990): Rethinking State and Regime. Southern Europe's Transition to Democracy. In: *World Politics*, 42 Jg., Nr. 3, 422–440.
- Fleron, Frederic J. Jr./Eric P. Hoffmann (1993): Post-Communist Studies and Political Science: Peaceful Coexistence, Detente, and Entente. In: Frederic J. Fleron Jr./Eric P. Hoffmann (Hg.): *Post-Communist Studies and Political Science. Methodology and Empirical Theory in Sovietology*. Boulder, San Francisco, Oxford: Westview Press.
- Friedheim, Daniel V. (1993): Bringing Society Back into Democratic Transition Theory after 1989: Pact Making and Regime Collapse. In: *East European Politics and Societies*, 7 Jg., Nr. 3, 482–512.
- Gebethner, Stanislaw (1993): Political Parties in Poland (1989–1993). In: Gerd Meyer (Hg.): *Die politischen Kulturen Ostmitteleuropas im Umbruch*. Band 5 der Tübinger Mittel- und Osteuropastudien. Tübingen/Basel: Francke.
- Geddes, Barbara (1995): A Comparative Perspective on the Leninist Legacy in Eastern Europe. In: *Comparative Political Studies*, 28 Jg., Nr. 2, 239–274.
- Gerlich, Peter/Fritz Plasser/Peter A. Ulram (Hg.) (1992): *Regimewechsel. Demokratisierung und politische Kultur in Ost*. Wien: Böhlau.
- Goodin, Robert E. (1995): Institutions and Their Design. In: Robert E. Goodin (Hg.): *The Theory of Institutional Design*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Richard Gunther/P. Nikiforos Diamandouros/Hans-Jürgen Puhle (Hg.) (1995): *The Politics of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective*. Baltimore, London: The Johns Hopkins University Press.
- Gunther, Richard/Hans-Jürgen Puhle/P. Nikiforos Diamandouros (1995): Introduction. In: Richard Gunther/P. Nikiforos Diamandouros/Hans-Jürgen Puhle (Hg.): *The Politics of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective*. Baltimore, London: The Johns Hopkins University Press.

- Hanson, Stephen E. (1995): The Leninist Legacy and Institutional Change. In: *Comparative Political Studies*, 28 Jg., Nr. 2, 306–314.
- Havel, Václav/Václav Klaus/Petr Pithart (1996): Civil Society After Communism. Rival Visions. In: *Journal of Democracy*, 7 Jg., Nr. 1, 12–23.
- Hechter, Michael (1994): Theoretical Implications of the Demise of State Socialism. In: *Theory and Society*, 23 Jg., Nr. 2, 155–167.
- Higley, John (1992): Spain: The Very Model of the Modern Elite Settlement. In: John Higley/Richard Gunther (Hg.): *Elites and Democratic Consolidation in Latin America and Southern Europe*. New York: Cambridge University Press.
- Higley, John/Michael G. Burton (1989): The Elite Variable in Democratic Transitions and Breakdowns. In: *American Sociological Review*, 54 Jg., Nr. 1, 17–32.
- Higley, John/Richard Gunther (Hg.) (1992): *Elites and Democratic Consolidation in Latin America and Southern Europe*. New York: Cambridge University Press.
- Higley, John/Jan Pakulski (1992): Revolution and Elite Transformation in Eastern Europe. In: *Australian Journal of Political Science*, 27 Jg., Nr. 1, 104–119.
- Higley, John/Jan Pakulski (1994): Elite Transformation in Eastern Europe and Russia. Paper presented at the XVIth World Congress of the International Political Science Association, Berlin.
- Hough, Jerry F. (1993): The Logic of Collective Action and the Pattern of Revolutionary Behavior. In: Frederic J. Fluron Jr./Erik P. Hoffmann (Hg.): *Post-Communist Studies and Political Science. Methodology and Empirical Theory in Sovietology*. Boulder, San Francisco, Oxford: Westview Press.
- Huffman, Jeffrey S./Mary L. Gautier (1993): Continuity in Transitions Theory. In: Frederick D. Weil/Jeffrey S. Huffman/Mary L. Gautier (Hg.): *Democratization in Eastern and Western Europe. Volume 1 of Research on Democracy and Society*. Greenwich, London: JAI Press Inc.
- Huntington, Samuel P. (1991): *The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century*. Norman: University of Oklahoma Press.

- Ilonszki, Gabriella (1995): Institutionalization and Professionalization in the First Parliament. In: Attila Ágh/Sándor Kurtán (Hg.): *Democratization and Europeanization in Hungary: The First Parliament (1990–1994)*. Budapest: Hungarian Centre for Democracy Studies.
- Inkekeles, Alex (Hg.): *On Measuring Democracy. Its Consequences and Concomitants*. New Brunswick, NJ: Transactions Publishers.
- Ishiyama, John T. (1995): Communist Parties in Transition. Structures, Leaders, and Processes of Democratization in Eastern Europe. In: *Comparative Politics*, 27 Jg., Nr. 1, 147–166.
- Jowitt, Ken (1992a): «Moscow Centre». In: Ken Jowitt: *New World Disorder. The Leninist Extinction*. Berkeley, Los Angeles, London: University of California Press. Ursprünglich veröffentlicht in: *East European Politics and Societies*, 1 Jg. (1987), Nr. 4, 296–348.
- Jowitt, Ken (1992b): The Leninist Legacy. In: Ivo Banac (Hg.): *Eastern Europe in Revolution*. Ithaca, London: Cornell University Press. Wiederabgedruckt in: Ken Jowitt (1992): *New World Disorder. The Leninist Extinction*. Berkeley, Los Angeles, London: University of California Press.
- Jowitt, Ken (1992c): The Leninist Extinction. In: Ken Jowitt: *New World Disorder. The Leninist Extinction*. Berkeley, Los Angeles, London: University of California Press.
- Juchler, Jakob (1995): Kontinuität oder Wende? Polen seit dem Wahlsieg der »Postkommunisten«. In: *Osteuropa*, 45 Jg., Nr. 1, 65–76.
- Judge, David (1994): East Central European Parliaments: The First Steps. In: Attila Ágh (Hg.): *The Emergence of East Central European Parliaments: The First Steps*. Budapest: Hungarian Centre of Democracy Studies Foundation.
- Kaase, Max (1994): Political Culture and Political Consolidation in Central and Eastern Europe. In: Frederick D. Weil/Mary Gautier (Hg.): *Political Culture and Political Structure: Theoretical and Empirical Studies. Vol. 2 of Research on Democracy and Society*. Greenwich: JAI Press Inc.
- Karasimeonov, Georgi (1995): Parliamentary Elections of 12994 and the Development of the Bulgarian Party System. In: *Party Politics*, 1 Jg., Nr. 4, 579–587.
- Karl, Terry Lynn (1990): Dilemmas of Democratization in Latin America. In: *Comparative Politics*, 23 Jg., Nr. 1, 1–21.

- Karl, Terry Lynn/Philippe C. Schmitter (1991): Modes of Transition in Latin America, Southern and Eastern Europe. In: *International Social Science Journal*, 43 Jg., Nr. 128, 269–284.
- Katz, Richard S./Peter Mair (1995): Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party. In: *Party Politics*, 1 Jg., Nr. 1, 5–28.
- King, Gary/Robert O. Keohane/Sidney Verba (1994): *Designing Social Inquiry. Scientific Inference in Qualitative Research*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Kitschelt, Herbert (1995): Formation of Party Cleavages in Post-communist Democracies: Theoretical Propositions. In: *Party Politics*, 1 Jg., Nr. 4, 447–472.
- Koelble, Thomas A. (1995): The New Institutionalism in Political Science and Sociology. In: *Comparative Politics*, 27 Jg., Nr. 2, 231–243.
- Kollmorgen, Raj (1994): Auf der Suche nach Theorien der Transformation. Überlegungen zu Begriff und Theoretisierung der postsozialistischen Transformation. In: *Berliner Journal für Soziologie*, 4 Jg., Nr. 4, 381–399.
- Konrád, György (1985): *Antipolitik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kuran, Timur. (1991): Now Out of Never. The Element of Surprise in East European Transitions. In: *World Politics*, 44 Jg., Nr. 1, 7–48.
- Kymlicka, Will (1995): *Multicultural Citizenship. A Liberal Theory of Minority Rights*. Oxford u.a.: Clarendon Press.
- Laitin, David D. (1995): Identity in Formation: The Russian-Speaking Nationality in the Post-Soviet Diaspora. In: *Archives Européennes de Sociologie*, 36 Jg., Nr. 2, 281–316.
- Lewis, Paul G. (1990): Democratization in Eastern Europe. In: *Coexistence*, 27 Jg., Nr. 4, 247–267.
- Lewis, Paul G. (1992) (Hg.): *Democracy and Civil Society in Eastern Europe. Selected Papers from the Fourth World Congress for Soviet and East European Studies, Harrogate, 1990*. New York: St. Martin's Press.
- Lewis, Paul/Bill Lomax/Gordon Wightman (1994): The Emergence of Multi-Party Systems in East-Central Europe. A Comparative Analysis. In: Geoffrey Pridham/Tatu Vanhanen (Hg.): *Democratization in Eastern Europe. Domestic and International Perspectives*. London: Routledge.

- Lewis, Paul G./Radzislawa Gortat (1995): Models of Party Development and Questions of State Dependence in Poland. In: *Party Politics*, 1 Jg., Nr. 4, 599–608.
- Liebert, Ulrike (1990a): Parliament as a Central Site in Democratic Consolidation: A Preliminary Exploration. In: Ulrike Liebert/Maurizio Cotta (Hg.): *Parliament and Democratic Consolidation in Southern Europe: Greece, Italy, Portugal, Spain, and Turkey*. London: Pinter Publishers.
- Liebert, Ulrike (1990b): Parliaments in the Consolidation of Democracy – A Comparative Assessment of Southern European Experiences. In: Ulrike Liebert/Maurizio Cotta (Hg.): *Parliament and Democratic Consolidation in Southern Europe: Greece, Italy, Portugal, Spain, and Turkey*. London: Pinter Publishers.
- Linz, Juan J. (1975): Totalitarian and Authoritarian Regimes. In: Fred J. Greenstein/Nelson W. Polsby (Hg.): *Handbook of Political Science. Volume 3: Macropolitical Theory*. Reading, Mass.: Addison-Wesley Press.
- Linz, Juan J. (1978): *The Breakdown of Democratic Regimes. Crisis, Breakdown, & Reequilibration*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- Linz, Juan J. (1990): Transitions to Democracy. In: *The Washington Quarterly*, 13 Jg., Nr. 3, 143–164.
- Linz, Juan J. (1991): Autoritäre Regime. In: Dieter Nohlen (Hg.): *Wörterbuch Staat und Politik*. München, Zürich: Piper.
- Linz, Juan J./Alfred Stepan (1989): Political Crafting of Democratic Consolidation or Destruction: European and South American Comparisons. In: Robert A. Pastor (Hg.): *Democracy in the Americas: Stopping the Pendulum*. New York: Holmes & Meier.
- Linz, Juan J./Alfred Stepan (1996a): Toward Consolidated Democracies. In: *Journal of Democracy*, 7 Jg., Nr. 2, 14–33.
- Linz, Juan J./Alfred Stepan (1996b, im Erscheinen): *Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- Linz, Juan J./Alfred Stepan/Richard Gunther (1995): Democratic Transition and Consolidation in Southern Europe, with Reflections on Latin America and Eastern Europe. In: Richard Gunther/P. Nikiforos Diamandouros/Hans-Jürgen Puhle (Hg.): *The Politics of Democratic*

Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective. Baltimore, London: The Johns Hopkins University Press.

Linz, Juan J./Arturo Valenzuela (Hg.) (1994): *The Failure of Presidential Democracy. Comparative Perspectives.* Baltimore, London: Johns Hopkins University Press.

Lipset, Seymour Martin (1960): *Political Man: The Social Bases of Politics.* Garden City, NY: Doubleday.

Lipset, Seymour Martin/Gyorgy Bence (1994): Anticipations of the Failure of Communism. In: *Theory and Society*, 23 Jg., Nr. 2, 169–210.

Lipset, Seymour Martin/Kyoung-Ryung Seong/John Carlos Torres (1993): A Comparative Analysis of the Social Requisites of Democracy. In: *International Social Science Journal*, 45 Jg., Nr. 136, 155–175.

Lomax, Bill (1995): Impediments to Democratization in Post-communist East-Central Europe. In: Gordon Wightman (Hg.): *Party Formation in East-Central Europe. Post-communist politics in Czechoslovakia, Hungary, Poland and Bulgaria.* Aldershot: Edward Elgar.

Mainwaring, Scott (1992): Transitions to Democracy and Democratic Consolidation: Theoretical and Comparative Issues. In: Scott Mainwaring/Guillermo O'Donnell/J. Samuel Valenzuela (Hg.): *Issues in Democratic Consolidation: The New South American Democracies in Comparative Perspective.* Notre Dame: The University of Notre Dame Press.

Mainwaring, Scott /Guillermo O'Donnell/J. Samuel Valenzuela (1992): Introduction. In: Scott Mainwaring/Guillermo O'Donnell/J. Samuel Valenzuela (Hg.): *Issues in Democratic Consolidation: The New South American Democracies in Comparative Perspective.* Notre Dame: The University of Notre Dame Press.

March, James G./Johan P. Olsen (1989): *Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics.* New York: Free Press.

Marks, Gary (1992): Rational Sources of Chaos in Democratic Transitions. In: *American Behavioral Scientist*, 35 Jg., Nr. 4/5, 397–421.

Mason, James S. (1992): *Revolution in East-Central Europe: The Rise and Fall of Communism and the Cold War.* Boulder, San Francisco, Oxford: Westview Press.

McSweeney, Dean/Clive Tempest (1993): The Political Science of Democratic Transition in Eastern Europe. In: *Political Studies*, 41 Jg., Nr. 3, 408–419.

- Meaney, Constance Squires (1995): Foreign Experts, Capitalists, and Competing Agendas: Privatization in Poland, the Czech Republic, and Hungary. In: *Comparative Political Studies*, 28 Jg., Nr. 2, 275–305.
- Merkel, Wolfgang (1994a): Restriktionen und Chancen demokratischer Konsolidierung in postkommunistischen Gesellschaften. Ostmitteleuropa im Vergleich. In: *Berliner Journal für Soziologie*, 4 Jg., Nr. 4, 463–484.
- Merkel, Wolfgang (1994b): Struktur oder Akteur, System oder Handlung: Gibt es einen Königsweg in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung? In: Wolfgang Merkel (Hg.): *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen*. Opladen: Leske + Budrich.
- Morlino, Leonardo (1987): Democratic Establishments: A Dimensional Analysis. In: Enrique A. Baloyra (Hg.): *Comparing New Democracies. Transition and Consolidation in Mediterranean Europe and the Southern Cone*, Boulder/London: Westview Press.
- Morlino, Leonardo (1994): Democratic Consolidation: Definition and Models. Manuskript, Florenz. Abgedruckt in: Geoffrey Pridham (1995) (Hg.): *Transitions to Democracy. Comparative Perspectives from Southern Europe, Latin America and Eastern Europe*. Aldershot u.a.: Dartmouth.
- Morlino, Leonardo (1995): Political Parties and Democratic Consolidation in Southern Europe. In: Richard Gunther/P. Nikiforos Diamandouros/Hans-Jürgen Puhle (Hg.): *The Politics of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective*. Baltimore, London: The Johns Hopkins University Press.
- Morlino, Leonardo/José R. Montero (1995): Legitimacy and Democracy in Southern Europe. In: Richard Gunther/P. Nikiforos Diamandouros/Hans-Jürgen Puhle (Hg.): *The Politics of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective*. Baltimore, London: The Johns Hopkins University Press.
- Motyl, Alexander J. (1993): The Dilemmas of Sovietology and the Labyrinth of Theory. In: Frederic J. Fluron Jr./Erik P. Hoffmann (Hg.): *Post-Communist Studies and Political Science. Methodology and Empirical Theory in Sovietology*. Boulder, San Francisco, Oxford: Westview Press.
- Munck, Gerardo L. (1994a): Democratic Transitions in Comparative Perspective. In: *Comparative Politics*, 26 Jg., Nr. 2, 355–375.

- Munck, Gerardo L. (1994b): Explaining Institutional Choices in Democratic Transitions: Comparative Perspectives on the East European and South American Cases. *Paper presented at the XVIth World Congress of the International Political Science Association (IPSA)*, Berlin.
- Munck, Gerardo L. (1995): Political Regime, Transition, and Consolidation. Conceptual Issues in Regime Analysis. *Paper prepared for presentation at the XIXth International Congress of the Latin American Studies Association (LASA)*, Washington, DC.
- Munck, Gerardo L. (1996): *Disaggregating Political Regime: Conceptual Issues in the Study of Democratization*. Manuskript: University of Illinois at Urbana-Champaign, Department of Political Science.
- Nee, Victor/Peng Lian (1994): Sleeping With the Enemy: A Dynamic Model of Declining Political Commitment in State Socialism. In: *Theory and Society*, 23 Jg., Nr. 2, 253–296.
- Niklasson, Tomas (1994): The Soviet Union and Eastern Europe, 1988–9. Interactions Between Domestic Change and Foreign Policy. In: Geoffrey Pridham/Tatu Vanhanen (Hg.): *Democratization in Eastern Europe. Domestic and International Perspectives*. London: Routledge.
- Nohlen, Dieter (1988): Mehr Demokratie in der Dritten Welt? Über Demokratisierung und Konsolidierung der Demokratie in vergleichender Perspektive. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B25/26, 3–18.
- Nohlen, Dieter/Bernhard Thibaut (1994): Transitionsforschung zu Lateinamerika: Ansätze, Konzepte, Thesen. In: Wolfgang Merkel (Hg.): *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen*. Opladen: Leske + Budrich.
- O'Donnell, Guillermo (1989): Transitions to Democracy: Some Navigation Instruments. In: Robert A. Pastor (Hg.): *Democracy in the Americas: Stopping the Pendulum*. New York: Holmes & Meier.
- O'Donnell, Guillermo (1992): Transitions, Continuities, and Paradoxes. In: Scott Mainwaring/Guillermo O'Donnell/J. Samuel Valenzuela (Hg.): *Issues in Democratic Consolidation: The New South American Democracies in Comparative Perspective*. Notre Dame: The University of Notre Dame Press.
- O'Donnell, Guillermo (1993): On the State, Democratization and Some Conceptual Problems. (A Latin American View with Glances at Some Post-Communist Countries). In: *World Development*, 21 Jg., Nr. 8, 1355–1369.

O'Donnell, Guillermo (1994): Delegative Democracy. In: *Journal of Democracy*, 5 Jg., Nr. 1, 55–69.

O'Donnell, Guillermo (1995): Do Economists Know Best? In: *Journal of Democracy*, 5 Jg., Nr. 1, 23–28.

O'Donnell, Guillermo (1996): Illusions About Consolidation. In: *Journal of Democracy*, 7 Jg., Nr. 2, 34–51.

O'Donnell, Guillermo/Philippe C. Schmitter/Laurence Whitehead (Hg.) (1986): *Transitions from Authoritarian Rule*. 4 Bände. Baltimore, London: The Johns Hopkins University Press.

O'Donnell, Guillermo/Philippe C. Schmitter (1986): *Transitions from Authoritarian Rule: Tentative Conclusions about Uncertain Democracies*. Band 4 von: Guillermo O'Donnell/Philippe C. Schmitter/Laurence Whitehead (Hg.): *Transitions from Authoritarian Rule*. Baltimore, London: The Johns Hopkins University Press.

Offe, Claus (1994a): *Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im neuen Osten*. Frankfurt: Campus.

Offe, Claus (1994b): *Designing Institutions for East European Transitions*. Wien: Institut für Höhere Studien, Political Science Series Nr. 19. Wiederabgedruckt in: Robert E. Goodin (Hg.) (1995): *The Theory of Institutional Design*. Cambridge: Cambridge University Press.

Olson, David M./Philip Norton (Hg.) (im Erscheinen): *New Parliaments in Central and Eastern Europe*.

Osiatynski, Wiktor (1994): Decommunization and Recommunization in Poland, in: *East European Constitutional Review*, 3 Jg., Nr. 3/4, 36–41.

Osiatynski, Wiktor (1995): After Walesa. In: *East European Constitutional Review*, 4 Jg., Nr. 4, 35–44.

Pasquino, Gianfranco (1990a): Party Elites and Democratic Consolidation: Cross-National Comparison of Southern European Experience. In: Geoffrey Pridham (Hg.): *Securing Democracy: Political Parties and Democratic Consolidation in Southern Europe*. London: Routledge.

Pasquino, Gianfranco (1990b): Political Leadership in Southern Europe: Research Problems. In: *West European Politics*, 13 Jg., Nr. 4, 118–130.

- Pasquino, Gianfranco (1995): Executive Legislative Relations in Southern Europe. In: Richard Gunther/P. Nikiforos Diamandouros/Hans-Jürgen Puhle (Hg.): *The Politics of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective*. Baltimore, London: The Johns Hopkins University Press.
- Peeler, John A. (1992): Elite Settlements and Democratic Consolidation: Colombia, Costa Rica, and Venezuela. In: John Higley/Richard Gunther (Hg.): *Elites and Democratic Consolidation in Latin America and Southern Europe*. New York: Cambridge University Press.
- Plasser, Fritz (1994): Measuring Political Culture in East Central Europe. Some Theoretical and Methodological Remarks. *Paper presented at the Conference on Political Culture in Central Europe, Austrian Political Science Association, Wien*.
- Plasser, Fritz/Peter A. Ulram. (Hg.) (1993): *Transformation oder Stagnation? Aktuelle politische Trends in Osteuropa*. Wien: Signum Verlag.
- Plasser, Fritz/Peter A. Ulram. (1994a): Politische Systemunterstützung und Institutionenvertrauen in OZE-Staaten. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 23 Jg., Nr. 4, 365–379.
- Plasser, Fritz/Peter A. Ulram. (1994b): Monitoring Democratic Consolidation: Political Trust and System Support in East-Central Europe. *Paper presented at the XVIth World Congress of the International Political Science Association (IPSA)*, Berlin.
- Poppovic, Malak/Paulo Sérgio Pinheiro (1995): How to Consolidate Democracy? A Human Rights Approach. In: *International Social Science Journal*, 47 Jg., Nr. 143, 75–89.
- Pridham, Geoffrey. (1990a): Political Parties, Parliaments and Democratic Consolidation in Southern Europe: Empirical and Theoretical Perspectives. In: Ulrike Liebert/Maurizio Cotta (Hg.): *Parliament and Democratic Consolidation in Southern Europe: Greece, Italy, Portugal, Spain and Turkey*. London: Pinter Publishers.
- Pridham, Geoffrey. (1990b): Southern European Democracies on the Road to Consolidation: A Comparative Assessment of the Role of Political Parties. In: Geoffrey Pridham (Hg.): *Securing Democracy: Political Parties and Democratic Consolidation in Southern Europe*. London: Routledge.
- Pridham, Geoffrey (1994): Democratic Transitions in Theory and Practice. Southern European Lessons for Eastern Europe? In: Geoffrey Pridham/Tatu Vanhanen (Hg.): *Democratization in Eastern Europe. Domestic and International Perspectives*. London: Routledge.

- Pridham, Geoffrey/Tatu Vanhanen (1994): Preface. In: Geoffrey Pridham/Tatu Vanhanen (Hg.): *Democratization in Eastern Europe. Domestic and International Perspectives*. London: Routledge.
- Pridham, Geoffrey (1995): The International Context of Democratic Consolidation: Southern Europe in Comparative Perspective. In: Richard Gunther/P. Nikiforos Diamandouros/Hans-Jürgen Puhle (Hg.): *The Politics of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective*. Baltimore, London: The Johns Hopkins University Press.
- Pridham, Geoffrey / Paul G. Lewis (1996) (Hg.): *Stabilising Fragile Democracies. Comparing New Party Systems in Southern and Eastern Europe*. London, New York: Routledge.
- Przeworski, Adam. (1986): Some Problems in the Study of the Transition to Democracy. In: Guillermo O'Donnell/Philippe C. Schmitter/Laurence Whitehead (Hg.): *Transitions from Authoritarian Rule: Comparative Perspectives*. Baltimore, London: The Johns Hopkins University Press.
- Przeworski, Adam. (1991): *Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Przeworski, Adam. (1994): Economic and Political Transformations in Eastern Europe: An Update. Paper presented at the XVIth World Congress of the International Political Science Association, Berlin.
- Przeworski, Adam/Michael Alvarez/José Antonio Cheibub/Fernando Limongi (1996): What Makes Democracies Endure? In: *Journal of Democracy*, 7 Jg., Nr. 1, 39–55.
- Pye, Lucian W./Sidney Verba (1965) (Hg.): *Political Culture and Political Development*. Princeton: Princeton University Press.
- Rau, Zbigniew (1991): Introduction. In: Rau, Zbigniew (Hg.): *The Reemergence of Civil Society in Eastern Europe and the Soviet Union*. Boulder, San Francisco, Oxford: Westview Press.
- Remington, Thomas (Hg.) (1994): *Parliaments in Transition: The New Legislative Politics in the Former USSR and Eastern Europe*. Boulder: Westview Press.
- Reykowski, Janusz (1994): Why Did the Collectivist State Fail?. In: *Theory and Society*, 23 Jg., Nr. 2, 233–252.

- Roniger, Luis (1989): Democratic Transition and Consolidation in Contemporary Southern Europe and Latin America. In: *International Journal of Comparative Sociology*, 30 Jg., Nr. 3/4, 216–230.
- Rüb, Friedbert W. (1994): Die Herausbildung politischer Institutionen in Demokratisierungsprozessen. In: Wolfgang Merkel (Hg.): *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen*. Opladen: Leske + Budrich.
- Rustow, Dankwart A. (1970): Transitions to Democracy. In: *Comparative Politics*, 2 Jg., Nr. 3, 337–365.
- Sartori, Giovanni. (1993): Totalitarianism, Model Mania and Learning from Error. In: *Journal of Theoretical Politics*, 5 Jg., Nr. 1, 5–22.
- Sartori, Giovanni. (1994): Compare Why and How. Comparing, Miscomparing and the Comparative Method. In: Mattei Dogan/Ali Kazancigil (Hg.): *Comparing Nations. Concepts, Strategies, Substance*. Oxford: Blackwell.
- Schedler, Andreas (1995a): Beyond the Prisoners' Dilemma. Some Thoughts on the Games of Institution Building in New Democracies. *Paper prepared for presentation at the 91st Annual Meeting of the American Political Science Association (APSA)*, Chicago.
- Schedler, Andreas. (1995b): Credibility. Exploring the Bases of Institutional Reform in New Democracies. *Paper prepared for presentation at the XIXth International Congress of the Latin American Studies Association (LASA)*, Washington, DC.
- Schmitter, Philippe C. (1988): *The Consolidation of Political Democracy in Southern Europe*. Third revised version. Stanford University: mimeo.
- Schmitter, Philippe C. (1992): The Consolidation of Democracy and Representation of Social Groups. In: *American Behavioral Scientist*, 35 Jg., Nr. 4/5, 422–449.
- Schmitter, Philippe C. (1994): Dangers and Dilemmas of Democracy. In: *Journal of Democracy* 5 Jg., Nr 2, 57–74.
- Schmitter, Philippe C. (1995): Organized Interests and Democratic Consolidation in Southern Europe. In: Richard Gunther/P. Nikiforos Diamandouros/Hans-Jürgen Puhle (Hg.): *The Politics of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective*. Baltimore, London: The Johns Hopkins University Press.

Schmitter, Philippe C./Terry Lynn Karl (1991): What Democracy Is..and What It Is Not. In: *Journal of Democracy*, 2 Jg., Nr. 3, 75–88.

Schmitter, Philippe C./Terry Lynn Karl (1992): The Types of Democracy Emerging in Southern and Eastern Europe and South and Central America. In: Peter M. E. Volten (Hg.): *Bound to Change: Consolidating Democracy in East Central Europe*. New York, Prague: Institute for EastWest Studies.

Schmitter, Philippe C./Terry Lynn Karl (1994): The Conceptual Travels of Transitologists and Consolidologists: How Far to the East Should They Attempt to Go? In: *Slavic Review*, 53 Jg., Nr. 1, 173–185.

Schöpflin, George (1994): Postcommunism: The Problems of Democratic Construction. In: *Daedalus*, 123 Jg., Nr. 3, 127–141.

Schneider, Ben Ross. (1995): Democratic Consolidations: Some Broad Comparisons and Sweeping Arguments. In: *Latin American Research Review*, 30 Jg., Nr. 2, 215–234.

Share, Donald/Scott Mainwaring (1986): Transitions through Transaction: Democratization in Brazil and Spain. In: Wayne E. Selcher (Hg.): *Political Liberalization in Brazil: Dynamics, Dilemmas, and Prospects*. Boulder, San Francisco, Oxford: Westview Press.

Shepsle, Kenneth A. (1989): Studying Institutions. Some Lessons from the Rational Choice Approach. In: *Journal of Theoretical Politics*, 1 Jg., Nr. 2, 131–147.

Smolar, Aleksander (1996): From Opposition to Atomization. In: *Journal of Democracy*, 7 Jg., Nr. 1, 24–38.

Sölter, Arpad (1993): Zivilgesellschaft als demokratietheoretisches Konzept. In: *Jahrbuch für Politik 1993*, Halbband 1. Baden-Baden: Nomos.

Stammen, Theo (1993): Die Rolle der Intellektuellen im Prozeß des osteuropäischen Systemwechsels. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 5.3.1993, Nr. B10, 22–29.

Stepan, Alfred (1986): Paths toward Redemocratization: Theoretical and Comparative Considerations. In: Guillermo O'Donnell/Philippe C. Schmitter/Laurence Whitehead (Hg.) (1986): *Transitions from Authoritarian Rule. 3 Band: Comparative Perspectives*. Baltimore, London: The Johns Hopkins University Press.

Shin, Doh Chull. (1994): On the Third Wave of Democratization: A Synthesis and Evaluation of Recent Theory and Research. In: *World Politics*, 47 Jg., Nr. 1, 135–170.

- Sørensen, Georg (1993): *Democracy and Democratization. Processes and Prospects in a Changing World*. Boulder, San Francisco, Oxford: Westview Press.
- Steenbergen, Bart van (1992): Transition from Authoritarian / Totalitarian Systems: Recent Developments in Central and Eastern Europe in a Comparative Perspective. In: *Futures*, 24 Jg., Nr. 2, 158–166.
- Szelényi, Ivan/Balazs Szelényi (1994): Why Socialism Failed: Toward A Theory of System Breakdown – Causes of Disintegration of East European State Socialism. In: *Theory and Society*, 23 Jg., Nr. 2, 211–232.
- Szelényi, Iván/Szonja Szelényi (1995): Circulation or Reproduction of Elites During the Postcommunist Transformation of Eastern Europe: Introduction. In: *Theory and Society*, 24 Jg., Nr. 5, 615–638.
- Tarrow, Sidney (1995): Mass Mobilization and Regime Change: Pacts, Reform, and Popular Power in Italy (1918–1922) and Spain (1975–1978). In: Richard Gunther/P. Nikiforos Diamandouros/Hans-Jürgen Puhle (Hg.): *The Politics of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective*. Baltimore, London: The Johns Hopkins University Press.
- Terry, Sarah Meiklejohn (1993): Thinging (sic!) About Post-communist Transitions: How Different Are They? In: *Slavic Review*, 52 Jg., Nr. 2, 333–337.
- Thelen, Kathleen/Sven Steinmo (1992): Historical Institutionalism in Comparative Politics. In: Sven Steinmo/Kathleen Thelen/Frank Longstreth (Hg.): *Structuring Politics. Historical Institutionalism in Comparative Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Valenzuela, J. Samuel (1992): Democratic Consolidation in Post-Transitional Settings: Notion, Process, and Facilitating Conditions. In: Scott Mainwaring/Guillermo O'Donnell/J. Samuel Valenzuela (Hg.): *Issues in Democratic Consolidation: The New South American Democracies in Comparative Perspective*. Notre Dame: The University of Notre Dame Press.
- Vanhanen, Tatu (1990): *The Process of Democratization. A Comparative Study of 147 States, 1980–88*. New York: Crane Russak.
- Vanhanen, Tatu/Richard Kimber (1994): Predicting and explaining democratization in Eastern Europe. In: Geoffrey Pridham/Tatu Vanhanen (Hg.): *Democratization in Eastern Europe. Domestic and international perspectives*. London/New York: Routledge.

- Walder, Andrew (1994): The Decline of Communist Power: Elements of a Theory of Institutional Change. In: *Theory and Society*, 23 Jg., Nr. 2, 297–323.
- Waldrauch, Harald (1994a): Theoretische Erklärungsansätze der Transitionsprozesse der kommunistischen Länder Osteuropas (1988–1990). In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 23 Jg., Nr. 4, 433–445.
- Waldrauch, Harald (1994b): *Transitionstheorien zum Regimewechsel in den Ländern Osteuropas (1988–1990) und ihre Anwendung auf Polen und die Tschechoslowakei*. Universität Wien: Diplomarbeit.
- Waller, Michael (1994): Voice, Choice and Loyalty: Democratization in Eastern Europe. In: Geraint Parry/Michael Moran (Hg.): *Democracy and Democratization*. London, New York: Routledge.
- Waller, Michael (1995): Adaptation of the Former Communist Parties of East-Central Europe: A Case of Social-democratization? In: *Party Politics*, 1 Jg., Nr. 4, 473–490.
- Weil, Frederick D. (1994): Political Culture, Political Structure, and Democracy. The Case of Legitimation and Opposition Structure. In: Frederick D. Weil, and Mary Gautier (Hg.): *Political Culture and Political Structure: Theoretical and Empirical Studies. Volume 2 of Research on Democracy and Society*. Greenwich, London: JAI Press Inc.
- Welsh, Helga A. (1994): Political Transition Processes in Central and Eastern Europe. In: *Comparative Politics* 26 Jg., Nr. 4, 379–394.
- Whitehead, Laurence (1989): The Consolidation of Fragile Democracies: A Discussion with Illustrations. In: Robert A. Pastor (Hg.): *Democracy in the Americas: Stopping the Pendulum*. New York: Holmes & Meier.
- Whitehead, Laurence (1993): Democratic Transitions. In: Joel Krieger (Hg.): *The Oxford Companion to the Politics of the World*. New York: Oxford University Press.
- Wightman, Gordon (1995) (Hg.): *Party Formation in East-Central Europe. Post-communist Politics in Czechoslovakia, Hungary, Poland and Bulgaria*. Aldershot: Edward Elgar.
- Z (Martin Malia) (1990): To the Stalin Mausoleum. In: *Daedalus*, 119 Jg., Nr. 1, 295–344.
- Zhang, Baohui (1994): Corporatism, Totalitarianism, and Transitions to Democracy. In: *Comparative Political Studies*, 27 Jg., Nr. 1, 108–136.

